

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 36. JAHRGANG
215 | Jan/Feb 2013 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

Digital ist besser?

Die Gewerkschaften haben beim Medienumbruch geschlafen - es ist Zeit kollektive Antworten zu finden

Lange schon ist von einer „Medienkrise“ die Rede. So richtig zu spüren war sie hierzulande aber kaum. Plötzlich aber – und fast schon panisch – meint man sie fassen zu können. Denn mit der Nachrichtenagentur DAPD, der *Frankfurter Rundschau* und der *Financial Times Deutschland* meldeten gleich drei renommierte Institutionen des hiesigen Journalismus Insolvenz an. Weitere Verlage wollen Stellen streichen. Das Schlagwort vom „Zeitungssterben“ macht nun die Runde.

Das Übel ist auch schon ausgemacht: Die wachsende Internetkultur sei es, die v.a. den Printmedien zusetze. Sicher ist nicht von der Hand zu weisen, dass die berüchtigte „Digitalisierung“ zu Umbrüchen in der Branche führt. Doch viele Probleme sind hausgemacht oder auf allgemeine Marktprozesse und Wirtschaftsentwicklungen zurückzuführen (siehe S. 4). Insofern ist davor zu warnen, die Rolle des Internets als Stellenvernichter zu überschätzen. Andererseits hat die Digitalisierung auch Effekte gezeitigt, die gerne unterschätzt werden. Denn sie hat die Arbeitsorganisation im Medienbereich nachhaltig umgekrempelt – und damit letztlich auch zu einer qualitativen Krise der Medien geführt.

So ging der „größten Entlassungswelle seit 1949“ (*Spiegel*) eine schleichende Verdrängung von Beschäftigungsverhältnissen voraus, möglich gemacht durch virtuelle Formen der Arbeitsorganisation. Die großen Redaktionen – Horte der Festanstellung – schmolzen dahin und wurden großteils durch Heerscharen freier MitarbeiterInnen ersetzt. Diese Form des Outsourcings – das Auslagern von Arbeiten an FreiberuflerInnen – ist keineswegs der Medienbranche vorbehalten, vollzog sich hier aber besonders intensiv. Damit sanken die Möglichkeiten von JournalistInnen, Einfluss auf die betriebliche und publizistische Linie etwa einer Zeitung zu nehmen. Sie waren immer weniger mitgestaltender Teil eines Gesamtkonzeptes und wurden zu tagelöhnenden HandlangerInnen degradiert.

Auch Konzentrationsprozesse habe die Branche formiert. Wenn große Medienunternehmen alles schlucken, geht notwendigerweise Vielfalt verloren. Innerhalb einer Mediengruppe kommt es zu Rationalisierung und Vereinheitlichung, ähnlich wie in der Industrie, etwa beim Autobau, werden, um den Kostendruck zu dämmen, einzelne Elemente zu „Modulen“, die für diverse Produkte verwendbar sind. Informationen werden dadurch austauschbar und farblos.



Urheber: Findus

Sicherlich, die Probleme der Branche wurzeln vor allem in einer Krise des kapitalistischen Verwertungsmodells und dessen Profitklemmen. Doch die Frage muss gestattet sein: Machen sich Medien, die nur platte und monotone Informationen liefern, nicht selbst überflüssig? Worin besteht der Reiz einer Zeitung, wo man nur lesen kann, was man überall findet? „Freie Information ist … nicht viel wert. Darum ist sie frei“, sagt James O'Shea, Autor eines Buches über die amerikanische Zeitungskrise. Seines Erachtens könne nur der Qualitätsjournalismus überleben. Man könnte ergänzen, dass auch der Meinungsjournalismus Perspektiven bietet.

MedienarbeiterInnen sollten daher, und nicht nur weil es der „Berufsethos“ verlangt, die Frage von Qualität und Meinungsvielfalt als ihr Interesse begreifen. Doch wie lässt sich Einfluss zurückgewinnen? Obwohl vielen klar ist, dass das enorme Ausmaß an Freiberuflichkeit die Macht der Beschäftigten dramatisch beschnitten hat, gibt es kaum Ansätze, etwas an diesem Zustand zu ändern – als wäre dieser eine historische Zwangsläufigkeit. Dahinter verbirgt sich jedoch eine Spaltung der Beschäftigten, die den Interessen kapitalistischer Akteure folgt. Eine Aufgabe der Gewerkschaften war es schon immer, auf solche Veränderungen in der Arbeitsorganisation zu reagieren.

Die Antwort liegt auf der Hand: Der Betrieb muss konsequent, also virtuell zu Ende gedacht werden. Freelancer, die für einen Betrieb Arbeit erbringen, müssen genauso einbezogen werden wie die dort Angestellten. Das setzt neue Strukturen voraus. Denn Betriebsgruppen und lokale Branchengewerkschaften allein taugen nicht, um ArbeiterInnen zusammenzuführen, die sich an unterschiedlichen Orten befinden und für verschiedene Betriebe arbeiten. Notwendig scheint daher eine Ergänzungsstruktur, die freiberufliche Gewerkschaftsmitglieder ortsunabhängig erfasst und mit den Kollegen eines jeweiligen Betriebs in Beziehung setzt.

So simpel es klingt, so schwer scheint es verwirklichbar. Immerhin gelten Freelancer als schwer zu organisieren. Für viele ist Freiberuflichkeit ein Symbol der Unabhängigkeit. Doch gerade Freelancer sind oftmals besonders abhängig, denn sie sind gegeneinander ausspielbar und erpressbar. Zugleich mangelt es ihnen, die nicht sozialversichert sind, häufig an sozialer Absicherung. Hier muss die Gewerkschaftsarbeit ansetzen. Neue Strukturen, die der virtuellen Arbeitsorganisation endlich Rechnung tragen, (sozialpolitische) Forderungen, die auf eine arbeits- und sozialrechtliche Absicherung von Freelancern abzielen, und eine Programmatik, die an die Qualitätsansprüche von Medienschaffenden appelliert – dies wären Innovationen, die einige Freelancer davon überzeugen könnten: kollektiv ist besser!

Leon Bauer

Flexibles Tarifgebiet

Rechtswissenschaftler äußert sich zum „Boykott-Urteil“ im Babylon-Arbeitskampf und zur Tariffähigkeit der FAU Berlin

Es war der größte Arbeitskampf-Krimi in der FAU-Geschichte. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und einen Haustarifvertrag im Kino „Babylon Mitte“, der im Jahr 2009 seinen Anfang nahm, schlug hohe Wellen – bundesweit wie international. Zuletzt war der längst verebbte Arbeitskampf, der seinerzeit durch einen Gefälligkeitstarifvertrag durch Verdi unterlaufen wurde, im November 2011 in Erinnerung geholt worden: Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) legte der Bundesregierung ihren Abschlussbericht vor, in dem sie die Einschränkung der Rechte von Minderheitsgewerkschaften rügte. Der Hintergrund: Während ihres Arbeitskampfes war der FAU Berlin im Dezember 2009 durch eine einstweilige Verfügung ohne mündliche Anhörung die Selbstbezeichnung „Gewerkschaft“ verboten worden. Hierdurch wurde der Arbeitskampf auch einer bundesweiten Öffentlichkeit bekannt und zum Politikum. Die FAU erhob Beschwerde bei der ILO, welche schlussendlich im November 2011 in ihrem Bericht an die Bundesregierung in Bezug auf die FAU forderte, dass es auch ihr möglich sein müsse, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Zutrittsrecht in allen Betrieben, in denen die sie Mitglieder hat, sowie das Teilnahmerecht an Betriebsratssitzungen wahrzunehmen. Zusätzlich kreidete die ILO die damalige Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit an, da diese die Rechte von Minderheitsgewerkschaften zusätzlich beschneiden würde.

Während der Kampf um „Gewerkschaftsfreiheit“ – das bloße Recht, sich als solche bezeichnen zu dürfen – ein Maximum an Aufmerksamkeit erreicht hatte, geriet ein ebenso folgeschweres Urteil in den Hintergrund: Am 7. Oktober 2009 war der FAU Berlin per einstweiliger Verfügung das erfolgreiche Arbeitskampfmittel des Boykotts aus der Hand geschlagen worden. Eine monatelange Boykott-Kampagne der Gewerkschaft hatte zuvor zum Wegbrechen von Kooperationspartnern geführt und die Geschäftsleitung des kommunal geförderten Kinos stark unter Druck gesetzt. Das Entscheidende des Boykott-Urteils, welches bis heute nicht angefochten wurde, war die Infragestellung der Tariffähigkeit der FAU Berlin. Das Gericht stellte dazu fest, dass die Arbeitnehmervereinigung nicht als tariffähig anzusehen sei, weil sie „nicht ausreichend überbetrieblich organisiert und durchsetzungsfähig genug“ wäre, um die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren.

Dass die FAU Berlin ihre Zuständigkeit für Tarifabschlüsse statutengemäß, strategisch wie prinzipiell nur in den Betrieben sieht, in denen sie Mitglieder hat, wurde vom Gericht seinerzeit nicht gewürdigt. Ihre geringe Mitgliederzahl in Relation zur Berliner Gesamtbevölkerung als „Tarifgebiet“ wurde als Referenz herbeigezogen, sie als nicht tariffähig abzutun. Das dezentrale Tarifkonzept des Berliner Syndikats, das eindeutig auf eine aktive Basis aufbaut und einem basisdemokratischen und partizipatorischen Charakter Ausdruck verleiht, wurde damit durch das starre Gerüst des Arbeitsrechts und seiner richterlichen Auslegung torpediert. Einer differenzierten Betrachtung der Fragen um „Tariffähigkeit“ und

Fortsetzung auf Seite 5

Catwalk



„Ich mache was mit Medien“
Die Welt ist nicht untergegangen. Doch das Mediensterben ist in vollem Gange. Grund genug mit einem Medienschwerpunkt ins neue Jahr zu starten – ganz ohne Abokampagne. Wobei: Ein DA-Abo als Zeichen gegen das Mediensterben? Genial!
Alles zum Schwerpunkt auf den Seiten 1, 3, 4, 5, 8, 9, 10 und 11

Kollektiv ist besser!
In Berlin findet Ende Januar die offizielle Gründung der Sektion Medien statt. Mit einer Podiumsdiskussion und einer Gründungsveranstaltung geht es los.
Gründung der Mediensektion am 26. Januar im FAU Lokal. Infos aus Seite 4.

Labournet im neuen Look
Der Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah und gesellschaftskritisch, ist mit einer neuen Homepage online. Mehr denn je lohnt sich also der Blick auf eines der wichtigsten deutschsprachigen Portale der Gewerkschaftsbewegung.
www.labournet.de

Kauf dich glücklich!
Die Allgemeine Arbeitsschutzfibel der FAU Berlin bietet einen Einstieg in die komplexe Welt des Arbeitsschutzes. Sie soll dabei helfen, Gefährdungen im eigenen Betrieb aufzuspüren, sich und KollegInnen zu informieren und selbstorganisiert, kämpferisch und solidarisch Druck für sicherere Arbeitsbedingungen aufzubauen.



Die Arbeitsschutzfibel gibt es für 1.00 EUR beim Syndikat-A zum Bestellen oder direkt im Gewerkschaftslokal der FAU Berlin:
www.syndikat-a.de
FAU-Lokal
Lottumstraße 11
10119 Berlin

FAU-Ticker

+++ Unter dem Motto „Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete" organisierte die FAU Freiburg am 10. November eine Demo gegen die hohen Mieten in der Stadt. Außerdem rief sie zum Protest gegen die Präsenz der Bundeswehr auf der Job-Börse „marktplatz Arbeit Südbaden" am 17. November auf. Am 11. Dezember beteiligte sich die Freiburger FAU auch an dem Protest gegen ein Adventskonzert der Bundeswehr, um zusammen mit anderen Militarisierungsgegner_innen darauf aufmerksam zu machen, dass die Bundeswehr kein Kulturverein ist. +++ Eine Reihe von Syndikaten, unter anderem aus Berlin, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Kiel, Köln und Stuttgart, beteiligten sich an Demonstrationen in Solidarität mit dem Generalstreiks am 14. November oder führten eigene Aktionen durch. +++ Das Allgemeine Syndikat Dresden organisierte am 25. November mit Unterstützung der FAU Leipzig eine interne Arbeitsrechtsschulung zum Thema Arbeitsrecht, Tarifrecht, rechtliche Regelungen für Gewerkschaften und Streikrecht +++ In Chemnitz führte die örtliche FAU-Initiative auf dem zentralen Weihnachtsmarkt eine Kundgebung zu Überstunden, widrigen Arbeitsbedingungen und Arbeit an Sonn- und Feiertagen gerade in der Adventszeit durch. Mit Unterstützung auch von Mitgliedern des Dresdner Syndikats wurden hunderte Flugblätter, Zeitungen und FAU-Informationsbroschüren verteilt. +++ Eine neue FAU-Initiativgruppe wurde in Regensburg gegründet. Regelmäßige Treffen finden jeden Montag um 19.00 Uhr im LEDERER statt. (Lederergasse 25 in Regensburg) +++ Die FAU Düsseldorf führte eine Veranstaltung zur aktuellen Situation in Griechenland durch und zusammen mit der FAU Duisburg wurde für die Antirepressionsarbeit in Griechenland gespendet. +++ Am 22. Dezember beteiligten sich mehrere FAU-Syndikate an der antikapitalistischen Demonstration in Mannheim unter dem Motto: „There is no alternative: Kapitalismus abschaffen!" +++ Mehr aus der FAU auf Seite 7. +++

Sonntagnachmittag vorm Drucktermin: Alle Artikel geschrieben, redigiert, lektoriert und für das Layout hochgeladen. Und das schon um 16 Uhr! Keine kurzfristigen Artikelabsagen, die Layouter kommen hoffentlich um eine Nachtschicht herum. Alles gut gelaufen. Moment, war da nicht noch was? Ja, da war noch was. Wer schreibt eigentlich das Editorial? Schreibt eigentlich wer das Editorial? Nun gut, einer muss jetzt mal ran...

Printmedien in der Krise ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe: Die Financial Times Deutschland *eingestellt, die* Frankfurter Rundschau *insolvent, die Nachrichtenagentur dapd in schweren Fahrwassern. Auf regionaler Ebene finden schon seit langem Konzentrationsprozesse statt. Dass in einer Stadt nur noch eine Lokalausgabe existiert, ist inzwischen ein verbreitetes Phänomen. Und auch innerhalb der Zeitungsverlage wurde vielfach umstrukturiert, eingespart und rationalisiert. Auszubaden haben das nicht zuletzt die vielen freiberuflichen Journalistinnen und Journalisten, die oft kaum von ihrem Beruf leben können und mit stressigen Arbeitsbedingungen, unsicheren Perspektiven und mangelnder sozialer Absicherung zu kämpfen haben.*

MedienarbeiterInnen in der FAU Berlin schließen sich aktuell zu einer Sektion Medien zusammen, um auf diese Problematik gewerkschaftlich zu reagieren. Auch der Arbeitskampf der FAU Berlin im Kino Babylon Mitte zeitigt weiterhin bemerkenswerte Nachwirkungen: der bekannte Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler kritisiert in einer Gewerkschaftspublikation die Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts und lotet an diesem Fall die Frage der Tariffähigkeit von Basisgewerkschaften aus. Eine Reaktion erreichte uns auch zum Artikel zu Premium-Cola in der vergangenen Ausgabe. Wir führen die Auseinandersetzung zum Thema Kollektivbetriebe mit einem Beitrag des Premium-Cola-Kollektivs fort.



Was ein Zeitungsstreik in Deutschland mit dem politischen Streik zu tun hat, und was eigentlich in Deutschland passierte, während in Südeuropa der Generalstreik vollzogen wurde, wie es um die Medien international bestellt ist, wie sich SexarbeiterInnen in der Schweiz beginnen zu organisieren und was es zur - für manche AnarchistInnen - heiligen Kuh des „Konsens" noch zu sagen gibt … tja, all das erfahrt Ihr in dieser Ausgabe.

Wir wünschen eine spannende Lektüre und ein kämpferisches Jahr 2013.

Eure DA*-Redaktion*

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, (0151) 17 93 52 90, <fauhb@fau.org>, fau-bremen.comeze.com; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>

Flensburg .... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, www.fau-fl.org, <fau-flensburg@fau-fl.org>.

Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783

Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr; Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr

Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, (0177) 5601030, <fauki@fau.org>

Oldenburg ...... FAU Oldenburg, <fauol@fau.org>

Ostholstein ..... Kontakt über Kiel

Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock

Vorpommern .... Kontakt über Westmecklenburg

Wismar .... Kontakt über Westmecklenburg

Region Süd

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.

Darmstadt ...... Kontakt über Frankfurt/M.

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.

Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, nach Absprache, Treffen: Sonntag um 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags von 19.00 - 21.00 Uhr nach Absprache, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990

Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr, KTS, Baslerstr.103; jeden 3.Freitag im Monat ab 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: jeden 1. Donnerstag im Monat, von 20-21 Uhr, Strandcafe(Grether-Gelände), Adlerstr. 12

Fulda .... Kontakt über Frankfurt/M.

Karlsruhe .... FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, <fauka@fau.org>, www.fau-karlsruhe.org

Kassel .... Kontakt über Frankfurt/M.

Koblenz .... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>

Lich .... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>

Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org

Mainz .... Kontakt über Frankfurt/M.

Mannheim .... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org

Marburg .... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>

München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, www.fau-m.de, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr

Neustadt/W. .... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (0157) 34668916, <faunw@fau.org>

Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun_sekretariat@fau.org>, faunbg.blogsport.de, Newsletter faun_newsletter@fau.org

Saarbrücken .... Kontakt über Neustadt/W

Stuttgart .... FAU Stuttgart, c/o Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr

Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, Kontakt über Frankfurt/Main

Trier .... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

Region Ost

Altenburg .... Kontakt über Leipzig

Brandenburg .... Kontakt über Berlin

Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 17.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, erster Do. im Monat 20.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Branchenkontakt Pflege und Soziale Arbeit <faub-soziales@fau.org>, Foreign Members Section <faub-aus@fau.org>

Chemnitz .... FAU Initiave Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>, www.fau-chemnitz.blogspot.com

Dresden .... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, asd.libertaeres-netzwerk.info, (0177) 5081171, Offenes Treffen: am 2. Mittwoch und 4. Freitag im Monat im „Trotzdem", Alaunstraße 81

Halle/Saale ...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>

Meiningen .... Kontakt über Thüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen

Magdeburg ...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg

Thüringen .... FAU Thüringen, c/o veto. Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>

Region West

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975

Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld, Themenabend jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 18.30 Uhr, Raum 102 in der „Bürgerwache", www.fau-bielefeld.de.vu, <faubi@fau.org>

Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn, Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de

Duisburg .... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, faudu.revleft.com

Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org

Köln .... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Di im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>, allgemeinessyndikatkoeln.blogsport.de

Krefeld .... Kontakt über Duisburg

Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers

Münster .... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Präsenzzeit und offenes Treffen: 1.-3. Dienstag im Monat 19 Uhr, (0251) 5389797, <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de

Solingen .... FAU Solingen, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/ Treffen jeden 3.Freitag im Monat 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

AG Jugend & ASJ

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogsport.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc

Bielefeld .... ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogsport.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr

Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogsport.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10

Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogsport.de

Herne/ .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7
Recklinghausen c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>, www.asjruhrpott.blogsport.de

Köln .... ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogsport.de

Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asjl.blogsport.de

Mainz .... ASJ Mainz, <asjmz@hotmail.de> www.asjmainz.blogsport.de

Moers .... ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmeors@riseup.net>, www.asjmoers.blogsport.de

NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogsport.de

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen . <bsy-public-info@list.fau.org>

Leiharbeit .... www.fau.org/leiharbeit

Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord .... FAU Hannover <reko-nord@fau.org>

Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>

West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>

Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern .... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) — www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

Wien .... Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>, wiensyndikat.wordpress.com

Oberösterreich . Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>

„Der Tag der Entlassungen war schlimm“

Interview mit einem Beschäftigten der Nachrichtenagentur DAPD

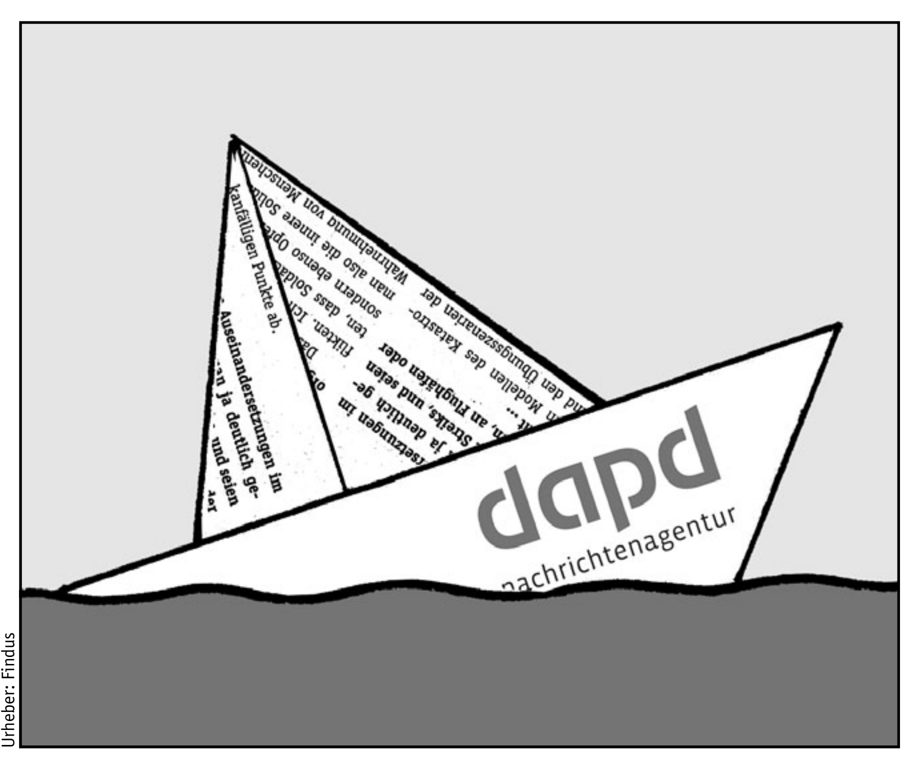
Erst im September 2010 hatte sich die Nachrichtenagentur DAPD medienwirksam als Zusammenschluss von Deutschem Depeschendienst (DDP) und dem deutschen Dienst der US-Agentur Associated Press (AP) gegründet. Erklärtes Ziel war, den Konkurrenten DPA vom Sockel zu stoßen und die Marktführerschaft unter den Nachrichtenagenturen in Deutschland zu übernehmen. Das versuchten die Eigentümer Martin Vorderwülbecke und Peter Löw nicht zuletzt durch Niedrigpreise, unterdurchschnittlich geringe Entlohnungen für die MitarbeiterInnen sowie einen recht autoritären Führungsstil. Nach nur zwei Jahren steht der Betrieb vor dem Aus: 98 von 299 MitarbeiterInnen wurde unlängst gekündigt, und weitere Umstrukturierungsmaßnahmen sind zu befürchten, um das Unternehmen dauerhaft profitabel zu machen. Die DA *sprach mit einem Beschäftigten der DAPD, der von den Kündigungen verschont geblieben ist. Seine Identität bleibt auf Wunsch anonym.*

Ende letzten Jahres meldete die Nachrichtenagentur DAPD Insolvenz an. Wie kam es dazu?

Die Agentur war auf Wachstum ausgerichtet. Die Finanzinvestoren Martin Vorderwülbecke und Peter Löw hatten die DDP und die AP gekauft und wollten expandieren. Von Anfang an war klar, dass dazu erst einmal Geld reingesteckt werden musste. Die Hoffnung war, dass das Unternehmen ungefähr im Jahr 2020 so viele Medienkunden hat, dass schwarze Zahlen geschrieben werden und die Agentur viel wert ist. Offenbar haben die beiden Eigentümer plötzlich nicht mehr daran geglaubt und waren dann auch nicht mehr bereit, die Agentur weiter zu bezuschussen. Die Agentur ist dadurch natürlich sofort zahlungsunfähig geworden.

Bis zuletzt hat das Unternehmen noch expandiert. Neue MitarbeiterInnen wurden eingestellt. Und dann ziehen sich plötzlich die zwei Hauptinvestoren zurück. Wie lässt sich das erklären?

Die Beschäftigten wurden völlig überrascht. Niemand hatte damit gerechnet. Offiziell begründet wurde die Entscheidung mit dem Geld, das ZDF und Bundespresseamt der DAPD für die Nachrichten zahlen. Angeblich ist das deutlich weniger als die DPA bekommt und die DAPD sieht keine Chance, rechtlich eine Art Gleichbehandlung durchzusetzen. Warum die Entscheidung zur Insolvenz allerdings ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt kam, ist unklar. Es hatte keinen direkten Anlass wie beispielsweise eine Gerichtsentscheidung gegeben, obwohl Rechtsstreitigkeiten mit der DPA ja nicht gerade selten waren.



Urheber: Findus

Ist es nicht auch ein ziemlich gewagtes Unternehmenskonzept, alles von zwei Investoren abhängig zu machen? Das sind letztlich auch ziemlich prekäre Arbeitsverhältnisse für die Lohnabhängigen.

Das ist tatsächlich ein Punkt, der mir erst durch die Insolvenz so deutlich bewusst geworden ist. Bei einem Expansionskurs kann zu jedem Zeitpunkt Schluss sein und plötzlich stehen viele Beschäftigte vor dem Aus. Große Chancen gibt es dann nicht, weil ja deutlich mehr Leute angestellt worden sind als sich aus den laufenden Einnahmen bezahlen lassen.

Laut Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalisten-Union, seien die Gehälter bei der DAPD unabhängig von der Insolvenz weit unter dem branchenüblichen Durchschnitt und das Betriebsklima von Angst durchsetzt.

Dass die Gehälter deutlich unter dem Branchendurchschnitt liegen, ist traurige Wahrheit. Das Betriebsklima hängt sicherlich stark von dem konkreten Arbeitsplatz ab. Die hohe Fluktuation unter den Mitarbeitenden ist aber kein gutes Zeichen. Die Geschäftsführung hat das bislang nicht groß gekümmert. Das Motto: Vor der Tür stehen 100 Bewerber, die sich um den Job reißen. Natürlich ist eine Festanstellung bei einer Nachrichtenagentur beliebt, aber eine Rechtfertigung für schlechte Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung ist diese Tatsache sicher nicht.

Einen Tarifvertrag gibt es bis heute nicht...

Das ist richtig. Bislang hat die Geschäftsführung das mit der „Agentur im Aufbau“ begründet. Ich bin mir aber sicher, dass im Zweifel später auch andere Begründungen gefunden worden wären, um die Beschäftigten weiterhin so schlecht zu bezahlen.

Und auch in eine Aufbauphase ist das natürlich nicht zu akzeptieren. Wenn sich eine Agentur nur auf dem Rücken unterbezahlter Journalistinnen und Journalisten aufbauen lässt, soll man es lieber gleich bleiben lassen.

Nun wurde Ende 2012 einem Drittel der Belegschaft gekündigt. Die Führungsetage wurde ebenfalls dezimiert. Sind weitere sogenannte Umstrukturierungsmaßnahmen angekündigt, um das Unternehmen profitabel zu machen?

Der neue Investor Ulrich Ende hat gesagt, dass es keine größeren Umstrukturierungsmaßnahmen mehr geben soll. Ich gehe davon aus, dass zunächst einige Kolleginnen und Kollegen das Unternehmen von sich aus verlassen werden. Sie wurden von der Insolvenz überrascht, haben sich dann auf die Suche nach einem anderen Arbeitsplatz gemacht und wollen nun die permanente Unsicherheit loswerden. Danach stellt sich aber auch die Frage, wie viele Kunden abspringen. Denn mit zwei Dritteln der Belegschaft lässt sich natürlich auch der Dienst in der bisherigen Form nicht aufrechterhalten. Zudem wird es künftig keine Auslandsnachrichten mehr von AP geben, weil die jetzt mit der DPA kooperiert. Wenn nun manche Medien ihre Verträge kündigen, wird die DAPD möglicherweise weitere Leute entlassen.

Wie hast Du die Kündigung Deiner KollegInnen erlebt?

Der Tag der Entlassungen war schlimm. Fast im Minutentakt gingen die Abschiedsmails aus dem ganzen Land ein. Die Stimmung wurde von vielen als entwürdigend bezeichnet. Es gab viele schmerzliche Abschiede.

Wie geht es für die MitarbeiterInnen weiter, denen gekündigt wurde?

Das ist sehr unterschiedlich. Ob die Gekündigten eine neue Stelle finden, hängt von vielen Dingen ab. Wer eine Familie hat oder aus anderen Gründen nicht den Ort verlassen will, ist meist darauf angewiesen, bei einer Zeitung aus der Region unterzukommen. Dort wurden in den vergangenen Jahren aber auch eher Stellen abgebaut. Und natürlich haben Jüngere auf dem Arbeitsmarkt tendenziell noch bessere Chancen als Ältere. Besonders hart trifft es also Journalisten, die schon seit Jahrzehnten dabei sind und an ihren Wohnort gebunden sind.

Gab es zwischen Verbliebenen und Entlassenen eine Solidarisierung oder sonst ein Versuch, sich gegen die „Freisetzung“ zur Wehr zu setzen?

Sicher gab es viel Unmut über die Behandlung durch die Eigentümer, die sich aber nicht öffentlich gezeigt hat. Von einem großartigen Arbeitskampf oder dem Versuch, zum Beispiel eine Abfindung heraus zu schlagen, weiß ich aber nichts.

Wie geht es weiter?

Mit Ulrich Ende gibt es ja nun einen neuen Investor. Die DAPD wird jetzt nicht mehr als direkte Konkurrenz zur DPA gesehen, sondern eher als ergänzende Agentur neben der DPA. Jetzt muss sich zeigen, wie das bei den Kunden ankommt und ob Verträge gekündigt werden. Davon hängt auch die weitere Zukunft ab, und natürlich von den Vorstellungen des neuen Investors. Da sind wir gespannt.

Vielen Dank für das Gespräch.

Kolumne Durruti



Meine erste Begegnung mit dem Arbeitsamt war nicht gerade aufbauend. Nachdem der Sachbearbeiter meinen Lebenslauf gelesen hatte, warf er den Kopf in den Nacken und lachte, dass es von den Wänden widerhallte, und er wollte gar nicht mehr damit aufhören. Dann wischte er sich die Tränen aus dem Gesicht und ordnete für mich einen 1-Euro-Job an.

Das Büro, bei dem ich anfangen sollte, lag am entgegengesetzten Ende der Stadt in Hamburg-Altona. 2 Stunden Fahrzeit, sehr motivierend. Dennoch hatte ich allerhand Materialien mitgebracht, ein kleines Kaleidoskop aus Zeitschriften, in denen ich Artikel veröffentlicht oder die ich layoutet hatte. Es handelte sich um einen Laden, der speziell auf arbeitslose Journalisten und Grafiker zugeschnitten war – in diesem Fall ausnahmslos hochqualifizierte, überdurchschnittlich gebildete und berufserfahrene Redakteure, Texter und Layouter – und der auf Staatskosten sinnfreie Broschüren und Flyer herausgab.

Vorweg muss ich klarstellen, dass zumindest zum damaligen Zeitpunkt hier in Hamburg ein solcher 1-Euro-Job nicht abgelehnt werden konnte. Zwar konnte man nach einer gewissen Zeit den „Job“ wechseln, denn der Anbieter des Jobs darf nur dann ablehnen, wenn die bestellte Person betrunken erschien oder sonst in irgendeiner Weise grob nachlässig auftrat, doch was ich hier erlebte, fiel aus dem Rahmen.

Die Dame, mit der ich den einbestellten Termin vereinbart hatte, zeigte sich zunächst spröde, weil ich in ihren Augen zu salopp gekleidet erschienen war. Eine Krawatte wäre bei einem Vorstellungsgespräch ja wohl das Mindeste gewesen! Ich sah noch einmal in meinen Unterlagen vom Amt nach. Nein, das ist kein Vorstellungsgespräch: ich muss hier heute anfangen, und sie müssen mich nehmen.

Schließlich trat die Chefin des Ladens, ein unsympathischer Drachen von gefühlten 70 Jahren und 120kg Kampfgewicht hinzu, blätterte meine Materialien kurz durch und keifte dann: „ah, alles marxistischer Unsinn. Sowas will doch heute niemand mehr sehen. Sie nehmen wir nicht.“

Ich sparte mir die Aufklärung darüber, dass Marxismus und Anarchismus zwei Paar Schuhe sind, und wurde schließlich an anderer Stelle 1-Euro-Job-Online-Redakteur und kommentierte das Vorankommen von Sanierungsgebieten (Amtsdeutsch: Entwicklungsquartiere) in Arme-Leute-Vierteln. Ich interviewte Alkoholiker in Grünanlagen, beobachtete Teenager-Skinheads, die ihre Pitbulls liebevoll „Thor, Odin, hierher!“ riefen und lauschte geduldig Großmüttern, die mir erklären wollten, das einzige Problem, das endlich von den Politikern gelöst werden müsse, seien „all die Kaschuben hier“. Damit meinten sie, wie ich später herausfand, keineswegs Angehörige der genannten slawischen Minderheit im Großraum Danzig, sondern polnischstämmige Nachbarn. Erfahrungen, die mich rasch ermüdeten.

Und obwohl ich hier mit einer Reihe erfahrenster Leute von der schreibenden und gestaltenden Zunft zusammentraf – darunter Modefotografen, Klatschreporter und Lokalredakteure – brachte dies meine journalistische Laufbahn nicht so recht in Schwung: Meine Bewerbung beim „Wandsbeker Wochenblatt“ wurde nie beantwortet.

Mein neuer Berufsberater hat mir nonchalant eröffnet, ich solle mein bisheriges Leben, einschließlich Studium und Publikationen als „schöne Zeit“ in meinem Leben sehen. Beruflich verwertbar sei nichts davon. „Wie wär's mit Speditionskaufmann oder Altenpfleger?“ Warum nur habe ich nie einen Führerschein gemacht? Dann könnte ich wenigstens der klassische Taxi-Fahrer werden, der auf ein 10jähriges Philosophiestudium zurückblicken kann. Manchmal ist eben doch alles nur zum Heulen.

Matthias Seiffert

TERMINE

☞Düsseldorf

Mi. 9. Jan., 20.00 Uhr
Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53
Umtrunk: Schwarz Roter Tresen
Reden, knabbern, trinken, träumen und mehr

Mi. 6. Feb., 10.00 bis 18.00 Uhr
Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53
Info: Informationstag der FAU Düsseldorf
Für Arbeiter*innen, Leiharbeiter*innen, prekär Beschäftigte, Studierende und Arbeitslose

Mi. 13. Feb., 21.00 Uhr
Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53
Info: Antiziganismus heute
Vortrag zur Aktualität des Ressentiments

☞Hamburg

Fr. 18. Jan., 19.00 Uhr
Libertäres Kultur- und Aktionszentrum Schwarze Katze, Fettstraße 23
Lesung: Boris Vian und der Schaum der Tage
Die Texte des surrealistischen Dichters sind Dynamit für heute

Fr. 15. Feb., 19.00 Uhr
Libertäres Kultur- und Aktionszentrum Schwarze Katze, Fettstraße 23
Lesung: Lyrik von Jacques Prevert
„Diese Liebe, die wie ein Kind im Dunkeln zittert vor Angst, macht anderen Angst“

Mi. 20. Feb., 19.00 Uhr
Libertäres Kultur- und Aktionszentrum Schwarze Katze, Fettstraße 23
Lesung: Wer war Marinus van der Lubbe?
Autor Robert Bracks berichtet über seine Recherchen bzgl. Lubbe und den Reichstagsbrand

☞Mannheim

Do. 21. Feb., 19.00 Uhr
Jugendkulturzentrum FORUM, Neckarpromenade 46:
Info: Politischer Streik im Europa der Krise
Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wenn die Nacht am tiefsten... – Geschichte und Perspektiven der (anderen) Arbeiterbewegung“

Do. 07. März, 19.00 Uhr
Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler Str. 3
Info: Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse
Gespräch mit Betroffenen im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wenn die Nacht am tiefsten... – Geschichte und Perspektiven der (anderen) Arbeiterbewegung“

DA-Tipp

☞Stuttgart

Fr. 1. März 19.00 Uhr bis So. 3. März, 13.00 Uhr
Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20
Konferenz: Erneuerung durch Streik (Rosa-Luxemburg-Stiftung)
Konferenz zu Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org

Groteske im Leiharbeiterland

Neues aus Bad Segeberg: Die ortsansässige Leiharbeitsfirma S.H.R. Personalmanagement hatte Ende März 2012 beim Gütetermin vor dem Arbeitsgericht Neumünster einem Vergleich zugestimmt, demzufolge auch die restlichen knapp 25 Euro Lohn noch an den von der FAU Kiel unterstützten Leiharbeiter auszuzahlen sind (Vorgeschichte siehe *DA* 211, S. 7). S.H.R. ließ ihren Worten beim Gütetermin allerdings keine Taten folgen und im nächsten Schritt musste die gerichtliche Zwangsvollstreckung eingeleitet werden.

Als die Leiharbeitsfirma es auch nach dem Besuch des Gerichtsvollziehers versäumte, den restlichen Betrag zu zahlen, oblag es selbigem nun, einen Termin zur Abnahme der Eidesstattlichen Versicherung (EV) festzusetzen. Da S.H.R. nicht die Notwendigkeit sah, zu diesem Termin zu erscheinen, fand die Provinzposse um 25 Euro ihren Abschluss erst, als der Gerichtsvollzieher mit dem Antrag auf Haftbefehl winkte. Unklar bleibt letztlich nur, welche Strategie S.H.R. mit ihren jüngsten Aktionen zu fahren gedachte.

FZ

Print macht pleite?

Die plötzlichen Insolvenzen in der Zeitungsbranche haben Panik ausgelöst. Das Internet soll schuld sein. Doch das ist zu kurz gegriffen

Das Ende kam schnell, aber alles andere als überraschend: Mitte November beantragte die Geschäftsleitung der *Frankfurter Rundschau* (FR) die Insolvenz – der vorläufige Endpunkt eines langen Siechtums. 487 Mitarbeiter stehen jetzt vor der Arbeitslosigkeit. Auch bei der *Berliner Zeitung* werden Stellen wegfallen. Mit Ausnahme der Lokalteile wurden FR und *Berliner Zeitung* seit 2011 von einer gemeinsamen Redaktion hergestellt.

Die FR, unmittelbar nach dem Sieg der Alliierten gegründet, war Jahrzehnte lang eine sozialdemokratische Institution. Einigermaßen profitabel war das Blatt zuletzt im Jahr 2000. Damals hatte die FR 1650 Mitarbeiter. Danach ging es bergab. 2003 rettete nur eine Bürgschaft des Landes Hessen die Zeitung. 2004 folgte die Übernahme durch den SPD-Medienkonzern DDVG. 2006 kaufte schließlich die Mediengruppe M. DuMont-Schauberg die Mehrheit der Anteile.

Jeder Besitzerwechsel brachte neue Entlassungen, neue Konzepte und mehr Aktivitäten im Internet. Trotzdem – oder vielleicht deshalb – sank die Auflage zwischen 2000 und 2012 unaufhaltsam von 190 000 auf zuletzt 118 000 Exemplare.

Wenige Tage nach dem Insolvenzantrag der FR folgte das nächste Opfer: Die *Financial Times Deutschland* (FTD) wurde eingestellt, 320 Mitarbeiterinnen verlieren ihren Job. Wenig später kündigten auch kleinere überregionale Medien, die nicht kurz vor der Pleite stehen, Entlassungen an. *Der Freitag* wird neun Mitarbeiterinnen entlassen, und auch *Der Spiegel* wird eine bislang unbenannte Zahl Stellen abbauen. Die Nachrichtenagentur DAPD kündigte Ende November an, 98 Mitarbeiter zu entlassen. Auch die Frankfurter Zeitungsdruckerei Caro-Druck, die unter anderem die *taz* herstellte, ist pleite.

Google killed the Printjournalismus?

„Die größte Entlassungswelle seit 1949", grölte *Spiegel Online* – und vergaß vor Aufregung, die Entlassungen im eigenen Haus zu erwähnen. Fast alle Kommentatoren machen für das Zeitungssterben nun das Internet verantwortlich. Weil dort Nachrichten kostenlos zu beziehen sind, seien gedruckte Zeitungen dieser Konkurrenz einfach nicht gewachsen. Sie verweisen vor allem darauf, dass Werbung verstärkt im Internet geschaltet wird. Von einem „Virus der Digitalisierung", dessen erstes Opfer die FR gewesen sei, sprach entsprechend das Fachmagazin *Meedia*, der *Spiegel* vom „Sog der Digitalisierung".

Dass die überregionalen Printmedien finanziell schwächeln, liegt aber nur zum Teil an der Konkurrenz durch das Netz. Tatsächlich sinken die Auflagen der Tageszeitungen schon seit Mitte der 1980er Jahre. Besonders junge Menschen und Senioren leisten sich seitdem immer seltener ein Abonnement. Populär wurde das Internet erst zehn Jahre später.

Wer oder was ist also schuld daran, dass Presseerzeugnisse scheinbar reihenweise eingehen? Richtig ist, dass die Tageszeitungen weniger von dem großen Werbekuchen auf sich ziehen können. Ihr Anteil am Gesamtwerbeaufkommen sank von 29 Prozent im Jahr 2000 auf aktuell 20 Prozent. Bei den Kleinanzeigen spüren die Holzmedien die Konkurrenz der Suchmaschinen. Außerdem setzen immer mehr Unternehmen auf „Direktvermarktung" durch Prospekte und Kataloge.

Aber bisher konnten die meisten Zeitungen das Sinken der Auflagen und Werbeeinnahmen laut Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV) kompensieren – durch höhere Abo-Preise oder neue Einkunftsquellen wie Veranstaltungsmanagement. Der Verkaufspreis, der früher nur etwa ein Drittel der Erlöse ausmachte, ist daher wichtiger geworden.

Daher trügt der Schein einer generellen Krise der deutschen Print-Medien. *Frankfurter Rundschau* und *Financial Times Deutschland* waren nicht typisch für die Branche. Sie gehörten zu den überregionalen „meinungsbildenden" Zeitungen mit „bundesweiter" Leserschaft. Diese machen aber nur knapp sechs Prozent der insgesamt verkauften Auflage aus. Der überwiegende Teil der täglich millionenfach verkauften Exemplare sind Lokalzeitungen, die weiterhin finanziell solide sind (wenigstens solange die soziale Krise ihre LeserInnen nicht zu hart trifft).

> ***„Dass die überregionalen Printmedien finanziell schwächeln, liegt aber nur zum Teil an der Konkurrenz durch das Netz. Tatsächlich sinken die Auflagen der Tageszeitungen schon seit Mitte der 1980er Jahre. Besonders junge Menschen und Senioren leisten sich seitdem immer seltener ein Abonnement. Populär wurde das Internet erst zehn Jahre später. Wer oder was ist also schuld daran, dass Presseerzeugnisse scheinbar reihenweise eingehen? „***

Untypisch waren FR und FTD auch deshalb, weil sie (wie übrigens auch *Der Freitag*) schon jahrelang nicht profitabel waren. Weiterbetrieben wurden sie wegen ihres Renommees beziehungsweise der Hoffnung auf zukünftige Profite. Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 hat die deutsche Financial Times (trotz einer Verkaufsauflage von über 100.000 Exemplaren!) niemals Gewinn eingefahren.

Das heißt aber nicht, dass in diesem Marktsegment keine Profite mehr gemacht würden. Der Springer-Verlag steigerte 2011 sowohl Umsatz als auch Gewinn. Auch M. DuMont Schauberg – also der Konzern, der gerade die FR abwickelt – hat im Jahr 2011 den Umsatz gesteigert und noch 2010 mehr als 20 Millionen Euro Gewinn erzielt. Die Verlagsgruppe Gruner + Jahr, für die die Verluste durch die FTD nicht länger vertretbar waren, machte 2011 genauso viel Umsatz wie im Vorjahr und immerhin 85 Millionen Euro Gewinn.

Ein Verleger, definiert Robert Musil in „Der Mann ohne Eigenschaften", ist ein Kaufmann, der in schwachen Momenten vergisst, dass er mit unverdorbenem, sauberem Papier viel besser Geld verdienen könnte. Gedruckte Nachrichten waren immer schon ein Geschäft. Aber seit Anfang der 1990er Jahren ist der Tageszeitungsmarkt stärker umkämpft als zuvor. Immer mehr Tageszeitungen wurden von größeren Zeitungsgruppen aufgekauft.

Die beständige Konzentration hat dazu geführt, dass sich mittlerweile zehn Unternehmen sechzig Prozent des Tageszeitungsmarktes teilen. Den größten Teil davon mit fast 19 Prozent der Auflage verkauft der Springer-Konzern, gefolgt von Südwestdeutsche Medien Holding (9 Prozent) und WAZ-Gruppe (6 Prozent).

Für diese Medienkonzerne ist eine einzelne Tageszeitung ein Bilanzposten von vielen. Was nichts oder auch nur zu wenig bringt, wird abgewickelt. Weil außerdem die Übernahmen in der Regel kreditfinanziert waren, steigt für die Verleger der Druck, möglichst schnell Gewinne zu machen, um die aufgelaufenen Schulden zu bedienen. Und die Analysten alarmiert bereits, wenn, wie im Fall von Gruner + Jahr, der Gewinn von 124 Millionen auf 85 Millionen Euro „wegbricht" (*Meedia Report*).

„Irgendwas mit Medien" macht mensch auf eigene Gefahr

Krise ist eine Frage der Perspektive. Für viele Lohnabhängige in der Medienbranche waren schon die Jahre vor 2008 reichlich krisenhaft – geprägt von sinkenden Einnahmen, unsicherer Auftragslage, unerreichbarer Altersvorsorge, also der Aussicht auf Altersarmut. Dennoch ist der Zustrom ungebrochen. Jedes Jahr gehen zirka 10.000 Menschen mit einem Abschluss in einem „Medien-Studiengang" von der Uni ab – und ein großer Teil von ihnen versucht sich als Journalist. 3.000 Volontariate werden jedes Jahr vergeben.

2011 lebten laut DJV 73.500 von Journalismus. 43.000 von ihnen haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag, der Rest gehört zu den Freiberuflern. Statistisch schwer zu erfassen sind die vielen, die nur einen Teil ihrer Einkünfte mit dieser Arbeit erzielen oder ihre Sozialhilfe mit Medienarbeit aufstocken. Dabei gilt die Faustregel: Je mehr die Kolleginnen für Tageszeitungen arbeiten, desto ärmer sind sie.

Der Anteil der Freien wächst seit den 1980er Jahren beständig an. Mittlerweile arbeitet ein Heer von Journalisten den Festangestellten in den Redaktionen zu. Möglich wurde diese Arbeitsteilung, weil seit den 1980er Jahren Redaktionssysteme („Newsdesk") im Einsatz sind, die es den Teams in den Redaktionen ermöglichen, den „Input" der Freien flexibel und schnell zu integrieren.

Viele freiberufliche Redakteure und Journalisten sind in der Künstlersozialkasse (KSK) versichert. Von 2008 bis 2011 wuchs ihre Zahl von etwa 20.000 auf 23.000. Das durchschnittliche Jahreseinkommen lag 2011 bei nur 16 840 Euro. Dieser Betrag stagniert seit Jahren. Allerdings gibt es unter den freien Journalisten durchaus auch einige, die lukrative Auftragsgeber gefunden haben und entsprechend gut verdienen.

Aus den spärlichen Statistiken allgemeine Aussagen abzuleiten, ist schwierig. Die Zahlen der KSK beruhen auf Angaben der Versicherten, und weil hohe Einnahmen auch hohe Versicherungsbeträge bedeuten, geben viele Kolleginnen und Kollegen weniger an als sie tatsächlich verdienen. Außerdem arbeiten viele KSK-Versicherte nicht (nur) für Tageszeitungen, sondern auch für andere Medien. Dennoch, die Zahlen zeigen, dass ein beachtlicher Teil dessen, was in der Zeitung steht (beziehungsweise im Fernsehen zu sehen und im Radio zu hören ist), offenbar von NiedriglohnarbeiterInnen stammt.

Die Branche Journalismus ist äußerst divers. Da finden sich ALG2–Empfänger mit akademischem Abschluss und ein paar hochbezahlte Experten, linke Publizisten, für die der Gelderwerb nebensächlich ist und alte Hasen in Lokalredaktionen, die schneller Zeile schreiben als du gucken kannst. Entsprechend unterschiedlich sind die Möglichkeiten, die eigenen Lohnstandards und Arbeitsbedingungen zu verteidigen. In den Redaktionen sind immer noch deutlich mehr als die Hälfte der Mitarbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert (Verdi oder DJV). Viele, die sich als Fotografen oder Reporterinnen für Tageszeitungen ohne Festanstellung verdingen, haben im letzten Jahrzehnt einen regelrechten Absturz ihrer Einkommen erlebt. Einige Freie glauben, wegen ihres individuellen „Marktwerts" gewerkschaftlichen Schutz nicht nötig zu haben. Für eine Handvoll von ihnen stimmt das sogar. In der Regel ist es eine Illusion.

Matthias Becker

Spiegel oder Werkzeug

Eine Betrachtung über Funktion und Bedeutung libertärer und linker Presse

Wenn es nach den Kolleginnen und Kollegen der *Financial Times Deutschland* (FTD) gegangen wäre, gäbe es das lachsfarbene, linksliberale Wirtschaftsblatt heute noch. Sicher, die Angst vor der Erwerbslosigkeit auf einem „schwierigen" Arbeitsmarkt schwang wohl mit, als klar war, dass am 7. Dezember 2012 die letzte Ausgabe der FTD erscheinen würde. Aber es sind vor allem ÜberzeugungstäterInnen, die hier von einem der größten Verlage des Landes abserviert wurden. Indes, die Redaktion der FTD war nicht die einzige IdealistInnen-Kombo in der Zeitungslandschaft.

Auch der überschaubare Bereich der bundesweiten libertären Presse – *Direkte Aktion* (DA), *Graswurzelrevolution* (GWR) und jüngst auch *Gai Dào* – wird von ÜberzeugungstäterInnen betrieben. Hinter diesen Blättern stehen allerdings keine finanzkräftigen Verlage und auch die Anzeigenerlöse dürften, sofern vorhanden, sehr bescheidene Dimensionen nicht sprengen. Sie können also nicht einfach so dichtgemacht werden: ein entscheidender Vorteil der Selbstverwaltung. Dennoch besteht kein Grund, sich zurückzulehnen. Anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens fragte die Leipziger Anarcho-Postille *Feierabend!*, die im September 2002 erstmals erschienen war, selbstkritisch: „Wozu brauchen wir heute noch libertäre Printmedien?" Darüber diskutierten neben einem Redaktionsmitglied des *Feierabend!* auch Mitwirkende von DA und GWR. Versammelt waren also libertäre Printmedien mit einer Gesamtauflage von vielleicht 6.000 Exemplaren. Eine verschwindend geringe Zahl.

Doch was sind „libertäre Printmedien" überhaupt? Kurz und knapp: Meinungsblätter. Sie haben hierzulande in der Regel nicht die Ressourcen, eigene Recherche zu betreiben. (Dies trifft wohl nicht nur auf deutschsprachige Blätter zu; allein Spanien und Schweden mögen da Ausnahmen zu bieten haben.) Aber immerhin, mit einer eigenen Interpretation der Wirklichkeit und des aktuellen Geschehens tragen sie wesentlich zur Selbstverständigung der Aktiven bei und machen gewisse Diskussionsprozesse öffentlich. Das ist wichtig, denn der Bezug auf Geschichte und Theorie allein reicht für gesellschaftliche Resonanz nicht aus – nicht einmal hypothetisch. Dies trifft auch auf andere linksradikale Zeitschriften wie *analyse & kritik, Barrikade, Die Aktion, Express, interim, Strike!* und *Wildcat* zu, und gilt im Grunde auch für linke Zeitungen wie *Freitag, junge Welt, Jungle World* und *Neues Deutschland*: Als meinungsbildende und identitätsstiftende Medien sind sie wesentliches Element linker Selbstverständigung (und Abgrenzung). Im Unterschied zu den reinen Bewegungsblättern haben die professionellen Publikationen eine deutlich höhere Erscheinungsfrequenz und ihre Auflage pendelt um die 15.000 Exemplare – auch dies ist, im Vergleich zur kapitalistischen Presse, nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, wenngleich die Auflagenzahlen im Gegensatz zu den regulären Printmedien meist stabil sind, aufgrund des begrenzten aber treuen LeserInnenkreises. Ein ebenso entscheidendes Merkmal.

Vor diesem Hintergrund, und vor dem der Blogosphäre im Internet war die Frage nach der Nützlichkeit libertärer Printmedien gestellt. Trotz aller tektonischen Verschiebungen in der Medienlandschaft ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass die Printmedien verschwinden werden. Schließlich federn sie einen Teil des Drucks der Echtzeitkommunikation ab und wirken der digitalen Demenz entgegen. Periodizität der Erscheinungsweise, Gewichtung und Konzentration der Themen bleiben wichtige Wesensmerkmale gedruckter Presse, die das Internet kaum zu bieten vermag. Darin waren sich die Diskutanten in Leipzig einig; so sehr, dass sich das Publikum sogar etwas mehr Disput gewünscht hätte.

Anlass dafür gäbe es genug. Böse Zungen könnten behaupten, schon in der geringen Auflagenhöhe zeige sich, dass die Presse Selbstzweck autoreferenzieller Liebhaberkreise sei. Dass das Modell des Organisationsorgans, das der bundesweiten libertären Presse zugrunde liegt, ein überholtes Relikt wäre. Ja, dass mit dem Wegfall dieser Presse ein Gutteil des Tätigkeitsfeldes linksradikaler Gruppen verschwände. Fest steht, dass insbesondere die libertäre Presse aufgrund ihres bescheidenen Entwicklungsstandes noch viel Potenzial hat. Von der Form her sollte sie den Anspruch angenehmer wie auch überraschender Erscheinung haben, und im besten Falle auch einen künstlerischen Wert. So könnten Printmedien zu Wandel und Neuerung der Bewegung in der Außen- und Selbstwahrnehmung beitragen. Vielfach jedoch halten libertäre Publikationen das Banner einer „Hierarchiefreiheit" hoch, die sich in einer minimalen redaktionellen Tätigkeit ausdrückt und den Ressourcenmangel zur Tugend umdichtet. Dabei ist gegen eine Arbeitsteilung aus freiheitlicher Perspektive gar nichts einzuwenden – schließlich hat auch die anarchistischste Redaktion eine Verantwortung in erster Linie gegenüber der LeserInnenschaft, und nicht gegenüber dem oder der Schreibenden. Ein komplexeres Problem stellt die strukturelle Schwäche des ehrenamtlichen Engagements dar, das den Presseprojekten praktische Grenzen setzt. Will die libertäre Presse einmal an ihre historischen Vorbilder heranreichen und der marktwirtschaftlichen Presse Paroli bieten, besteht die Herausforderung für sie darin, diesen Status quo zu sprengen und über sich hinauszuwachsen. Seit Jahrzehnten schon sind sie ein Spiegel, kein Werkzeug der Bewegung.

André Eisenstein

Fortsetzung von S. 1

„Mächtigkeit" ist das Landesarbeitsgericht (LAG) damit aus dem Weg gegangen.

In der November-Ausgabe der Fachzeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* (AiB), einer der wichtigsten Publikationen für Betriebsräte in Deutschland, äußerte sich jüngst der renommierte Arbeitsrechtler Prof. Dr. Wolfgang Däubler zum Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin: „Es geht um eine Organisation, die ihre Zuständigkeit bewusst auf Betriebe beschränkt, wo sie Mitglieder hat und sich stark genug für eine Tarifauseinandersetzung fühlt", führt Däubler in seiner Anmerkung zu dem Urteil aus. Auch Andreas Förster, derzeit Sekretär der FAU Berlin, hebt diesen Aspekt gegenüber der *DA* hervor: „Unser syndikalistischer Ansatz ist gerade dahingehend beachtenswert, als dass Auseinandersetzungen nur dort geführt werden, wo Organisierungsgrad und Kampfeswille vorhanden sind. Eine ‚lokalisierte' Tariffähigkeit kann hier nur schwer abgesprochen werden."

Auch bemängelt Däubler die rechtliche „Erfordernis" eines überbetrieblichen tarifpolitischen Willens. Spätestens wenn eine Branche oder ein Betrieb nicht durch einen Arbeitgeberverband repräsentiert wird, müssten Gewerkschaften ihre Tarifkämpfe ohnehin in die Betriebe verlagern. Däubler kritisiert das LAG, nicht nach dem Sinn zu fragen, den das Gewerkschaftsmerkmal der Überbetrieblichkeit hat: „Dieses soll nämlich nur vermeiden, dass die *Unabhängigkeit* von der Arbeitgeberseite in Gefahr gerät, nicht aber zu einer überbetrieblichen Tarifpolitik zwingen", schreibt Däubler dazu.

Diese Ausführungen sind nicht unbedeutend die FAU und für potenziell jede kleinere Basisgewerkschaft in Deutschland, zumal Wolfgang Däubler zu den profiliertesten und meistzitierten Arbeitsrechtlern in Deutschland zählt und auch international Beachtung findet. Als Berater war er für die SPD und ÖTV in Tarif- und Streikrechtsfragen tätig. Sein Beitrag sorgt für Diskussionsstoff, da die Frage über die Tariffähigkeit der FAU Berlin nie endgültig beantwortet wurde. Dass noch kein Hauptsacheverfahren angestrebt wurde, bedauert Däubler. Schließlich stellt er fest, dass es „wünschenswert" wäre, wenn es „hier oder bei einem vergleichbaren Fall durchgeführt würde". Das Bundesarbeitsgericht sollte in einem solchen Fall die Chance haben, „sich auch zur Tariffähigkeit solcher Organisationen zu äußern, die ein flexibles Tarifgebiet bevorzugen."

Sebastien Nekyia

Frei, flexibel, abgezockt

Das Problem der Selbstständigkeit im Arbeitskonflikt mit der Firma Messeshop

Es ist einfach: Beim zuständigen Finanzamt meldet man eine Selbständigkeit an, erhält eine Steuernummer, erlernt das ABC des Rechnungschreibens und los geht's. Die Vorteile liegen auf der Hand. Als eigener Chef hat man scheinbar die Kontrolle über das was man tut oder an welche Versicherungen man sein Geld abgibt.

Doch diese Unabhängigkeit ist nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite werden Selbständige dort eingesetzt wo vorher Stellenabbau oder Umstrukturierung stattgefunden haben. Viele Unternehmen wollen sich keine MitarbeiterInnen ans Bein binden, denen sie gewisse ArbeitnehmerInnenrechte einräumen müssen und für die sie darüber hinaus auch noch einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge übernehmen sollen. Für Selbständige heißt das im Umkehrschluss: kein Kündigungsschutz und keine Garantie einen Auftrag zu bekommen. Für die freiwillige Sozial- und Krankenversicherung reicht oft das Geld nicht. Das durchzieht alle Branchen von JournalistInnen über IT-ArbeiterInnen bis hin zu HilfsarbeiterInnen.

Gerade junge Menschen lassen sich zur Selbständigkeit überreden, so wie Juanpe und Sergi. Aus Spanien kommend, ließen sich die beiden von der Firma Messeshop aus Eimersleben als Hilfen für die Messen Fruit-Logistica und ITB beauftragen. Geld gesehen haben sie bis heute keines. Dagegen macht die FAU Berlin, in der die beiden organisiert sind, seit einiger Zeit mobil (siehe *DA* 214). Bisher reagierte die Betreiberin der Firma auf keines der Angebote der Gewerkschaft.

Es nicht einfach die EinmenschunternehmerInnen zu organisieren. Der arbeitsrechtlich geschützte Aktionsrahmen von ArbeiterInnenkoalitionen baut auf Kollektivverträgen auf. Doch Arbeitsrecht wandelt sich und muss immer wieder an die Realität angepasst werden.

Unter Freelancern tummelt sich ebenso die Gruppe der Scheinselbständigen, die um ihre Sozialversicherung geradezu betrogen wird. Während „echte" Selbständige nicht direkt von einem Auftraggeber abhängig sind, sich also „frei" verkaufen dürfen und ihre Aufträge in Eigenregie abarbeiten können, sieht dies bei den „unechten" anders aus. Die Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung wurde im Jahr 2010 15.200 Mal mit einer Statusfeststellung beauftragt. In einem Drittel der Fälle wurde ein verschleiertes ArbeitnehmerInnenverhältnis festgestellt.

Es spielt keine Rolle, ob jemand einer prekären Selbstständigkeit nachgeht oder sich von einem Minijob zum anderen hangelt: Abhängig von der Gunst der Auftrag- oder ArbeitgeberInnen sind beide Seiten. Es braucht einen gewerkschaftlichen Ansatz, der Freelancer und Festangestellte zusammenbringt.

Indes ist die Unterstützung zweier Menschen, die noch dazu aus einem krisengeschüttelten Land nach Deutschland migrierten, und für ihre Arbeite keinen Cent erhielten, kein theoretischer Ansatz, sondern schlicht gewerkschaftliche Solidarität. Aktuell ruft die FAU Berlin dazu auf, ein Unterschriftenaktion auf *www.change.org* (Stichwort Messeshop) zu unterstützen.

Philip Gale

Magdeburger Prozess im Fall Oury Jalloh

Im Prozess um den in einer Polizeizelle verbrannten Afrikaner Oury Jalloh vor acht Jahren (die *DA* berichtete) im Dezember 2012 hat das Landesgericht Magdeburg den Polizisten Schubert zu einer Geldstrafe verurteilt. Schubert war damals diensthabend. Der Vorwurf beschränkt sich auf „fahrlässige Tötung durch Unterlassung". „Eine Farce" urteilt die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh": „Schubert wurde als Bauernopfer vorgeführt, um einen rechtsstaatlichen Anschein zu wahren. Die Verurteilung ist das geringere Übel, das Sachsen-Anhalt auf Justizebene in Kauf nehmen mußte, um den ‚Fall Oury Jalloh' endlich vom Tisch zu haben." schreibt die Initiative in einer Stellungnahme vom 13.12.2012. Sie wirft den Richtern Befangenheit vor. Tatsächlich ist nach wie vor vieles ungeklärt oder gar widersprüchlich: Ungeklärt ist, wie Jalloh in seiner Zelle zu einem Feuerzeug gekommen ist, mit dem er sich nach Angaben der Polizei selbst in Brand gesetzt haben soll. Unklar ist ebenfalls, wie er das hätte anstellen sollen, nachdem er durch die Polizei fixiert worden war. Auch ist das angebliche Tat-Feuerzeug erst nachträglich auf die Asservatenliste gekommen und weist zudem keinerlei DNA- oder Faserreste von Jalloh auf. Videobänder von der Durchsuchung der Zelle sind auf ominöse Weise verschwunden. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

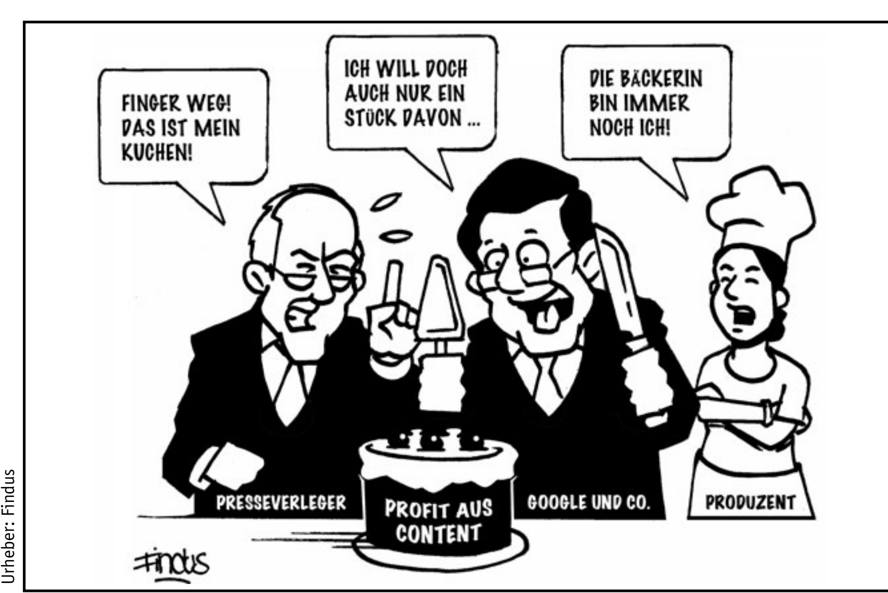
Die Nebenklagevertretung hat nach dem Magdeburger Prozess einen Antrag auf Revision gestellt. Viel erhofft sich die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh" auch von einem neuen, internationalen Brandgutachten, dass im Laufe des Jahres vorgelegt werden soll.

AL

Leistung? Schutz? Recht?

Das Leistungsschutzrecht soll die Gewinnverteilung aus Presseerzeugnissen im Web regeln. Die UrheberInnen haben das Nachsehen

In der Debatte um ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage streiten sich Bundesregierung und Opposition auch um das Maß politischer Regulierung eines neuen wie rechtlich schwammigen, virtuellen Marktes. Streitpunkt Durch das Anlegen der Datei robots.txt auf den eigenen webserver läßt sich genau festlegen, was im Netz „Verschlagwortet" werden soll und was nicht. Die FAZ beispielsweise wendet diese Technik an.



Urheber: Findus

im Fall „Presseerzeugnisse" ist die Verteilung des produzierten Mehrwerts aus Inhalten (Contents) im web unter den Verwertern, News-Aggregatoren und Presseverlagen. News-Aggretatoren, also Suchmaschinen wie Google News oder Yahoo Nachrichten, verlinken Contents und „teasern" diese in Textkurzform, den sog. „Snippets", auf ihren Seiten an. Das schnelle Finden von gesuchten Inhalten und die Übersicht über aktuelle Ereignisse ist für User eine attraktive Möglichkeit, sich im ansonsten unüberschaubaren web zu orientieren. Für Google und Co. ist es ein ausgesprochen gutes Geschäft.

Den verlinkten Seiten der Presseverlage wie spiegel-online oder bild.de verschaffen den News-Aggregatoren einen regen Zulauf an Usern und jede Menge Klicks und damit ebenfalls einen gesteigerten Profit aus dem Geschäft u.a. mit AnzeigenkundInnen. Eine win-win-Situation, könnte man meinen. Doch viele Presseverlage fühlen sich um ihren Zusatzprofit betrogen. Die News-Aggregatoren würden Umsätze mit Leistungen machen, die sie selber nicht erbracht haben. Sie fordern mit Unterstützung der Regierungsparteien die Lizensierung der Snippets, so dass Google und Co. zukünftig Gebühren für die Verlinkung ihrer Inhalte an die Verlage zu entrichten hätten. Die Presseverleger würden so doppelt profitieren: Durch die vermehrten Klicks auf ihren Seiten, die ihnen die Suchmaschinen ermöglichen und den daraus resultierenden, erhöhten Einnahmen aus Anzeigen sowie durch die erhöhten Lizenzeinnahmen von den News-Aggregatoren. Denn um nichts anderes geht es. Würden die Presseverlage sich wirklich daran stören, dass sie auf anderen Seiten verlinkt sind, könnten sie dem einfache, technische Abhilfe schaffen:

Geht es aber nach der schwarz-gelben Bundesregierung, soll das sog. „Leistungsschutzrecht" die Handhabung von Informationsinhalten regeln. Parteien wie die Piraten sehen darin allerdings die „Freiheit des Netzes" bedroht – was auch immer sie sich darunter vorstellen – und fürchten eine wirtschaftliche „Innovationsbremse", der dem Standort Deutschland schaden könnte. Andere sehen den „freien Wettbewerb" bedroht und verfallen in überholte, liberale Marktideologie. Google fürchtet vor allen Dingen den Präzedenzfall. Denn wenn in Deutschland Verlage den Vorreiter in Sachen Gewinnbeteiligung machen, könnten andere Länder mit ähnlichen Gesetzen nachziehen. Ein Dammbruch mit enormen, anfallenden Kosten für Google wäre möglich.

Die Debatte scheint zuweilen verworren. Sie ist aber im Wesentlichen eines: Borniert. Denn was unter dem Namen „Leistungsschutzrecht" zirkuliert, schützt keine Leistungen, sondern verlängert im maßgeblich die Ausbeutung der Produzenten dieser Leistungen. Nicht die Verleger haben etwas erbracht, was nun zu „schützen" wäre. Sie haben sich lediglich fremde Leistungen, sei es die der AutorInnen, oder der Onlineredakteure im Verlag selber, angeeignet, um aus diesen Profit zu schlagen. Während sich also Presseverleger und Suchmaschinenbetreiber um die Anteile am Kuchen fremder Bäcker bekriegen, stehen die UrheberInnen der Arbeit im Schatten der Diskussion. Der Vorwurf der Presseverlage, andere dürften sich nicht an den Leistungen anderer vergreifen, ist eigentlich ein Boomerang. Denn die Verlage tun nichts anderes.

Minou Lefebre

Sprengstoff für die EU


Urheber: Findus

Ein Kommentar von Michael Schulze von Glaßer

Die „Europäische Union" hat den Friedensnobelpreis 2012 verliehen bekommen! Die Ehrung wurde damit begründet, dass die EU seit Jahrzehnten zur Entwicklung von Frieden und Versöhnung sowie Demokratie und Menschenrechten in Europa beitrage. Das ist aber nur die halbe Wahrheit: Zwar ist Europa nach zwei Weltkriegen endlich befriedet, dafür wird Krieg nach außen geführt. Krieg für offene Märkte, freie Handelswege, den Zugang zu Rohstoffen, gegen Flüchtlinge und schlichtweg für die Verteidigung der Großmachtstellung der EU in der Welt. Kein Einzelfall: Den Friedensnobelpreis bekamen auch schon viele andere Militaristen und – das muss man so offen sagen – Mörder. Der Preis ist zwar auf den ersten Blick eine gute Sache, doch schaut man sich schon seinen Stifter an, sollten Zweifel aufkommen: Alfred Nobel ist der Erfinder des Dynamits. Zwar soll der Schwede Krieg gehasst haben, aber eben auch der Meinung gewesen sein, eine besonders schreckliche Vernichtungswaffe würde die Menschheit vom Krieg abschrecken. Diesem Ziel widmete Nobel seine Arbeit – und war damit auf dem Holzweg. Heute ist die Menschheit zum Overkill fähig und, auch dank der EU, doch nicht friedlicher. Dennoch würde sich Nobel bei den aktuellen Preisträgern wohl im Grabe umdrehen. Laut seinem Willen sollte der Preis an denjenigen vergeben werden, „der am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt hat." Es bedarf schon viel Phantasie des heutigen Nobelpreis-Komitees, die EU diesen Kriterien unterzuordnen. Aber was machen in einer Zeit, in der Krieg angeblich Frieden ist? Der Friedensnobelpreis wirkt wie eine moralische Rechtfertigung der aggressiven EU-Politik und kann von all denen, die Frieden als etwas ohne Gewalt ansehen, getrost als jährlich stattfindendes Comedy-Event auf Privatfernsehniveau angesehen werden.



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Flugdaten-Sammelwahn

Der Innenausschuss des Europaparlaments möchte eine neue Richtlinie zur „Flugdatensicherung" durchsetzen. In dem Vorschlag der EU-Kommission heißt es, dass die Buchungsfirmen und Fluggesellschaften die Daten sämtlicher Fluggäste an staatliche Stellen weitergeben sollen. Die Daten umfassen hierbei Namen, Adressen, Reiseziele, Kreditkarten, aber auch Essens- und Sitzplatzwünsche. Computerprogramme sollen dann automatisch nach „Auffälligkeiten" suchen und diese melden. Die Einreise könnte dann verweigert werden, aber in jedem Falle sollen nach Wunsch der Kommission die „auffälligen Daten" für fünf Jahre gespeichert werden. In dieser Zeit sollen dann auch Rasterprofile verfeinert, Gefahrenpotenziale neu bewertet und neue technische Möglichkeiten angewandt werden. In den USA sind solche Verfahren schon gang und gäbe, auch hat die EU schon zugestimmt, Fluggastdaten an die USA weiterzugeben, und somit teilweise schon solche Praxen ermöglicht. Es ist keine Seltenheit, das Menschen eine Einreise (auch nur zu Durchreisezwecken) verwehrt wird.

AR

Mehr Schein als Sein

Die EU hat den Friedensnobelpreis erhalten, und auf einer Sitzung im Dezember 2012 hat das Parlament die digitale Freiheit als Teil der gemeinsamen EU-Außenpolitik beschlossen. Das dies nur Makulatur und Worthülsen sind, lässt sich daran erkennen, dass der Handel mit Überwachungssoftware – und gerade deren Verkauf an autoritäre Regimes – weiter blüht. Im Jahr 2011 veröffentlichte *WikiLeaks* mehrere Hundert Dokumente – die sogenannten *Spy Files* – aus denen die Vielfalt und Ausgereiftheit der Technologien deutlich wird, die auf internationalen Messen für Überwachungstechnologie angeboten werden. Von diesen *Spy Files* ausgehend, recherchierten *Bloomberg*, das *Wall Street Journal* und Sicherheitsexperten des Citizen Lab, dass die Technologien, die in Ägypten, Bahrain und Libyen gegen mutmaßliche Dissidenten und MenschenrechtlerInnen eingesetzt wurden, häufig von europäischen Anbietern stammten. Zwar hat die EU nun Exporte von Spionagesoftware nach Syrien und in den Iran verboten, aber weder gibt es eine Kontrolle hierüber wie bei Nahrungsmitteln oder Waffen, noch stehen andere Länder auf dieser Liste. „Es ist unverantwortlich bis fahrlässig, wenn Unternehmen leistungsstarke Überwachungstechnologien an Unrechtsregime verkaufen ohne in Betracht zu ziehen, welche Auswirkungen dies auf die Menschenrechtslage hat oder ob die Lieferung der Produkte überhaupt zu verantworten ist", so Cynthia Wong, leitende Researcherin in der Abteilung Internet und Menschenrechte bei Human Rights Watch.

AR

Pillen und sensible Daten

Ein freiberuflicher Lobbyist soll mit Hilfe eines externen IT-Spezialisten des Bundesgesundheitsministeriums vertrauliche Daten aus dem Ministerium ausspioniert haben. Diese Praxis fand im großen Stil statt, über Jahre hinweg ungefähr seit 2010. Die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) distanzierte sich und sprach von Fehlverhalten von Einzelnen, allerdings gilt die Lobbyvereinigung als eine der einflussreichsten und aggressivsten in Deutschland.

AR

Antiterror-Ermittler des FBI gegen Occupy Wall Street

Vor kurzem veröffentlichte Berichte machten bekannt, dass Antiterror-Ermittler des FBI die Occupy-Wall-Street-Bewegung seit ihrer Gründung im September 2011 überwachte. Die Behörde versuchte, die Kommunikation und Planung der Bewegung zu ermitteln. In den Memos, die in redigierter Form unter dem amerikanischen Informationsfreiheitsgesetz veröffentlicht wurden, ist von einem geplanten Treffen einer „anarchistischen Bewegung" namens Occupy Wall Street die Rede. Die Überwachung hielt auch die folgenden Monate an, und das FBI tauschte regelmäßig Informationen über die Occupy-Bewegung mit Unternehmen, lokalen Polizeibehörden und Universitäten aus. Die Ermittler versuchten unter anderem herauszufinden, ob die Occupy-Aktivisten „gewalttätige Tendenzen" an den Tag legen würden, unter anderem waren die Ermittler wohl auch besorgt, dass die Occupy-Bewegung „Ventil für einen Einzeltäter, der die Bewegung im Zusammenhang mit allgemeiner Unzufriedenheit mit der Regierung missbraucht", sein könne.

AR

Bahn Chef will Videoüberwachung verstärken

Nach dem Bombenfund am Bonner Hauptbahnhof will die Deutsche Bahn mehr Videoaufzeichnungen „und damit eine bessere Verfolgung von Straftaten auf Bahnhöfen" erreichen. Im Februar wolle der Chef des Verkehrskonzerns, Rüdiger Grube, einen Sicherheitsgipfel abhalten. Teilnehmen sollen neben Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der schon nach dem Bombenfund eine verschärfte Videoüberwachung gefordert hatte, Vertreter der Länder und der Bundespolizei sowie Datenschützer. Auf diesem Sicherheitsgipfel sollen „gemeinsam neue Konzepte" ausgearbeitet und die Zusammenarbeit zwischen Bahn und Behörden verstärkt werden. Allerdings gibt es bahnintern noch Auseinandersetzungen um die Videoüberwachung, da Kosten und Kompetenzen nicht geklärt seien. „Generell gilt, dass wir die Bahnhöfe mit Kameras bewachen, Aufzeichnungen muss die Bundespolizei beauftragen", erläutert Grube. Der Sicherheitschef der Bahn, Gerd Neubeck, dämpft die Erwartungen der Sicherheitsbehörden in die Videoüberwachung: „Kameras können bei der Aufklärung helfen, aber sie sind kein geeignetes Mittel Straftaten zu verhindern". Trotzdem wird es wohl darauf hinauslaufen, dass die Bahn die Kapazitäten für das Anbringen und Betreuen von Kameras ausbaut. Parallel dazu soll die Bundespolizei mehr Geld bekommen.

AR

Freunde und Helfer

Meldungen über rassistische Polizeigewalt



„Gleich knallt's!"

FlüchtlingsaktivistInnen demonstrierten am 15.10. vor der nigerianischen Botschaft in Berlin gegen die Kooperation des Landes mit BRD-Behörden in Abschiebungsverfahren. Einige von ihnen verschafften sich Zutritt zu dem Gelände, um gehört zu werden. Mehrere AktivistInnen und DemonstrantInnen wurden im Zuge des hart geführten Polizeieinsatzes verletzt, 25 von ihnen verhaftet. Im Gewahrsam des Berliner LKA wurden sie rassistisch beschimpft und teils schwer misshandelt.

Very German Fahrkartenkontrolleure

Am Abend des 17.10. verlangen Fahrkartenkontrolleure der Frankfurter U-Bahn von einer Frau mit schwarzer Hautfarbe 40 Euro Strafe, weil sie einen „anderen Afrikaner" verbotenerweise auf ihr Ticket mitgenommen habe. Als sie nicht zahlen will und stattdessen ihren äthiopischstämmigen Verlobten herbeiruft, entgegnet eine Kontrolleurin: „Ihr seid hier nicht in Afrika!" Das Gespräch wird schnell hitzig und die Polizei alarmiert. Da sich der Mann nicht ausweisen kann, wird er in Handschellen abgeführt und brutal geschlagen. Später dringen Polizeibeamte in die Wohnung des Paars ein, um nach dem Ausweis des Mannes zu suchen. Noch im Krankenhaus wird der Mann mehrfach aggressiv zu einer Aussage gedrängt. Es laufen Ermittlungsverfahren gegen die beteiligten Beamten, aber auch eine Beleidigungsklage gegen das Opfer.

Grenzpolizeiliche Erfahrung

Racial Profiling ist in Deutschland doch nicht gestattet. Im Februar 2012 hatte das Verwaltungsgericht Koblenz noch geurteilt, dass sich zwei Bundespolizisten korrekt verhalten hätten, als sie einen jungen Mann nur aufgrund seiner Hautfarbe kontrollierten. Die Beamten seien sogar verpflichtet, „einschlägige grenzpolizeiliche Erfahrung" zu nutzen, um Personen zu erkennen, die sich möglicherweise illegal in der BRD aufhalten. Das Oberverwaltungsgericht NRW urteilte nun, dass diese Praxis gegen das Gleichbehandlungsgebot verstößt. Eine Beleidigungsklage, die die Beamten gegen den Drangsalierten eingereicht hatten, wurde im Berufungsverfahren abgewiesen.

Keine Lobby

Seit dem Jahr 2002 engagiert sich die Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt (KOP) in Berlin. Sie wurde durch die geförderte und anerkannte Opferberatungsstelle ReachOut, das Antidiskriminierungsbüro (ADB e.V.), den Ermittlungsausschuss (EA) und das Netzwerk Selbsthilfe e.V. gegründet. Um ihre Arbeit zu finanzieren, die Betroffenen zu unterstützen und ihnen eine Stimme zu geben, ist die Kampagne immer auf Spenden angewiesen. Näheres auf *www.kop-berlin.de*

Kleiner Aktionstag im Herzen der Bestie

Generalstreiks sind in Deutschland noch Zukunftsmusik. SyndikalistInnen übten dennoch Solidarität

Am 14. November kam es in Griechenland, Spanien, Portugal, in Teilen Italiens und Belgiens, auf Malta und auf Zypern zu einem gemeinsamen Generalstreik. Hunderttausende beteiligten sich. In Deutschland reichte es leider nicht mehr als zu einem Aktionstag: *www.fau.org* berichtete über kleinere Aktionen u.a. in Berlin, Bochum, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Köln, Hannover, Stuttgart und Münster. Das Allgemeine Syndikat Dresden organisierte eine Demonstration, die FAU Berlin rief zur Teilnahme an einer Bündnisdemonstration auf. In Berlin hatte zuvor auch der DGB zur Solidaritätskundgebung geladen, an der sich ca. 400 KollegInnen beteiligten.

... in Dresden: Präsenz erzeugen

Das FAU-Syndikat Dresden solidarisierte sich im Oktober und November durch insgesamt fünf Aktionen mit dem europäischen Aktionstag 14N und den Generalstreiks in Südeuropa.

Am 31. Oktober fand in Dresden eine FAU-Demonstration unter dem Motto „Wir haben eine Würde zu verteidigen! – Globale Solidarität gegen Sozialkahlschlag und Ausbeutung" statt. Nach einer Kundgebung auf dem Hauptbahnhof zogen die ca. 150 Demonstrierenden vier Stunden lang durch die Stadt. In Redebeiträgen wurde die aktuelle Rezession von verschiedener Seite beleuchtet, das Konzept der FAU vermittelt und auf den Aktionstag 14N aufmerksam gemacht. Begleitet wurde die Demonstration von einem Transparent-Workshop, einem Auswertungstreffen und einer gut besuchten FAU-Vorstellung.

Am 14. November waren FAU-Aktive erneut seit dem frühen Morgen in der Stadt unterwegs und verteilten Solidaritätsflugblätter. Am Vormittag besuchten sie eine Kundgebung der streikenden LehrerInnen im Bezirk. Bis 22 Uhr hatten die GewerkschafterInnen in 10 Stadtteilen mehr als 15.000 Flugblätter ausgegeben und weitere 5.000 per Postwurf verteilt. Die positive Resonanz auf die Solidaritätsaktionen waren auch ein lokaler Erfolg für das Syndikat das sich nun über an einem breiten Interesse an seiner Arbeit erfreuen kann.

... in Berlin: für kämpferische Gewerkschaften überall!

Zwischen 700 und 1.000 Teilnehmende zogen nach einer Kundgebung des DGB am Brandenburger Tor in einer davon unabhängigen Demonstration, zu der verschiedenste kämpferische Organisationen aus Berlin aufgerufen hatten, zum Potsdamer Platz. Davon schlossen sich mindestens 150 Leute dem schwarz-roten Block um die anarchosyndikalistische Jugend (ASJ) und die FAU Berlin an, der unter dem Motto „Runter vom Sofa – rin in die Kartoffeln!" lautstark und entschlossen die Demo anführte. Auf vielsprachigen Transparenten bekundeten die Demonstrierenden ihre Solidarität mit dem Arbeitskampf der Streikenden in Südeuropa, wobei insbesondere die Situation in Spanien im Vordergrund stand.



Urheber: Dennis Reese

Gleichzeitig erinnerten die Demonstrierenden daran, dass es ein ruhiges Hinterland im Zentrum der Eurozone nicht geben soll. Nicht nur die Solidarität mit der Arbeiterklasse in anderen Ländern gebietet dies, sondern auch und gerade eigene Interessen. Schließlich werden auch hier in Deutschland seit Jahren Löhne gedrückt, Arbeitsverhältnisse verschlechtert und immer wieder leider erfolgreiche Angriffe auf die Sozialsysteme gestartet.

Kämpferische Gewerkschaftsarbeit, die sich nicht im kurzfristigen Protest, den Ritualen linker Bewegungen oder der Arbeit in Institutionen erschöpft, ist notwendig, wenn wir dem ernsthaft etwas entgegensetzen wollen. Protest kann ein Anfang oder auch ein Zwischenschritt sein, reicht aber alleine nicht aus: Organisierung und Planung konkreter gegenseitiger Unterstützung und vor allen Dingen ein langer Atem sind notwendig, um die Voraussetzungen für wirkliche Veränderungen zu schaffen.

Hedwig Hegel & Wolf Meyer

Kollektiver als kollektiv

Das Premium-Cola-Kollektiv berichtet über sein Kollektivverständnis. Eine Replik auf eine syndikalistische Kritik

In der letzten DA *gab es einen kritischen Artikel zum Premium-Kollektiv. Wir, die Redaktion von* Betrieb und Gesellschaft, *haben uns dazu entschieden, im Rahmen einer kontroversen Diskussion dem Premium-Kollektiv einen Gastbeitrag zu ermöglichen. Unsere LeserInnen wollen wir ermutigen, sich kritisch über den Begriff des Kollektivs, wie er auch in der* DA *häufig Platz fand, auseinanderzusetzen. Im Sine einer weiterführenden Debatte empfehlen wir insbesondere den Hintergrundbeitrag auf den Seiten 12/13 zur Auseinandersetzung mit dem Konsensprinzip.*
Ein Artikel von Uwe aus dem Premium-Kollektiv, dessen Beitrag mit allen im Konsens abgestimmt wurde.

Das Premium-Cola-Kollektiv trifft seit über elf Jahren Entscheidungen per Konsensdemokratie, bildet aber formal kein Kollektiv. Inhaber ist eine Einzelperson – Hää?

Wir organisieren und verkaufen Premium-Cola, -Bier und -Kaffees, mit dem Anspruch, Wirtschaft in besser (stabiler, menschlicher, nachhaltiger) vorzumachen. So kommen wir mit kollektiv geführten Lokalen in Kontakt, die uns dann z.B. mitteilen, dass sie „beim Einkauf primär auf wirtschaftliche Kriterien achten" müssten, und sich „keine falsche Rücksichtnahme leisten" könnten. Wir sollen also günstiger anbieten (und zugleich anständige Löhne zahlen) oder fliegen raus. Der Unterschied zwischen kollektiven und „normalen" Betrieben? Für uns nicht erkennbar. Die Abgrenzung von „Kollektiv" und „die Anderen" greift viel zu kurz in unserer hochgradig vernetzten Wirtschaftswelt; alles was mensch darin tut oder nicht tut, wirkt sich irgendwo aus. Niemand ist extern. Also brauchen wir eine andere Form, in der irgendwie alle mitbestimmen können, egal ob sie formal zu etwas gehören oder nicht.

Das ist die Grundidee. Alle Beteiligten (LieferantInnen, HerstellerInnen, DienstleisterInnen und HändlerInnen) arbeiten frei in Ort und Umfang, eine Kontrolle von Arbeitszeiten findet nicht statt, nur die Ergebnisse werden gemeinsam beurteilt. Dabei gibt es weder Verträge noch weisungsgebundene Angestellte, sodass jedeR jederzeit gehen könnte, die oder der unfair behandelt würde. Das ist aber kaum möglich, da alle Beteiligten potenziell zum Kollektiv gehören und gleiche Mitbestimmungs- und Vetorechte haben, auch die KonsumentInnen.

Die formale Macht eines Inhabers (oder Inhaberkollektivs) wird so weitgehend aufgehoben. Zwar könnte er sich jederzeit darüber hinwegsetzen – nur würden dann große Teile des Kollektivs aussteigen, und das Projekt braucht sie letztlich doch alle. So kann Wirtschaft in besser funktionieren, ohne ein „wir intern" und „die da extern" – kollektiver als kollektiv.

Unsere Struktur ist nicht perfekt, formal wie operativ; keine ist das. Auch wir brauchten zwei Mal Not-Entscheidungen, weil kein Konsens möglich war: Kunst auf den Etiketten-Rückseiten, ein Satz auf den Vorderseiten. Alles andere haben wir hinbekommen, nie einen Rechtsstreit gehabt, das soll mal jemand nachmachen. Wir bitten sogar darum, und freuen uns über weiteren Austausch.

Bauer sucht FAU

Die FAU Berlin fordert von dem Brandenburger Obst- und Gemüsehof „Teltower Rübchen" eine ordentliche Ausbildung und tarifliche Vergütung. Die DA *sprach mit der Arbeitsgruppe des örtlichen Syndikats.*

Wie ist die FAU Berlin auf die Probleme bei dem Biohof aufmerksam geworden, und worum geht es überhaupt?

Die Auszubildende hat das Syndikat über die anwaltliche Sprechstunde erstmals im Mai 2012 kontaktiert, da ihr Chef die anfallenden Seminarkosten nicht mehr übernehmen und die Ausbildungsvergütung in Naturalien auszahlen wollte. Nachdem sich das Syndikat um dieses drängende Problem gekümmert hatte, haben wir uns die Bedingungen auf dem Hof genauer angesehen und festgestellt, dass dort so einiges im Argen liegt. Angefangen damit, dass die Ausbildungsinhalte nicht vermittelt werden, die Ausbildungsvergütung weit unter dem Tarif der IG BAU liegt, dass es auf dem Hof keine adäquaten Sanitäreinrichtungen gibt bis hin zu fehlenden Arbeitsschutzmaßnahmen erstreckt sich der „Sündenkatalog" des Biobauern.

Wie seid ihr vorgegangen?

Zunächst erfolgte nach einem Brief von Seiten der FAU Berlin ein Gespräch mit dem Chef, der auch einige Zusagen machte. Dem folgten aber leider nur wenige Taten, bzw. den letzten Gesprächstermin im Oktober ließ er sogar platzen. Wir haben dann beschlossen, die Geschäftspartner, Verbände und Stadtpolitiker über den beginnenden Arbeitskampf zu informieren, um so auf einer zweiten Linie Druck auf den Unternehmer auszuüben. Das hat auch sehr gut funktioniert. Im zweiten Schritt sind wir dazu übergegangen, die Kunden des Hofes auf den Wochenmärkten zu informieren, da der Hof sehr viel Direktvermarktung betreibt.

Wie geht es jetzt weiter? Welche Schritte hat die FAU geplant?

Wir werden unsere Aktionen auf den Wochenmärkten steigern und gleichzeitig unsere Gesprächsbereitschaft signalisieren.

Meldungen aus der FAU

Freiburg

In Freiburg kämpft das lokale FAU-Syndikat um den ausstehenden Lohn eines Arbeiters im Billiglohnsektor. Am 12. Dezember fand am Arbeitsgericht Freiburg ein Gütetermin statt, zu dem die Gegenseite jedoch nicht erschien: Der „Unternehmer" hatte offenbar unter falschem Namen Menschen in prekären Lebenslagen angeworben, um sie für verschiedene handwerkliche Tätigkeiten einzusetzen. Die Einsatzorte sind bei älteren, meist alleinstehenden Menschen, die gezielt an der Haustür und über einen Flyer angesprochen werden. Einziger Kontakt ist eine Handynummer. So musste die FAU Freiburg zunächst Detektivarbeit leisten, um für eine Lohnklage den richtigen Adressaten zu ermitteln. Zwar gab der Richter dem Kläger Recht, doch ist damit das Problem noch nicht gelöst: Der mutmaßliche Firmensitz liegt in Frankreich – und hier haben deutsche Gerichtsvollzieher keine Handhabe. Auch die *Badische Zeitung* berichtete.

Halle

Innerhalb der FAU Halle gibt es eine neue Sektion: Die Bildungssektion will das Prinzip der Betriebsorientierung konsequent umsetzen und Arbeitskonflikte und Bildungsproteste zusammenbringen. In FAU-Betriebsgruppen sollen sich darum MitarbeiterInnen und Lernende eines Betriebs zusammenschließen, um gemeinsam solidarisch gegen die bestehenden Verhältnisse kämpfen zu können. Treffen finden an jedem ersten Donnerstag im Monat um 18.30 Uhr im Infoladen Glimpflich statt.

Marburg

Die FAU Marburg unterstützt die Initiative „PsychotherapeutInnen in Ausbeutung" in einem Konflikt um faire Vergütung: Angehende PsychotherapeutInnen müssten im Rahmen ihrer Ausbildung Aufgaben erfüllen, die ihrem normalen Berufsalltag gleiche und deshalb wie reguläre Arbeit auch angemessen bezahlt werden müsse.

In der Defensive

Zum politischen Streik in Deutschland seit dem Zeitungsstreik 1952

Am 14. November gab es den ersten länderübergreifenden europäischen politischen Streik. Schwerpunkte waren Spanien, Zypern, Malta, Italien, Portugal, aber auch einige Branchen in Belgien. In Deutschland beschränkte sich der Aktionstag auf Solidaritätskundgebungen, die von linken Gruppen und der FAU initiiert worden waren. Nachdem linke GewerkschafterInnen noch einen Monat vor dem Aktionstag in Offenen Briefen die Vorstände von DGB und Einzelgewerkschaften daran erinnerten, dass der 14. November in den europäischen Gewerkschaftsgremien einvernehmlich unterstützt worden war, sprang auch der Gewerkschaftsapparat auf den Zug auf.

Die linkssozialdemokratische Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte bereits im Mai 2012 in Berlin einen Kongress zum Thema Politischer Streik in Europa veranstaltet und GewerkschafterInnen aus verschiedenen europäischen Ländern eingeladen. Dabei wurde aber schnell deutlich, dass die Renaissance des politischen Streiks aus einer defensiven Position erfolgt. Weil durch die zunehmende internationale Vernetzung der Produktion kaum noch erfolgreiche Fabrikkämpfe zu führen seien, verlagern sich in vielen europäischen Ländern die Arbeitskämpfe auf das politische Terrain, so das Fazit vieler der eingeladenen GewerkschafterInnen.

Der in der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Gewerkschaftspolitik zuständige Referent Florian Wilde hat kürzlich gemeinsam mit den Politologen Jörg Nowak und Alexander Gallas im VSA-Verlag ein Buch mit dem Titel „Politische Streiks im Europa der Krise" herausgegeben. Wilde skizziert dort den defensiven Kontext, in dem sich die politischen Streiks heute abspielen und der sich diametral von den Zeiten unterscheiden, als Rosa Luxemburg in den Massenstreiks eine Schule zur Vorbereitung der politischen Revolution sah.

„Die zunehmende Zahl von politischen Streiks und Generalstreiks ist zunächst Ausdruck der hochgradig defensiven Stellung, in der sich die Gewerkschaften nach drei von Niederlagen geprägten Dekaden heute befinden [...]. Die Gewerkschaften und die gesellschaftliche Linke kämpfen in dieser Situation mit dem Rücken an der Wand. Aus dieser Konstellation ergibt sich sowohl die massive Zunahme politischer Streiks als auch ihr vorrangig defensiver Charakter", schreibt Wilde.

Vergessene politische Streiks in Deutschland

In einem eigenen Kapitel wird ein kurzer Rückblick auf die politischen Streiks in der BRD gegeben, die heute weitgehend vergessen sind. Ein Grund dafür dürfte sein, dass die politischen Streiks in der Regel nicht so benannt wurden, weil sie ungesetzlich sind und die DGB-Gewerkschaften immer auf dem Legalitätsprinzip beharrten. Mit dieser Position lehnten DGB- und IG-Metall-Vorstände vehement Aufrufe von außerparlamentarischen Gruppen ab, mit den Mitteln des Generalstreiks gegen die Wiederbewaffnung oder die Notstandgesetze zu protestieren. Dieses Legalitätsprinzip bewahrte GewerkschafterInnen nicht vor Kriminalisierung, wie die langjährige IG-Metall-Bevollmächtigte Heidi Scharf am Beispiel des Stuttgarter Frauenstreiktags vom 8. März 1994 erläuterte. Scharf und eine weitere Gewerkschafterin erhielten einen Strafbefehl wegen Rädelsführerschaft, weil sie eine nicht für den Fußgängerübergang vorgesehene Straßenkreuzung überquerten. Lehnten die Gewerkschaftsvorstände Aufrufe zu politischen Streiks bei Themen vehement ab, in denen sie hätten in Konfrontation zur SPD gehen müssen, wie es bei den Notstandsgesetzen und der Wiederbewaffnung der Fall war, so unterstützten sie schon mal politische Arbeitsniederlegungen, wenn auch die SPD davon profitierte.

So gab es 1972 anlässlich des letztlich gescheiterten Misstrauensvotums der Unionsparteien gegen die Regierung Brandt/Scheel Arbeitsniederlagen in verschiedenen Großfabriken, die von der Gewerkschaftsbasis ausgingen und Unterstützung bis auf die Vorstandsebene fanden. Aber auch die Arbeitsniederlegungen Mitte der 1980er Jahre gegen den heute weitgehend vergessenen „Franke-Erlass", die eindeutig als politische Streiks zu klassifizieren waren, genossen die Unterstützung von DGB-Vorständen und der SPD. Dabei ging es um eine Verfügung des damaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Lohnabhängigen, die während eines Streiks von den Unternehmen ausgesperrt wurden, keine Unterstützungsleistungen mehr zu gewähren.

Hinter Franke stand die konservativeliberale Bundesregierung, die nach dem Vorbild der britischen Thatcher-Regierung auch in Deutschland die Gewerkschaftsmacht einschränken wollte. Dabei ging es aber nicht um eine Beschränkung von Arbeiterselbstorganisation. Getroffen werden sollte vielmehr ein eng mit der SPD verbundener Gewerkschaftsapparat. Die SPD versuchte ihrerseits mit ihrer Kampagne gegen den Franke-Erlass während der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt verloren gegangenes Vertrauen bei Teilen der Gewerkschaftsbasis zurückzugewinnen. Daraus wird deutlich, dass auch die Unterstützung eines politischen Streiks durch die Gewerkschaftsvorstände kein Indiz für eine Linksentwicklung des Apparats sein muss.

Machtkampf im Zeitungsstreik

Es gab aber auch in der bundesdeutschen Geschichte Beispiele für politische Streiks, die sich zum Machtkampf zwischen Teilen der Lohnabhängigen und den Staatsapparaten entwickelten. Dazu gehört der Zeitungsstreik von 1952. Er war Teil des Kampfes der DGB-Gewerkschaften um eine erweitere Mitbestimmung in der frühen BRD. Anfang der 1950er Jahre, als die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse in der BRD in vollem Gange war, wollten die Gewerkschaften mit dem Kampf um die Mitbestimmung ihren Anspruch auf die Mitverwaltung im Staat deutlich machen. Doch die politischen Eliten hatten daran kein Interesse, zumindest nicht, solange die Gewerkschaften dazu auch Kampfmittel einsetzen. Gerade mit dem überraschenden, weil unangekündigten Zeitungsstreik begaben sich die Gewerkschaften auf ein politisches Feld, in dem sie praktisch demonstrierten, dass sie die Macht hatten, die Medien zum Schweigen zu bringen, die überwiegend eine Kampagne gegen die Gewerkschaften gefahren hatten. Hier blitzte tatsächlich die Vorstellung der Macht einer Arbeiterklasse auf. 1919 hatten bewaffnete ArbeiterInnen das Berliner Zeitungsviertel besetzt, was die SPD-Führung mit dem Standrecht und dem Einsatz der konterrevolutionären Freikorps beantworte.

1952 hatten die DGB-Gewerkschaften mit ihrem Zeitungsstreik keineswegs eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft im Sinn. Aber sie wollten demonstrieren, dass sie durchaus Druckmittel haben, um ihren Platz als Sozial- und Mitbestimmungspartner durchzusetzen und damit Verhandlungen zu erzwingen. Wer im *Spiegel*[1] jener Tage liest, wie Betriebsräte und GewerkschafterInnen den Versuchen der Bundesregierung, als Antwort auf den Zeitungsstreik ein eigenes Bulletin herauszugeben, enge Grenzen setzten und mehrmals den Titel und die Auflage korrigierten, bekommt tatsächlich den Eindruck, hier gab es in Ansätzen eine Art Gegenmacht. Der Kapitalseite war das sehr bewusst, was sich an der Intervention einiger Verlegerverbände zeigte, die sich gegen die Herausgabe des Bulletins wandten, weil sie die befürchteten, die Gewerkschaften könnten darauf mit einer Streikverlängerung reagieren.

Nipperdey kassiert politisches Streikrecht

Die juristischen Gegenmaßnahmen folgten schnell. Die Verleger klagten gegen die Streiks. Nachdem mehrere Landesarbeitsgerichte den Ausstand für „ungesetzlich und sittenwidrig" erklärt hatten, befasste sich schließlich das Bundesarbeitsgericht mit dem Fall. Der Gründer der Kölner Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht an der Kölner Universität, Carl Nipperdey, verfasste ein Gutachten, das Streiks nur im Rahmen von Tarifforderungen für zulässig erklärte und schuf damit jenes deutsche Sonderrecht, das als Verbot von politischen Streiks bekannt ist. Als Vorsitzender Richter des Bundesarbeitsgerichtes schrieb Nipperdey 1958 die in dem Gutachten niedergeschriebenen Grundsätze in einem Urteil gegen den von der IG Metall ausgerufenen Streik zum Kampf für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall fest. Er erklärte ihn für ungesetzlich und verurteilte die Gewerkschaft zu einem Schadenersatz von 38 Millionen Mark an die bestreikten Unternehmer.

Wenn auch juristische Autoren Nipperdey als „Anreger für eine Neubegründung des juristischen Denkens" feierten, so hat sich der Jurist an der Akademie für Deutsches Recht im Nationalsozialismus erste wissenschaftliche Sporen im Kampf gegen die Selbstorganisation der ArbeiterInnen verdient. So schrieb er 1937 in der Fachzeitschrift „Deutsches Arbeitsrecht" einen Aufsatz unter dem Titel „Die Pflicht des Gefolgsmanns zur Arbeitsleistung". Aber es wäre sicher falsch, Nipperdey noch in den 1950er und 60er Jahren als Gefolgsmann des Nationalsozialismus zu sehen. Er stand vielmehr in der Tradition konservativer WissenschaftlerInnen, die Klassenkampf und Streiks ablehnten und für eine ständische Gesellschaft eintraten, in denen statt Streik und Widerstand Gefolgschaft und Unterordnung herrschen sollten. Diese Ideologien sind älter als der Nationalsozialismus und mit diesem natürlich nicht verschwunden. Sie haben sich selbst in Teilen der Lohnabhängigen gehalten. Wenn aktuell wieder verstärkt über politischen Streik in Deutschland gesprochen wird, gilt es gerade diesen Vorstellungen den Kampf anzusagen. Es ist daher nicht in erster Linie eine Frage der Gesetze, wie es linke DGB-GewerkschafterInnen wie der hessische IG-Bau-Sekretär Veit Wilhelmy sehen, die eine Kampagne für ein Recht für ein umfassendes Streikrecht begonnen haben und dafür unter einem Wiesbadener Appell[2] Unterschriften sammeln. Diese Initiative ist sicher nicht falsch. Der politische Streik wird aber an den Arbeitsstellen und auf der Straße geführt und gewonnen.

Politischer Streik – heute noch aktuell?

Dabei werden sich manche fragen, ob die Frage eines politischen Streiks angesichts der Veränderung der Arbeitsverhältnisse nicht obsolet geworden ist. Schließlich dominieren isolierte Arbeitsplätze und die Großfabriken verschwinden zumindest in Mitteleuropa. Daraus ziehen auch viele anarchistische Gruppen den Schluss, dass heute Kämpfe nur noch außerhalb der Produktionssphäre möglich sind. So heißt es in einem Interview des anarchistischen Kollektivs *Crimethinc* in der *Jungle World* 8/2012: „Wir haben es mit Prekarität zu tun. Damit, dass wir keine feste Position mehr in der Wirtschaft haben". Als Alternative wird die Occupy-Bewegung genannt, die gezeigt habe, dass und wie es möglich ist, solche Kämpfe außerhalb der eigenen Arbeitsplätze zu führen. Ähnlich argumentierte eine studentisch geprägte Berliner Initiative, die kürzlich eine Streikzeitung herausgab. Im Editorial schreiben sie, dass sich die AktivistInnen den Streikbegriff aneignen, „auch in dem Bewußtsein, dass Streik im klassischen Sinn als Arbeiter_innenkampf weder zeitgemäß noch realistisch ist". Dabei machen beide Gruppen den Fehler, Streiks mit Massenkämpfen in Großfabriken zu verbinden. Sie vergessen dabei, dass unter den heutigen Arbeitsbedingungen Streiks geführt und auch gewonnen werden. Erinnert sei an die Putzleute in den Südstaaten der USA, die der Regisseur Ken Loach in seinen Film *Bread and Roses* würdigt, oder an die weniger spektakulären Arbeitskämpfe in Callcentern, in Spätverkäufen und anderen Branchen des Niedriglohnsektors. Wer solche Kämpfe ignoriert, braucht über politische Streiks nicht zu reden.

Peter Nowak



Quelle: politischer-streik.de

Welche Bedeutung hat die Forderung nach einem „Recht auf politischen Streik", wenn dieses nicht in den Betrieben und auf der Straße errungen und durchgesetzt wird?

Anmerkungen

[1] www.spiegel.de/spiegel/print/d-21976896.html

[2] www.politischer-streik.de

Lizenz zum Senden

Pressefreiheit auf argentinisch

In Argentinien wurde 2009 ein neues Mediengesetz verabschiedet. Es sieht vor, dass jedes Unternehmen nur noch maximal 24 Radio- und Fernsehlizenzen halten darf. Es legt außerdem fest, dass jeweils ein Drittel der Lizenzen für private, staatliche und gemeinnützige Anbieter reserviert wird. Der Medienkonzern Clarín hält bislang allerdings noch 237 dieser Lizenzen. Durch das Gesetz wurde seine Monopolstellung erstmals in Frage gestellt. Der Konzern vertritt die Position, Teile des Gesetzes seien verfassungswidrig, da es die Pressefreiheit und das Recht auf Privateigentum einschränke. 2010 gelang es Clarin, eine einstweilige Verfügung zu erwirken, bis über diese Frage juristisch entschieden werde. Danach passierte nicht mehr viel, bis das Oberste Gericht im Mai 2012 entschied, dass die einstweilige Verfügung nur bis zum 7. Dezember 2012 gültig sei, da sie ansonsten nahezu die Wirkung einer endgültigen Entscheidung habe. Die Regierung lancierte daraufhin eine Kampagne gegen Clarín, die auf den „7D" ausgerichtet wurde. Sie betonte, das „D" stehe sowohl für „Dezember", als auch für „Demokratie" und „Diversität" in der argentinischen Medienlandschaft. In der Frage, ob die beanstandeten Artikel des Mediengesetzes wirklich verfassungswidrig sind, entschied die erste Instanz am 14. Dezember zu Gunsten der Regierung. Clarín hat Berufung gegen diese Entscheidung eingelegt.

Die Medienkooperative lavaca wurde 2001 im Kontext der argentinischen Wirtschaftskrise gegründet, als viele zuvor geschlossene Betriebe besetzt und durch ihre ehemaligen ArbeiterInnen wieder in Gang gesetzt wurden. Die Gründungsmitglieder der Kooperative sind MedienarbeiterInnen, die vor 2001 für kommerzielle Medien tätig waren. Zunächst gab es nur die Homepage, lavaca.org. Heute geben sie eine monatliche Zeitschrift mit dem Namen „Mu" heraus und produzieren Radiosendungen. Außerdem verlegen sie Bücher. Das erste Buch, welches das Kollektiv veröffentlichte, behandelt die Erfahrungen der reaktivierten Betriebe. Es heißt Sin Patrón (Ohne Chef) und wurde bislang ins Englische und ins Italienische übersetzt. Zusätzlich betreibt die Kooperative eine Bar im Zentrum vom Buenos Aires, in welcher sich auch ein Laden befindet, wo Produkte von anderen Kooperativen und selbstverwalteten Projekten erworben werden können. Die DA sprach mit dem Mitglied der Kooperative Franco Ciancaglini über das Mediengesetz und seine Auswirkungen auf die alternativen Medien in Argentinien.

Die Diskussion rund um das Mediengesetz und der Machtkampf zwischen der Regierung und Clarín hat in den letzten Wochen die Schlagzeilen der argentinischen Medienlandschaft dominiert. Welche Position vertritt lavaca in diesem Zusammenhang?

Das Mediengesetz sieht zweifelsohne einige sehr grundlegende und wichtige Änderungen vor. Die Konzentration von Medienmacht soll durch eine Vielseitigkeit in der Medienlandschaft ersetzt werden. Damit wurden seitens der Regierung langjährige Forderungen von gemeinnützigen Medienschaffenden und sozialen Bewegungen erfüllt. Das dies auch wirklich umgesetzt wird, muss allerdings gewährleistet werden. Soll heißen, es ist nicht garantiert, dass dieser Prozess der Pluralisierung auch wirklich stattfinden wird. Die ganze Diskussion fokussiert sich schon sehr lange sehr stark auf den Streit zwischen Clarín und der Regierung. Ich denke, das ist ein realer Konflikt, aber es ist auch sehr viel Symbolik darin, wenn die Regierung eine ökonomisch starke Gruppe in die Mangel nimmt. Die realen Effekte dieser Pluralisierung wird man erst sehr viel später feststellen können, oder eben nicht.



Quelle: Robert Ortmann

Bei Lavaca blickt man dem neuen Gesetz gelassen entgegen



Wie soll diese nun gesetzlich festgeschriebene Pluralisierung aussehen?

Genau das ist noch nicht wirklich klar. Am 7. Dezember sollten nur zwei Artikel des Gesetzes wieder in Kraft treten, die unter anderem eine Entmonopolisierung vorsehen. Diese wurden 2010 durch die einstweilige Verfügung außer Kraft gesetzt. Abgesehen davon, bleiben aber sehr viele Fragen offen. Das Mediengesetz wurde nicht erst mit dem 7. Dezember wirksam, wie sie suggerieren, sondern es gilt eigentlich, mit Ausnahme dieser zwei Artikel, schon seit 2009. Kommunale Fernsehprojekte beklagen schon seit längerem, dass ihnen der Zugang zu den Lizenzen erschwert wird. Seit das Gesetz 2009 verabschiedet wurde, hat sich zum Beispiel niemand darum gekümmert die Interessenten für die Lizenzen zu erfassen. Die Fernsehprojekte sollen sich in eine Ausschreibung einkaufen. Dafür wurde ein Preis von einigen zehntausend Peso (mehrere tausend Euro) festgesetzt. Das ist eine sehr hohe Summe für unabhängige Projekte, die sich im Rahmen von Selbstverwaltung finanzieren. Damit ist der Erwerb der Lizenz aber immer noch nicht garantiert. Das erlaubt dir nur die Teilnahme an der Ausschreibung. Viele Medienprojekte fordern eine Senkung der Gebühr und endlich die Erfassung der Interessenten. Es bleiben sehr viele Fragen offen. Wem werden sie letztendlich die Lizenzen geben? Wann? Wie soll diese Pluralität tatsächlich garantiert werden?

Kannst du ein Beispiel für die Bedeutung der eigenen Medien für die sozialen Bewegungen nennen?

Die sozialen Bewegungen haben schon lange gegen die Medienmonopole gekämpft. Lange bevor sich die Nationalregierung gegen Clarín und die anderen Monopolgruppen gestellt hat. Wir waren vor Kurzem in Formosa, das ist eine der ärmsten Provinzen Argentiniens, wo wir Menschen aus Gemeinden der indigenen Gruppe der Qom getroffen haben. Einige von ihnen hatten 2010 vier Monate hier in Buenos Aires auf der Avenida 9 de Julio gecampt. Sie traten dort in einen Hungerstreik. Sie möchten frei über ihr Land verfügen können, an dessen kommerzieller Verwertung die Agrarkonzerne und auch die verschiedenen Regierungen interessiert sind. Außerdem fordern sie, dass die Bürgerrechte auch für sie gelten und eine Versorgung mit Trinkwasser und eine ausreichende medizinische Versorgung gewährleistet ist. Sie sind mit einer starken Repression konfrontiert. Ein Gemeindemitglied wurde 2010 durch die Polizei ermordet, während sie von ihrem Land vertrieben wurden. Erst vor wenigen Wochen, gab es einen erneuten Mordanschlag, bei dem eine Frau und ihre kleine Enkelin ums Leben kamen. Die Qom blicken auf eine lange Geschichte des Widerstandes und der Repression zurück.

Seit Februar 2012 verfügen sie über ein eigenes Radio, mit einer Reichweite von 60 km. Sie haben solange Druck auf die Nationalregierung ausgeübt, bis sie ihnen die Lizenz gab. Die Provinzregierung, zu der sie eine sehr schlechte Beziehung haben, wäre dabei sicherlich nicht behilflich gewesen. Alleine mit der Lizenz konnte das Radio allerdings noch nicht auf Sendung gehen. Es fehlte noch die technische Ausrüstung, außerdem mussten die RadiomacherInnen ausgebildet werden. All dies wurde Schritt für Schritt mit Unterstützung der sozialen Bewegungen erkämpft. Nun haben sie ihr Radio. Du kannst ihre Stimme hören. Allerdings gilt dies nur für diese Gemeinden in Formosa. Sie haben jetzt zwar ein eigenes Radio, aber immer noch keinen Wasseranschluss. Einen Stromanschluss haben sie erst seit 6 Monaten.

Welche Rolle spielt das Radio nun im Alltag der Qom?

Das Radio hat für die Gemeinde eine zentrale Bedeutung. Sie spielen dort die Musik, die ihnen gefällt, die sie repräsentiert, von indigener Musik bis Cumbia. Sie reden über ihr Land, zu dem sie eine sehr intensive Beziehung haben. Sie thematisieren die Ermordung des Gemeindemitglieds Roberto López durch die Polizei. Sie kritisieren die Politiker. Wird ein Krankenwagen benötigt, wird er über das Radio gerufen. Sie sagen, dies sei effektiver, als ein Handy zu benutzen. Das Radio ist für sie ein Kommunikationsmedium in einem sehr grundsätzlichen Sinne.

Die Mainstreammedien betrachten hingegen eine andere Welt, die nicht die ihrige ist. Dies gilt im Besonderen für indigene Menschen, aber auch für alle die Bewohner des Landes, die nicht in Buenos Aires leben. Der Fokus der großen Medien liegt fast ausschließlich auf der Hauptstadt. Wenn du in Feuerland lebst, musst du nur den Fernseher einschalten, um zu erfahren wie das Wetter momentan im 3000 km entfernten Buenos Aires ist. Wie es morgen bei dir vor der Haustür aussehen wird, erfährst du hingegen nicht.

Wie positioniert sich die Regierung gegenüber den indigenen Gemeinden?

Die Nationalregierung nutzt das Thema, um sich in einem guten Licht darzustellen. Aktuell insbesondere im Zusammenhang mit dem Streit um das Mediengesetz. Für die Qom war das letztendlich nützlich. In Argentinien hängt es von deiner Lobby ab, ob die Gesetze für dich gelten. In einem positiven, wie in einem negativen Sinn. In diesem Fall war dies von Vorteil, denn die Nationalregierung konnte ihren progressiven Diskurs unterfüttern, indem sie die Qom unterstützte.

In der öffentlichen Debatte wird immer wieder hervorgehoben, dass der eigentliche Effekt des Gesetzes sei, dass ein staatliches Monopol entsteht. Das letztendlich nur noch die Stimmen zu hören sein werden, die der Regierung genehm sind. Was denkst du aus einer unabhängigen Perspektive darüber?

Ich glaube, ob dies so sein wird oder nicht, hängt von der Kraft und dem Einfluss der unabhängigen sozialen Bewegungen und Medienprojekte ab. Inwiefern sie in der Lage sind den Satelliten des Staates Raum abzutrotzen. Ich denke, man muss sehr genau darauf achten, dass diese Regierung oder irgendeine andere Regierung kein Monopol errichtet, wie es Clarín bislang inne hatte. Wenn du dich, wie es die Nationalregierung tut, für ein Ideal von Dekonzentration, Diversität und Pluralität stark machst, dann ist es offensichtlich sehr widersprüchlich, wenn du danach das gleiche machst, was du zuvor kritisiert hast. Es ist auch unsere Aufgabe als Zivilgesellschaft die Umsetzung der Gesetze zu gewährleisten. Es ist unsere Aufgabe den Geist der Demokratisierung, von dem hier alle die ganze Zeit reden, zum Leben zu erwecken. Was uns dabei inspiriert, sind solche Projekte, wie die der Qom, die ihre eigenen Medien erkämpft haben.

Interview und Übersetzung:
Robert Ortmann

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien)
Grannollers: Nach dem Bekanntwerden verschiedener Kürzungsmaßnahmen und der geplanten Entlassung von 21 ArbeiterInnen besetzten die in der Beleuchtungs- und Lampenfabrik IMASEPI organisierten Betriebsgruppen der CGT und CNT die Fabrik und verkündeten einen unbefristeten Streik. Bereits zuvor hatte IMASEPI in Barcelona und Teneriffa ähnliche Kürzungen mit Einwilligung der CCOO durchgesetzt. Momentan verweigert die Unternehmensleitung in Grannollers die Auszahlung des Weihnachtsgeldes und den Einblick in die Bücher, in denen nach Einschätzung von CGT und CNT finanzielle Unregelmäßigkeiten zulasten der ArbeiterInnen feststellbar sind.

SolFed (Großbritannien)
Holloway: Der Kampf gegen das nutzlose und ausbeuterische Workfare-Beschäftigungsprogramm des britischen Jobcenters geht weiter. Im Rahmen eines von der SolFed Nord-London organisierten Aktionstages hielten GewerkschafterInnen Protestposten im Londoner Stadtteil Holloway ab, darunter vor dem Drogeriemarkt Superdrug und dem Einzelhandelsriesen Argos.

ZSP (Polen)
Warschau: Im Laufe des schwelenden Arbeitskonflikts zwischen Roche und einem Mitglied der ZSP wegen dem Vorwurf der organisierten Scheinselbstständigkeit kam es am 17. Dezember zu einer gerichtlichen Verhandlung. Dabei bot der Verteidiger des multinationalen Pharmariesens dem Kläger eine Entschädigungszahlung von 40.000 Zloties (ca. 10.000 Euro) an, wenn alle Anklagepunkte fallen gelassen werden. Der Kläger willigte nicht ein, stattdessen wurden zwei Zeugen in seinem Sinne angehört. Die nächste Anhörung findet im Juni 2013 statt.

Zusammengestellt von Redaktion Globales

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Ägypten: Medienstreik gegen neue Verfassung

Neben den Protesten auf der Straße, stellte sich auch ein großer Teil der ägyptischen Medienlandschaft gegen die mittlerweile eingesetzte Verfassung der islamistischen Muslimbruderschaft und die mit ihr einhergehende Beschneidung der Pressefreiheit. Mehr als zehn unabhängige Tageszeitungen ließen Anfang Dezember ihre Herausgabe ruhen, einige Nachrichten-Onlinedienste zogen mit und verrichteten nur noch eingeschränkt ihre Arbeit. Neben der zunehmenden Abhängigkeit der Medien, welche im Staatsfernsehen beispielsweise bereits vollständigen Einzug erhalten hat, kritisieren die Streikenden auch die Beibehaltung eines Gesetzes, welches es ermöglicht – einheimische wie ausländische – JournalistInnen zu inhaftieren. Insgesamt sehen die meisten von ihnen in der Verfassung den Wegbereiter für eine neue Diktatur.

Kolumbien: Milizen drohen und morden

Es würde ein „schwarzer Dezember" für die Gewerkschaften Kolumbiens - kündigten diverse rechte Milizen vor Ort an. Im Fadenkreuz stehen vor allem Aktive der Lebensmittelgewerkschaft „Sinaltrainal", insbesondere jene, die in der Nestlé-Fabrik der Region Valle del Cauca ihre Arbeit verrichten. Elf Beschäftigten wurden mit dem Tod gedroht, würden sie bis Anfang Dezember nicht die Region verlassen. Schon mehrfach kam es zu Morden an gewerkschaftlich aktiven Angestellten in besagter Nestlé-Fabrik. Nach wie vor ist Kolumbien eines jener Länder, in denen das Risiko gewerkschaftlicher Betätigung am höchsten wiegt. Allein in den letzten zehn Jahren wurden weit über 800 AktivistInnen ermordet. Erst am 11. Dezember 2012 gab es das letzte Tötungsdelikt: Elektriker und vierfacher Vater Milton Enrique Parra wurde, nachdem er Drohbriefe im Zuge seiner Beteiligung am Arbeitskampf bei der Firma „Termotecnica" erhalten hatte, Familienangaben zufolge von zwei Motorradfahrern durch 17 Kugeln aus dem Leben gerissen.

Indien: Demonstrationen gegen Festnahmen

Justizskandal beim indischen Autohersteller „Maruti Suzuki" in Delhi: Nach dem Tod eines Managers sitzen 149 Angestellte – unter der möglichen Anklage des Totschlags - in Haft, jedoch ohne eindeutige Beweislage. Als es im Rahmen von betrieblichen Unruhen am 18. Juli 2012, zur Tötung der besagten Person kam, reagierte die Unternehmensleitung nicht nur mit den obengenannten Festnahmen durch die Polizei, sondern auch mit Massenentlassungen. 546 Festangestellte, sowie rund 1800 ZeitarbeiterInnen erhielten eine Kündigung. Die autonome Betriebsgewerkschaft „Maruti Suzukis Workers Union" reagierte mit einer Welle von Protesten, welche sich am 19. Dezember 2012 entluden. Neben einer breiten Thematisierung der Vorfälle und Solidaritätsaufrufen ist es der Gewerkschaft vor allem Anliegen, die Proteste zu landesweiten Kämpfen ausufern zu lassen.

Bolivien: Kinder erkämpfen Recht auf Arbeit

Im Staat von Evo Morales, dem ärmsten Land Lateinamerikas, sind rund 30 % der Kinder gezwungen, einer Arbeit nachzugehen. Offiziell war die Arbeit für unter 14-Jährige allerdings noch bis vor kurzem gesetzlich verboten – mit fatalen Folgen: Als Illegale fielen sie aus allen arbeitsrechtlichen Standards heraus. Aber auch ältere, legal arbeitende Jugendliche waren und sind, aufgrund einer fehlenden organisierten Macht, häufig Opfer schwerer Ausbeutung. Im Schnitt liegt ihr Lohn etwa bei der Hälfte dessen, was Erwachsene erhalten. Deswegen gründete sich im vergangenen Jahr eine neue Gewerkschaft – speziell von Kindern für Kinder. Diese setzte durch, dass nun nicht mehr ihr Anspruch auf Arbeit, sondern ihre Ausbeutung durch die Verfassung unterbunden wird. Boliviens Kinder arbeiten meist als StraßenhändlerInnen oder in Bergminen.

Bangladesh: Brandkatastrophe in Textilfabrik

In der Nacht vom 24. auf den 25. November kam es in einer C&A-Zulieferfirma zu einem Großbrand, dem mindestens 124 ArbeiterInnen zum Opfer fielen, rund 200 Verletzte wurden in umliegende Krankenhäuser gebracht. Hätten sich alle Beschäftigten strikt an die Anweisung der Firmenleitung gehalten, so wäre die Opferzahl möglicherweise noch drastischer gewesen: Bis zuletzt wurde ein Brand von ihrer Seite aus geleugnet, die Angestellten waren angehalten, ihren Arbeitsplatz nicht zu verlassen. Dabei hatte ein Inspekteur der Wal-Mart-Kette schon zu einem früheren Zeitpunkt die miserablen Sicherheitszustände in der Produktionsstätte bemängelt. Zu Konsequenzen führte dies jedoch nicht, weder in der Fabrik selbst, noch von Seiten des Wal-Mart-Konzerns. Kein Wunder: Ist die durchaus verbreitete Inspektionspolitik doch eher Imagekosmetik, als eine wirksame Maßnahme. Oft hört man von Schmiergeldern und geschönten Berichten. Die Politik schwadroniert indes von einer Verschwörung, die darauf abzielte durch Brandstiftung Chaos zu erzeugen. Den Hinterbliebenen der Verstorbenen bleiben ca. 1250 US-Dollar Entschädigung.

Zusammengestellt von Redaktion Globales

Wie die Krise Genossen macht

In Athen entsteht eine unabhängige Tageszeitung

Seit dem Ende der griechischen Militärdiktatur 1974 und der Demokratisierung des Landes gibt es offiziell eine freie und pluralistische Presse. Die griechische Verfassung jedenfalls garantiert seit 1975 die Meinungs- und Pressefreiheit. Die Kontrolle der Fernseh- und Rundfunkanstalten durch das Ministerium für Information und Presse zählt allerdings bis heute noch zum Aufgabenbereich des Staates. Auch die Printmedien gehören in der Regel großen Konzernen oder Reedereien und sind entsprechend hoch subventioniert. Griechenland verfügt im europäischen Vergleich über eine der höchsten Anzahlen an Zeitungen im Verhältnis zum Markt und hat daher gleichzeitig eine der niedrigsten Auflagenzahlen.

Die linke Tageszeitung *Eleftherotypia* erschien ebenfalls erstmals 1975. Sie war aus einem großen Journalistenstreik hervorgegangen und gehörte damals den JournalistInnen, die sie produzierten. Der Redaktion ging es damals in erster Linie um den Wiederaufbau der Gesellschaft nach der Diktatur in Griechenland. Mit der Zeit entwickelte sich *Eleftherotypia*, zu deutsch „Pressefreiheit", zur größten linksliberalen Tageszeitung, die allerdings auch keine kollektiven oder genossenschaftlichen Ansätze mehr verfolgte, sondern im Besitz der Brüder Tegopoulos war.

Im Zuge der Wirtschaftskrise sanken nicht nur die Verkaufszahlen der Zeitungen, sondern auch die Werbeeinnahmen aller Medien. Die Folge war eine landesweite Pleitewelle, die Zeitungen, Verlage und sogar Fernsehsender erfasste.

Im Sommer 2011 zeichnete sich die Insolvenz von *Eleftherotypia* erstmals ab. Ende Dezember 2011 erschien die vorerst letzte Ausgabe der Tageszeitung. RedakteurInnen, LayouterInnen und VerlagsmitarbeiterInnen traten daraufhin in den Streik. Die 850 MitarbeiterInnen hatten bereits seit dem Sommer keinen Lohn mehr für ihre Arbeit bekommen. Obwohl die streikende Belegschaft aus den Räumen des Verlages ausgeschlossen wurde, trafen sich eine Handvoll Engagierte weiterhin und produzierten ein Streikblatt, das unregelmäßig herausgebracht wurde.

Die Streikzeitung wurde unter dem Namen „Die Arbeitenden", mit Typografie der *Eleftherotypia*, produziert und in Athen verkauft. An den Kiosken der Stadt waren die ersten Ausgaben angeblich in nur wenigen Stunden ausverkauft.

Im Februar 2012 entsteht zunächst die Idee *Eleftherotypia* als Wochenzeitung in Selbstverwaltung herauszugeben. Ein Modell, das es in dieser Form in Griechenland bisher nicht gab. Nach langen Diskussionen und Planungsphasen konnte das Ergebnis acht Monate später betrachtet werden.

Seit November letzten Jahres ist die Medienlandschaft Griechenlands reicher um eine weitere Tageszeitung. Die „Zeitung der Redakteure" (*Efimerida ton Syntakton*), wie die MacherInnen ihr Produkt so sinnstiftend genannt haben, wird in Athen gemacht und hat Korrespondenten in ganz Europa. Die neue Belegschaft hat pro Kopf 1000 Euro Startkapital in die Genossenschaft eingezahlt und sich verpflichtet, die ersten beiden Monate unentgeltlich zu arbeiten. Danach soll das neue Projekt für alle den gesetzlichen Mindestlohn von 586 Euro brutto im Monat abwerfen, vorausgesetzt die neue Zeitung kann sich auf dem umkämpften griechischen Zeitungsmarkt behaupten. Zwar klingt das nicht gerade wie eine Heilsversprechung, allerdings ist es ein Hoffnungsschimmer in Anbetracht der hohen Arbeitslosenzahl bei JournalistInnen. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen" schätzt, dass in Athen ein Viertel aller JournalistInnen keine Arbeit mehr haben.

Mit ihrer neuen Zeitung wollen die MacherInnen von *Efimerida ton Syntakton* „das gesamte Spektrum von Zentrumslinker bis Linker kritisch begleiten" und dabei fortschrittliche Ansätze unterstützen.

Was genau das bedeuten soll, bleibt abzuwarten. Die grundsätzliche Skepsis gegenüber den politischen Parteien Griechenlands und ihre kritische Position gegenüber dem Staat lassen jedoch auf ein undogmatisches, linkes Medium hoffen.

Ihren zukünftigen LeserInnen versprechen sie mit „unabhängiger und vielstimmiger Berichterstattung, umfassender Erforschung jeder Seite der Realität und vor allem harter, aber ehrlicher Kritik an den Herrschenden und allen, die es werden wollen", zur Überwindung der Krise beizutragen.

Vera Drake

Das Syndikat der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter

Keine Gewerkschaft wie jede andere

Ungeachtet der Kontroverse ob Prostitution nun als ein Beruf wie jeder andere betrachtet werden kann, ist es keine Frage, dass sich die Arbeitsbedingungen für SexarbeiterInnen noch deutlich verbessern müssen. Kämpfe für sicherere gesundheitliche Bedingungen sowie für die Verbesserungen der sozialen Situation der SexarbeiterInnen sind heute längst Normalität. Selbsthilfegruppen und Beratungsvereine existieren bereits seit Jahrzehnten und werden in den meisten Fällen öffentlich finanziert. Da diese Kampagnen und Organisationen in der Regel von aktiven oder ehemaligen SexarbeiterInnen getragen werden, kann hier trotz der abhängigen Finanzsituation von einer Selbstorganisation der Betroffenen gesprochen werden. In den letzten Jahrzehnten konnte aus diesem Grund viel für Prostituierte erreicht werden. Durch fundamentale gesundheitliche Aufklärung für Prostituierte und KundInnen, spezifische Rechts- und Steuerberatung für die formell selbstständigen SexarbeiterInnen und politische Kampagnen, mit denen beispielsweise in Deutschland eine Legalisierung der Prostitution erreicht werden konnte, wurde die Situation von SexarbeiterInnen ganz konkret verbessert.



Quelle: STTS

Aus syndikalistischer Perspektive bleibt allerdings anzumerken, dass sich diese Aktionen und Kampagnen meist als Dienstleistungen für SexarbeiterInnen begreifen. Eine gewerkschaftliche Organisierung um die Arbeitsbedingungen direkt im „Betrieb" anzugehen, findet zur Zeit nicht statt. Kämpferische Betriebsgruppen in prekären Arbeitsverhältnissen sind in der „normalen" Wirtschaft schon extrem selten. Eine kämpferische Basisgewerkschaft im Rotlicht-Mileu wäre da eine bemerkenswerte Entwicklung.

Erfreulicherweise ist genau diese Entwicklung zur Zeit in Genf zu beobachten. Auch hier existiert mit Aspasie schon seit 30 Jahren eine sehr erfolgreiche Selbsthilfeorganisation für SexarbeiterInnen.

Eine grosszügige öffentliche Finanzierung ermöglicht nicht nur Büroräume in der Genfer Innenstadt, sondern auch ein breites Angebot an Beratungen und sozialen Diensten. Um aber über diese Dienstleistungen hinaus selbstbestimmt direkt für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, wagten im September Genfer SexarbeiterInnen den entscheidenden Schritt und gründeten das Syndikat der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter STTS (syndicat des travailleuses et travailleurs du sexe).

Und zwar mit Erfolg. Nach nicht einmal 3 Monaten hat es heute schon über 150 Mitglieder. Bei knapp 1000 aktiven SexarbeiterInnen in Genf ein beachtlicher Organisierungsgrad.

Kein Wunder, kann das neue Syndikat doch mit einigen klaren gewerkschaftlichen Vorteilen aufwarten. Bei rechtlichen Auseinandersetzungen steht den GenossInnen ein Anwalt kostenfrei zur Seite. Wichtiger ist aber noch eine andere, direkte Schutzfunktion des Syndikats: Bei Konflikten mit den BordellbetreiberInnen oder mit den VermieterInnen bietet das Syndikat die Möglichkeit die Forderungen und Beschwerden anonym zu artikulieren und über das Syndikat unerkannt mit der Gegenseite diskutieren zu können. In diesen prekären Beschäftigungsverhältnissen ein wertvolles Instrument.

Da die GenossInnen als formell Selbständige keine Lohnerhöhungen über Tarifverträge erkämpfen können, haben sich die Mitglieder des Syndikats verpflichtet ihre Dienste nicht unter einer vom Syndikat beschlossenen Lohnuntergrenze anzubieten. Ein erster Schritt zur Etablierung der syndikalistischen Registermethode (siehe *DA* 190).

Klassische Streiks sind allerdings, nach Einschätzungen Angelinas, der Präsidentin des Syndikats, in nächster Zeit nicht zu erwarten. Hierfür sind die Arbeitsplätze der GenossInnen zu prekär und ungesichert. Völlig machtlos ist das Syndikat trotzdem nicht. Vor allem der gute Kontakt zu den städtischen Behörden und die große Bereitschaft der Presse über die Situation im Rotlichtmilieu zu berichten, können bei Konflikten für den nötigen Druck sorgen.

Doch nicht nur das Betätigungsfeld des STTS ist für klassische Gewerkschaften ungewöhnlich, sondern auch die Organisationsstruktur. Alle Entscheidungen werden basisdemokratisch auf den monatlichen Vollversammlungen getroffen. Bezahlte FunkonärInnen gibt es nicht und die Mitgliedschaft steht auch Menschen ohne Papieren offen. Das Syndikat sichert darüber hinaus seine Unabhängigkeit damit, dass es sich aus den Mitgliedsbeiträgen komplett selbst finanziert.

Über die gewerkschaftlichen Aktionen hinaus ist das Syndikat außerdem politisch tätig. Da in der Schweiz die Prostitution auf kantonaler Ebene geregelt wird, haben sich bereits mehrere Kantone an das Syndikat gewandt, um die Bedürfnisse und Forderungen der Betroffenen im Gesetzgebungsprozess zu berücksichtigen. Interessanterweise ist eine der Forderungen des Syndikats an die Gesetzgebung, dass es eine gesetzliche Verpflichtung zur Registrierung als SexarbeiterIn geben sollte. Dies habe sich in der Vergangenheit als gutes Mittel gegen mafiöse Strukturen bewährt.

Wie sich dieses Syndikat in den nächsten Jahren weiterentwickelt, wird spannend zu beobachten sein. Besonders die Arbeitskampfformen, die sich im extrem prekären Arbeitsumfeld der Prostitution bewähren, sind sicher auch für andere prekäre Beschäftigungen interessant.

Benny Bertsche

Außerparlamentarisch, unten, links

Die Zapatistas demonstrieren Stärke und kündigen neue Aktivitäten an

Die Öffentlichkeit staunte nicht schlecht: Am 21. Dezember 2012 – dem Tag, der von den Mainstream-Medien fälschlicherweise als von den Maya prophezeiter „Weltuntergang" seit Monaten kommerziell ausgeschlachtet worden war – besetzen rund 40.000 Zapatistas friedlich die fünf Städte San Cristóbal, Ocosingo, Altamirano, Las Margaritas und Palenque im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas. Ihre Parolen? Es gab keine! Die Zapatistas, darunter viele Jugendliche und Frauen, demonstrierten schweigend. Auf den Hauptplätzen aller fünf Städte wurden flugs kleine Bühnen mit Auf- und Abgängen gezimmert, die dann Tausende – wie üblich vermummte – TeilnehmerInnen mit der erhobenen linken Faust passierten. Nach nur wenigen Stunden endete das beeindruckende Groß-Event der von indigenen Mayas geprägten Bewegung, wiederum wenige Stunden später erschien das wohl bisher kürzeste, jedoch sehr symbolhafte Kommuniqué der Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN, deutsch: Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung): „Habt ihr das gehört? Das ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht. Es ist die unsere, die wiederkehrt. Der Tag, der Tag war, wurde Nacht und die Nacht wird der Tag sein, der Tag sein wird. Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit". Dabei geht es nicht um indigenistische Politikansätze oder gar Esoterik, sondern um die klare Botschaft: wir existieren weiter und wir leisten Widerstand – mit unserem basisdemokratischen Ansatz und einer klaren Absage an die Geographie, den Kalender und den Wahlzirkus „von oben".

Über anderthalb Jahre hatte sich die EZLN nicht öffentlich geäußert. Mit ihrer Aktion katapultierten sich die Zapatistas auf die Titelseiten der mexikanischen Zeitungen und auf die Homepages der transnationalen Solidaritätsbewegung. Ihre Forderungen nach einem Ende des Rassismus gegen die indigenen Bevölkerungsgruppen, einer radikalen Demokratisierung, einer antikapitalistischen Wirtschaftspolitik, einer


Quelle: desinformemonos.org

Zapatisten protestieren am 21. Dezember in Ocosingo/Chiapas

Verbesserung der Situation der Frauen, nach engagiertem Naturschutz und nach Solidarität mit allen Marginalisierten wurden durch den Schweigemarsch wieder zum Politikum. Luis Hernández Navarro, Analyst der mexikanischen Tageszeitung *La Jornada*, brachte die Symbolik der Mobilisierung auf den Punkt: „So wie sie sich das Gesicht bedecken mussten, um gesehen zu werden, hielten sie jetzt im Reden inne, um gehört zu werden".

Abrechnung mit der politischen Klasse

Am 30. Dezember rechnete die EZLN in einem Kommuniqué und zwei Briefen scharf mit der gesamten politischen Klasse ab. Nach den Wahlen von 2006 hatte ein nicht irrelevanter Teil der mexikanischen Linken der EZLN vorgeworfen, für den Wahlsieg des konservativen Präsidenten Calderón (Partei der Nationalen Aktion, PAN) verantwortlich zu sein, weil die Zapatistas nicht den sozialdemokratischen Kandidaten Andrés Manuel López Obrador von der PRD unterstützt hatten. Weite Teile der parlamentarischen Linken hatten daraufhin mit der EZLN gebrochen. Ihnen antwortete die Organisation nun Ende 2012, nach der Rückkehr der autoritären Institutionellen Partei PRI an die Macht: „Sie brauchen uns nicht, um zu versagen. Wir brauchen sie nicht um zu überleben". In beiden Fällen war die EZLN nicht für die Wahlniederlage der PRD verantwortlich, es ging eher um Wahlmanipulation, Stimmenkauf, massenmediale Kampagnen zugunsten von PAN und PRI und nicht zuletzt auch um mangelnde Zustimmung, vor allem in den kämpferischen Regionen, in denen PRD-Gouverneure bereits regieren und sich mit ihrer neoliberalen und autoritären Politik nicht anders verhalten haben als PRI- oder PAN-Administrationen.

„Compañeros und Compañeras: Wir sind die Zapatisten und Zapatistinnen. Wir umarmen Euch"

Selbstbewusst berichteten die Zapatistas über die Fortschritte in ihren autonomen Gebieten: „In diesen Jahren haben wir uns gestärkt und haben unsere Lebensbedingungen bedeutend verbessert. Unser Lebensstandard ist höher als in den regierungshörigen indigenen Gemeinden, die Almosen erhalten und mit Alkohol und nutzlosen Artikeln überschüttet werden".

Des Weiteren kündigte die EZLN an, wieder verstärkt mit sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten, vor allem mit den AnhängerInnen der 6. Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald und der „Anderen Kampagne", die danach streben, über einen langen, strikt außerparlamentarischen Prozess eine neue antikapitalistische Verfassung für Mexiko durchzusetzen und die globale Vernetzung basisdemokratischer Kämpfe zu unterstützen.

Die Zapatistas bewiesen mit der größten Massendemonstration ihrer Geschichte kurz vor dem 19. Jahrestag ihres bewaffneten Aufstands vom 1. Januar 1994 einmal mehr, dass sie eine relevante Kraft in Chiapas und Mexiko sind, die auch Ausstrahlungskraft auf andere Kämpfe weltweit hat, die jenseits von Staat und Kapital für die Emanzipation der Menschen streiten.

Luz Kerkeling, Gruppe B.A.S.T.A.

Weitere Infos, Kommuniqués und Videos unter: www.gruppe-basta.de

Ein gefährlicher Job!

Ungeliebte Textarbeit: Die NGO Reporter ohne Grenzen (ROG) zählte bei Bedrohungen und Angriffen auf JournalistInnen einen leichten Anstieg von 2 % auf 1993 Fälle fest.

Tödliche Worte: ROG zählte im Jahr 2012 mit 88 Menschen die höchste Zahl getöteter JournalistInnen (2011: 67, 2010: 58). Eine Steigerung um 33 %.

Killernet: Auch die Zahl der getöteten Blogger schnellte in die Höhe. Wurden durch ROG im Jahr 2011 nur fünf getötete Blogger gezählt, sind es im Jahr 2012 47 Tote. Eine Steigerung von 840 %

Gehen sie ins Gefängnis: Die Zahlen festgenommener JournalistInnen und Blogger ist hoch, jedoch prozentual zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 16 % weniger JournalistInnen und 27 % weniger Blogger festgenommen. Über 1000 sitzen weltweit in Gefängnissen

Anmerkung

Reporter ohne Grenzen zählen in ihrer Statistik lediglich JournalistInnen, Blogger und MedienmitarbeiterInnen, die in direktem Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit getötet, angegriffen oder verfolgt wurden. Fälle, in denen JournalistInnen aus anderen Gründen, etwa wegen ihres politischen oder sozialen Engagements verfolgt wurden, sowie Fälle, die wegen fehlender Informationen noch nicht eindeutig geklärt werden konnten, fließen nicht in die Statistik ein.

Das Mittel der Wahl

Generalstreik und Direkte Aktion in Spanien

Im Rahmen des ersten europäischen Generalstreiks im November vergangenen Jahres kam in Portugal und Spanien das öffentliche Leben praktisch zum Stillstand. Die große Mehrheit der Lohnabhängigen – nach Schätzungen bis zu 90 Prozent in Portugal und 70-80 Prozent in Spanien – beteiligten sich an den Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Studierende, Jugendliche und zahlreiche soziale Bewegungen schlossen sich den verschiedenen Aktionen an.

Die spanische Guardia Civil ging brutal und drastisch gegen die DemonstantInnen vor. Eine Frau, die in Barcelona von einem Gummigeschoss getroffen wurde, verlor ihr Augenlicht.

Trotz der großen Mobilisierungskraft, die N14 besonders in Spanien hatte, verebbte der Schwung des Massenaufstandes jedoch schnell wieder. Statt dessen gewannen die lokalen Kämpfe gegen den allgemeinen Verelendungsprozess der Bevölkerung und insbesondere gegen die Zwangsräumungen an Fahrt.

Bereits im Sommer vergangenen Jahres machte die andalusische SAT (siehe *DA* 213 und 214) mit direkten Aktionen von sich reden.

An den Enteignungen in Filialen der Supermarktketten Carrefour und Mercadona hatten sich unter anderem SAT-Generalsekretär Diego Cañamero sowie der Bürgermeister von Marinaleda und Abgeordnete der Vereinigten Linken im andalusischen Regionalparlament, Juan Manuel Sánchez Gordillo, medienwirksam beteiligt. Im andalusischen Arcos de la Frontera hatten rund 200 AktivistInnen ihre Einkaufswagen mit Grundnahrungsmitteln wie Nudeln, Reis, Milch, Zucker und Eiern gefüllt und die Lebensmittel später verteilt. Die Repressionen folgten auf dem Fuße. Miguel Sanz von der SAT in Sevilla sagte der *DA* damals : „Momentan versuchen sowohl die Regierungen der PSOE als auch der PP der SAT durch sehr hohe Geldstrafen bei allen Protesten finanziell die Luft zu nehmen."

Nachdem aber nun vor allem SAT-Generalsekretär Diego Cañamero zu einer gefeierten Berühmtheit wurde, trifft die Repression auch ihn persönlich. Allerdings geht es diesmal weder um den solidarischen Einkauf, noch um den Generalstreik. Ihm wird vorgeworfen bei einer Demonstration im Jahr 2009 mit einem Stein bewaffnet gewesen zu sein. Die Gerichte fordern nun eine Geldstrafe von 3.600 Euro und eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren. Cañamero selbst hat sich bereits zu den Vorwürfen geäußert. An der Demonstration habe er in der Tat teilgenommen. Statt eines Steines hatte er allerdings ein Megafon in der Hand.

„Ein Generalstreik für einen Tag in ganz Spanien reicht nicht mehr aus: wir müssen den KapitalistInnen zeigen, dass sie sich, wenn das alles so weitergeht, mit der Perspektive einer sozialen Revolution auseinandersetzen werden müssen." bemerkt Sanz zum Verhältnis zwischen Streik und Aktion.

Vera Drake

Nullnummer auf dem Arbeitsmarkt

Europas neue Verträge

Im Gegensatz zu den Krisenländern im Süden Europas haben sich besonders die nordeuropäischen Industriestaaten schon früh mit besonders flexiblen Arbeitsmarktmodellen abgesichert. Atypische Arbeitsverhältnisse wie Teilzeitarbeit, Leiharbeit oder Formen von Selbständigkeit führen auf dem Papier zu sinkenden Arbeitslosenzahlen. Im Alltag der ArbeiterInnen verschwindet das Normalarbeitsverhältnis zugunsten von prekären Jobs.

In einigen europäischen Ländern, wie Großbritannien oder den Niederlanden galt der sogenannte Null-Stunden-Vertrag lange Zeit als neuer Jobmotor. Der Arbeitgeber bietet einen Vertrag an, in dem er mindestens null Stunden Arbeit pro Monat garantiert. Alle weiteren Stunden werden wöchentlich, monatlich oder täglich mit dem ArbeitnehmerInnen vereinbart. Firmen, die solche Verträge abschließen, erwarten die volle und ständige Verfügbarkeit der Arbeitskraft. Zwar wird den ArbeitnehmerInnen der gesetzliche Mindestlohn gezahlt, bei einer nicht garantierten Anzahl an Arbeitsstunden reicht das Einkommen am Ende des Monats jedoch trotzdem häufig nicht aus. Eine Regelung für Urlaubstage, Krankentage oder Elternzeit gibt es in diesem Modell selbstverständlich nicht. Auch die Organisierung am Arbeitsplatz sinkt mit dieser Atypisierung weiter ab. Unbequeme MitarbeiterInnen müssen nicht aufwendig gekündigt werden, sie bekommen einfach keine Schichten mehr.

Waren es vor allem schlecht ausgebildete Frauen, die noch vor 10 Jahren in diese Arbeitsverhältnisse gedrängt wurden, häuft sich diese Art der Verträge nun auch im akademischen Bereich. Weiterhin sind es aber mehrheitlich Frauen, die diese hyperflexiblen Jobs verrichten.

In Großbritannien hat sich die Zahl der Null-Stunden-Verträge in den letzten Jahren von 54.000 im Jahr 2005 auf 161.000 im Jahr 2012 verdreifacht. Besonders verbreitet sind diese Verträge im Dienstleistungssektor: der Gastronomie und auch im Bildungs- und Pflegebereich.

Als Reinigungskräfte des Amsterdamer Bastion Hotels im vergangenen Jahr Alarm schlugen, solidarisierte sich der Frije Bond und die Anarchistische Gruppe Amsterdam (AGA). Mit einer Vielzahl an Aktionen vor dem Hotel informierten sie MitarbeiterInnen und Gäste über die Arbeitsbedingungen im Hotel. Neben den ausbeuterischen Verträgen hatte Bastion darüber hinaus auch Löhne unterschlagen und falsch abgerechnet.

Kim van Beis



Über die Organisierung

Zu Konsens, Mehrheiten und Verantwortlichkeiten

Der "Konsensentscheid" genießt als Entscheidungsfindungsmethode seit den 1960er Jahren innerhalb sozialer Bewegungen eine gewisse Popularität. Besonders die Anti-Atombewegung, aber auch anarchistische und radikale feministische Gruppen adoptierten bald dieses Modell.

Die Beweggründe dahinter lassen sich leicht verstehen eingedenk der heute vorherrschenden Organisationsmodelle. Massenorganisationen, in denen Entscheidungen direkt durch die Mitglieder gefällt werden, sind schwer zu finden. (...) Auch die meisten linken Gruppen sind – ihrem Anspruch auf „Führung" entsprechend – hierarchisch aufgebaut.

Das Konzept der Kleingruppe bietet scheinbar Schutz vor Entfremdung und Hierarchien. Beim Modell der kleinen, informellen Gruppe – ohne geschriebene Grundsätze, ohne Moderation bei Treffen, ohne Wahlen von Personen für Aufgaben, ohne genaue Definition von Ämtern und ohne schriftliche Protokolle der Treffen – werden Entscheidungen getroffen, indem unstrukturiert diskutiert wird, bis ein Konsens erreicht ist.

Aber derartige Informalität beseitigt Hierarchien in Organisationen nicht, sondern verdeckt sie lediglich. Für Insider einer solchen Gruppe erscheint dabei alles freundlich und egalitär. Neu Hinzukommende hingegen haben keine familienähnlichen Bindungen zu der Gruppe. Ohne klare Festlegungen von Verantwortlichkeiten, ohne Wahlen von Personen für wichtige Aufgaben wird es für die Mitglieder dann schwer zu kontrollieren, was in der Gruppe passiert.

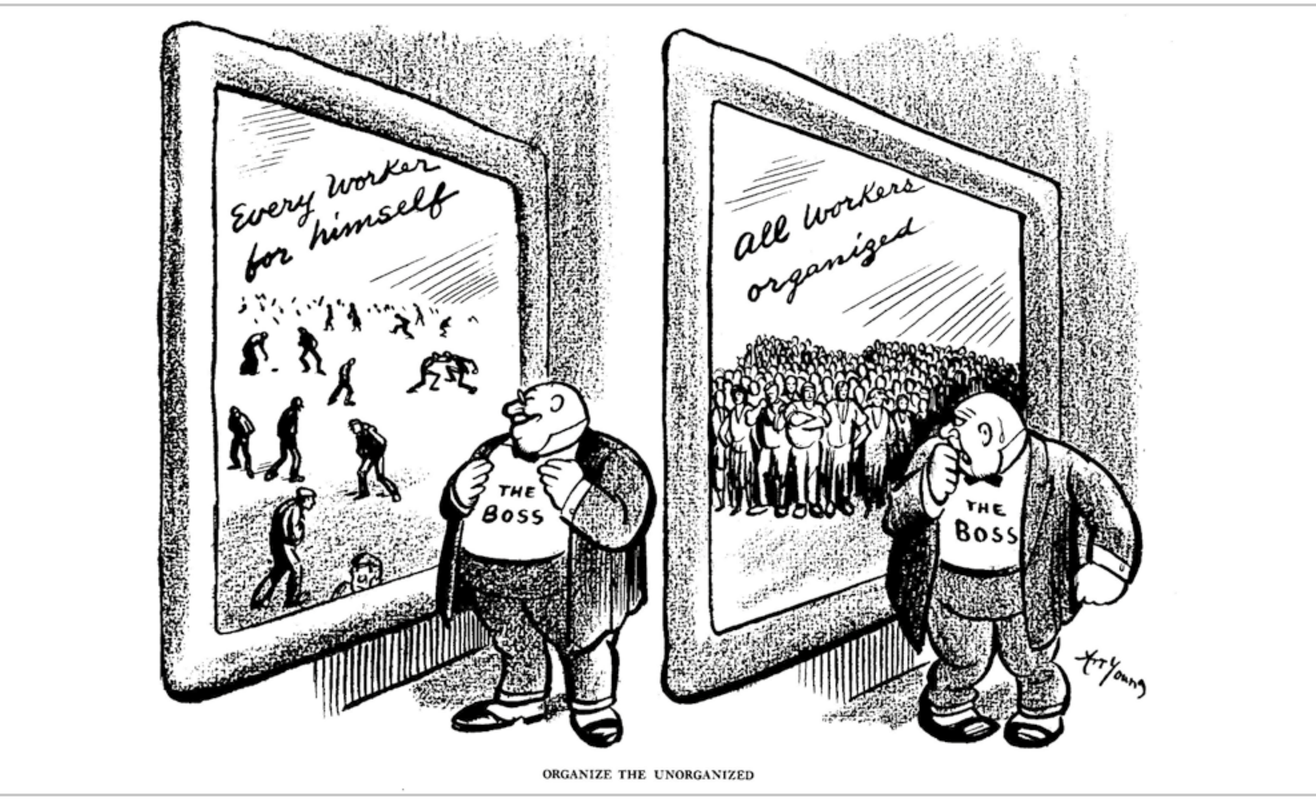
Glücklicherweise sind kleine, informelle Gruppen nicht die einzige Alternative zu den vorherrschenden, hierarchischen Organisationsmodellen. Es ist möglich, formale Organisationen aufzubauen, die unter direkter Kontrolle ihrer Mitglieder stehen. „Formalität" bedeutet ja lediglich, dass der Organisation eine Reihe von niedergeschriebenen Regeln zugrunde liegen. Das betrifft die Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden, die Pflichten von AmtsinhaberInnen und die Konditionen der Mitgliedschaft. Eine Organisation muss nicht hierarchisch aufgebaut sein, um in diesem Sinne formal zu sein. Eine libertäre Organisation würde ganz im Gegenteil sogar einen nicht-hierarchischen Weg der Entscheidungsfindung in ihrer Satzung vorgeben.

Verantwortlichkeiten delegieren

Manchmal denken Leute, dass das Einrichten von gewählten Ämtern mit festgelegten Verantwortlichkeiten eine „Hierarchie" sei, so als ob jedes Delegieren von Verantwortlichkeit einen Chef hervorbringen würde. Aber Informalität verhindert das Delegieren nicht, weil einige Menschen zwangsweise Aufgaben für die Gruppe übernehmen werden, z.B. Anfragen beantworten oder ein Bankkonto verwalten.

Es ist möglich, Menschen für die Ausführung von Aufgaben zu delegieren, ohne dass dadurch eine hierarchische Organisation entsteht. Hier sind einige Richtlinien:

- Der Umfang von Autorität eines gewählten Amtes, wie z.B. Korrespondenz-SekretärIn oder Kassenwart, sollte explizit definiert und begrenzt sein, so dass jede/r weiß, was diese Person tun soll - zusätzlich sollten regelmäßige Rechenschaftsberichte verlangt werden, um die Mitglieder informiert zu halten.
- Die Person sollte für einen begrenzten Zeitraum gewählt werden, z.B. ein Jahr, und es sollte per Mehrheitsbeschluss jederzeit möglich sein, sie wieder abzusetzen (allerdings mit einer guten Begründung, um sicherzustellen, dass diese Möglichkeit nicht aus rein persönlichen Gründen forciert wird).
- Wenn irgend möglich, sollte es eine verbindliche Rotation des Amtes geben. Dies ist besonders wichtig bei AmtsträgerInnen, die eine Organisation nach außen repräsentieren. Wenn eine Gruppe sehr klein ist, kann es unter Umständen schwierig sein, die Verantwortlichkeiten rotieren zu lassen. Trotzdem sollte die verantwortliche Person dann regelmäßig auf den Mitgliedertreffen Rechenschaft ablegen. Auf diese Weise können die Mitglieder durch ihre Entscheidungen den Kurs bestimmen.
- Niemand wird gewählt, um einen politischen Kurs für die Organisation zu bestimmen, sondern nur um die Aufgaben auszuführen, die der Person von den Mitgliedern auferlegt wurden. Die Vollversammlung der Organisation muss die höchste Entscheidungsfindungsinstanz bleiben und muss jede Entscheidung von gewählten AmtsinhaberInnen außer Kraft setzen bzw. rückgängig machen können.



ORGANIZE THE UNORGANIZED

Die zentrale Idee ist, dass die Hauptverantwortung der Entscheidungsfindung in der Organisation nicht an irgendein leitendes Komitee oder eine Exekutive delegiert wird, sondern direkt von den Mitgliedern durch ihre Diskussionen und Abstimmungen ausgeübt wird. Das ist der Grundstein des libertären Organisationskonzeptes. (...)

Die eigentliche Frage ist: Wie stehen diejenigen, die Aufgaben ausführen zu dem Rest der Mitglieder? Liegt das Zentrum der Entscheidungsfindung in Vollversammlungen und müssen die AmtsträgerInnen diesen Versammlungen Bericht erstatten, bekommen sie von diesen Versammlungen ihre Aufgaben übertragen und rotieren (womöglich) Aufgaben? Dann ist das keine hierarchische Struktur, sondern eine Organisation mit Entscheidungsfindung von unten.

Eine Redeleitung ist kein Chef

Menschen, die das Modell kleiner, informeller Gruppen bevorzugen, wenden sich häufig auch dagegen, jemanden zur Redeleitung eines Treffens zu wählen, selbst wenn es eine größere Versammlung ist. Es ist einfach zu verstehen, wovor sie Angst haben. Man stelle sich Gewerkschaftsversammlungen vor, in denen die Redeleitung ein bezahlter Funktionär ist. Dieser hat bestimmte, feste Interessen zu verteidigen. Um seine Ziele zu erreichen, wird er womöglich unerwünschte Wortmeldungen von unten abwürgen oder das Treffen auf andere Art und Weise manipulieren.

Aber hier liegt das Problem darin, dass es eine Bürokratie gibt; Sitzungen zu leiten ist dann nur eine der Maßnahmen, mit der eine Bürokratie die Organisation kontrolliert. Es ist eine andere Situation, wenn die Redeleitung zu Beginn der Sitzung von den Anwesenden gewählt wird und wenn sie jederzeit per Mehrheitsbeschluss zurückgerufen werden kann. Der Vorsitz eines Treffens zu sein, macht einen noch nicht zum Bürokraten.

Ich habe Treffen ohne Redeleitung mitgemacht, in denen die Leute sich gegenseitig unterbrochen haben, in denen die Stimmen lauter wurden, weil Leute sich Aufmerksamkeit verschaffen wollten. Treffen, in denen daraufhin in vielerlei Art vom Diskussionsthema abgewichen wurde, und in denen wichtige Entscheidungen verschoben oder eilig in letzter Minute gemacht wurden. (...)

Wenn ein Treffen nur aus einigen wenigen Leuten besteht, dann braucht es offensichtlich keine Redeleitung. Aber sobald eine Versammlung eine gewisse Größe erreicht, wird eine Redeleitung notwendig, um sicherzustellen, dass nicht vom Thema abgewichen wird und alle Punkte innerhalb einer erträglichen Zeitspanne geschafft werden und um gleichzeitig sicherzustellen, dass alle Leute die Gelegenheit bekommen, zu sprechen.

(...)
Das Grundprinzip hinter einer Redeleitung ist, dass wir eine Person dafür delegieren, sich auf solche Dinge wie „Diskussionsthema" und „Wer ist mit Sprechen dran?" zu konzentrieren, während sich der Rest von uns darauf konzentrieren kann, was gesagt wird. Natürlich kann es passieren, dass eine Redeleitung manipuliert und eine bestimmte Seite in einer Streitfrage unterstützt. In einer solchen Situation wäre es angebracht, die Redeleitung auszutauschen.

Das Recht, sich voneinander zu trennen

Beim Entwurf eines libertären Organisationskonzeptes müssen wir im Kopf behalten, dass einzelne Mitglieder nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben gegenüber den Mitgliedern der Organisation. Da die Mehrheit das Recht hat, die Kontrolle über ihre Organisation auszuüben, müssen sich Individuen so verhalten, dass sie dieses Recht der Mehrheit akzeptieren. (...)

Ein libertäres Organisationskonzept muss die Vielfalt von Meinungen erlauben. Das heißt, die Mitglieder müssen sich bemühen, ein Klima des Respekts für andere Meinungen innerhalb der Organisation zu erhalten. Doch was passiert, wenn Mitglieder die Rechte von anderen Mitgliedern missachten, sich gegenseitig bedrohen oder in einer Weise verhalten, die schädlich für die Organisation ist? In solchen Fällen muss die Mehrheit in Betracht ziehen können, sich von diesen Personen zu trennen. Mit anderen Worten: Zu den Rechten der Mehrheit gehört auch das Recht, einzelne Mitglieder auszuschließen.

Für einige AnarchistInnen sind Ausschlüsse immer eine „Säuberung". Die autoritäre Konnotierung dieses Begriffes soll die Vorstellung erwecken, dass jeder Ausschluss eine Missachtung der individuellen Freiheit darstellt und ein illegitimer Akt ist. Aber die Position dieser AnarchistInnen widerspricht sich selbst. Denn es ist ein sehr grundlegendes libertäres Prinzip, dass die Mitglieder das Recht haben, direkte Kontrolle über ihre Organisation auszuüben. Und das bedeutet, dass kein Individuum das „Recht" hat, sich in einer Weise zu verhalten, die die Mehrheit daran hindert, die Ziele zu erreichen, für die sie sich zusammengefunden hat. Wenn die Mehrheit in einer Organisation nicht das Recht hätte, störende Einzelpersonen auszuschließen, hätte sie keinen Einfluss mehr auf die Bedingungen der Mitgliedschaft und die Ausrichtung der Organisation. Die Freiheit, sich zu vereinigen, beinhaltet die Freiheit, sich zu trennen.

Demgegenüber sollte die Macht, Mitglieder auszuschließen, *niemals* an FunktionsträgerInnen delegiert werden. Denn ließe man gewählte AmtsinhaberInnen in dieser Sache auf eigene Faust handeln, könnten sie ihre eigenen Kritiker ausschließen. Hierarchische Organisationen benutzen solche Methoden, um die Kontrolle über ihre Mitglieder zu behalten. Was aber in diesen Fällen illegitim ist, ist nicht der Akt des Ausschlusses an sich, sondern die hierarchische Methode, nach der er erfolgt.

Entscheidend ist, dass Individuen Verpflichtungen gegenüber den anderen Mitgliedern einer Organisation haben. Und die Mehrheit hat das Recht sicherzustellen, dass die Pflichten der Mitgliedschaft beachtet werden. Aber ein Ausschluss ist die Ultima Ratio und sollte sehr vorsichtig benutzt werden. Ein Ausschluss ist etwas, über das alle Mitglieder direkt auf einem Treffen oder auf einem Kongress entscheiden sollten. Es sollte zudem immer Bedingung sein, dass beschuldigte Personen vorher informiert werden und das Recht haben, sich vor der Mitgliederversammlung zu verteidigen, bevor eine Abstimmung zum Ausschluss stattfindet.

Reden, bis sich alle einig sind

Die VerfechterInnen der Informalität tendieren dazu, Abstimmungen als Entscheidungsfindungsprozess abzulehnen. Sie bevorzugen es, so lange zu reden, bis eine Übereinkunft erreicht ist (oder nicht erreicht ist). Meiner Erfahrung nach werden dadurch informelle Hierarchien gefördert. Denn diese Vorgehensweise neigt dazu, den Einfluss der wortgewandteren und selbstbewussteren Individuen zu vergrößern und die Schüchternen und weniger Wortgewandten zu entrechten. Abstimmungen haben den Vorteil, dass sie ein Gleichmacher sind. Die Schüchternen und Energischen, die Wortgewandten und die nicht so Wortgewandten, alle können ihre Hand heben und alle haben nur eine Stimme.

BefürworterInnen des Konsens sagen manchmal, dass die einzige Alternative zum

Konsens eine hierarchische Organisation ist. Aber es gibt auch die Möglichkeit einer direkten Demokratie, in der Entscheidungen per Mehrheitsentscheid getroffen werden. Direktes Abstimmen der Mitglieder gibt der Mehrheit der Mitglieder die Kontrolle - und Kontrolle durch die Mehrheit der Mitglieder ist das Gegenteil von Hierarchie. In einer hierarchischen Organisation hat nicht die Mehrheit der Mitglieder das Sagen, sondern einige FührerInnen an der Spitze – das ist die Bedeutung von „Hierarchie".

Die libertäre Idee der direktdemokratischen Abstimmung ist allerdings etwas völlig anderes als das offizielle Konzept von „Demokratie", wie wir es aus der bestehenden Gesellschaft kennen. „Demokratisches Abstimmen" bedeutet hier in der Regel, Funktionäre zu wählen, die dann alle Entscheidungsgewalt in ihren Händen halten. Tatsächlich ist das eine gewählte Autokratie, nicht aber wirkliche Demokratie – denn diese würde sich auf direkte Entscheidungsfindung der Massen stützen.

Formaler Konsens

Obwohl „Reden bis zur Übereinkunft" die gängige Entscheidungsfindungsmethode für kleine, informelle Gruppen ist, sind nicht alle BefürworterInnen der Konsensentscheidungsfindung einer formalen Organisation abgeneigt. Die Organisation formal zu machen (niedergeschriebene Satzung, Festlegung der Mitgliedschaft und so weiter), löst allerdings die grundlegenden Probleme des Konsensprozesses nicht.

Denn die Forderung nach Einstimmigkeit bedeutet, dass Meinungsverschiedenheiten so lange ausdiskutiert werden müssen, bis sich ein verbaler Konsens herausbildet. Und selbst ein formales Konsenssystem tendiert dazu, den Einfluss der beredsameren, selbstsichereren TeilnehmerInnen zu stärken. Auch führt die Forderung nach Konsens oft zu ausgedehnten Marathonsitzungen, oder zu Treffen, auf denen nichts entschieden wird.

Durch diesen Aspekt des Konsens wird die Bewegung für ArbeiterInnen weniger attraktiv und die Teilnahme reduziert sich auf die Hardcore-AktivistInnen. Wenn Menschen andere Verpflichtungen haben, denen sie nachkommen müssen (Arbeit, Kinder, LebenspartnerIn), werden sie dazu tendieren, von langen, unentschlossenen und chaotischen Treffen frustriert zu sein. Die meisten Menschen wollen das Gefühl haben, dass etwas erreicht wird, eine klare Entscheidung gefällt wird und das alles in einem zumutbaren Zeitraum.

In seinem Pamphlet *Blocking Progress* beschreibt Howard Ryan ein albtraumhaftes Beispiel dafür, was mit Konsens passieren kann[1]. Viele Menschen in der „Livermore Action Group" (LAG) - einer Anti-Atomkraft-Aktionsgruppe hier in der Bay Area – waren unzufrieden mit dem ersten Punkt der LAG-Aktionsrichtlinien, der besagte: „Unsere Einstellung soll geprägt sein durch Offenheit, Freundlichkeit und Respekt gegenüber allen Menschen, die uns begegnen." „Ein häufiges Gefühl war es", so Ryan, „dass unterdrückte Menschen diese Dinge meist nicht für die Polizei oder die Obrigkeit empfanden und es sollte nicht verpflichtend sein, diese Dinge zu fühlen um bei der [Lawrence-Livermore Laboratory] Blockade mitzumachen." 1982 gab es eine einmonatige Diskussion zu diesem Thema, gefolgt von zwei ganzen Tagen informeller, offener Debatte. Am zweiten Tag wurde vorgeschlagen, „freundlich und respektvoll" durch „gewaltfrei" zu ersetzen.

Als sich dieser lange Diskussionsprozess seinem Ende zuneigte, brachte ein Teilnehmer den Vorschlag, eine Probeabstimmung zu machen, um die allgemeine Meinung im Raum festzustellen. Dies wurde als so kontrovers angesehen, dass zwei Stunden darüber debattiert wurde, ob es überhaupt okay sei, eine Probeabstimmung zu machen. Am Ende wurde die Abstimmung durchführt und das Ergebnis war 74 zu 2 dafür, im Absatz über Gewaltfreiheit das „respektvoll und freundlich" zu entfernen. Ein Teilnehmer hat beschrieben, was dann passierte:

Einer der zwei Leute [ein doktrinärer Pazifist] blockierte die Entscheidung. Er wurde wiederholt aufgefordert, sich zurückzunehmen, die Versammlung zu verlassen, sterben zu gehen. Die Leute waren einfach so aufgebracht. Er gab nicht nach und die Entscheidung kam nicht zustande.

Ein gutes Beispiel für den elitären Zwang, den das Konsensprinzip ermöglicht.

Konsens ist antidemokratisch

Die Forderung nach Einstimmigkeit ist antidemokratisch. Eine kleine Minderheit hat nicht das Recht, die Mehrheit der Mitglieder davon abzuhalten, was sie tun wollen. Organisationen haben nur als Werkzeug der Kooperation und der kollektiven Aktivität einen eigenen Wert. Im gleichen Maße wie der Konsens die Mehrheit in dem, was sie tun will, ausbremst, wird die Organisation zu einem ineffektiven Werkzeug für die Mehrheit. Dies kann zu Spaltungen und Zersplitterung führen – exakt das Ergebnis, das die BefürworterInnen des Konsens nach eigenem Bekunden eigentlich verhindern wollen.

Die Regeln einer Organisation können und müssen die Rechte von Einzelpersonen und Minderheiten schützen. Wenn man sich die Situation in den großen Gewerkschaften und politischen Organisationen anschaut, befinden sich die Rechte von Einzelpersonen und Minderheiten dort zweifelsohne häufig in einem erbärmlichen Zustand. Aber das sind hierarchische Organisationen. Die Hierarchie ist das Problem, nicht der Mehrheitsentscheid.

AnarchistInnen individualistischer Richtung argumentieren, der Konsens sei nötig, um die „Tyrannei der Mehrheit" zu verhindern. Aber wo in der realen Welt hat die Mehrheit wirkliche Macht? Die wirklichen Tyranneien, die von Menschen auf der ganzen Welt bekämpft werden, sind die Tyranneien von bürokratischen Eliten, von Regierungen und Bossen. Ich möchte nicht behaupten, dass „Mehrheiten immer Recht haben", aber ich glaube, Menschen haben das Recht, ihre eigenen Fehler zu machen. Die Frage ist hierbei, ob Menschen das Recht haben, ihre eigenen Bewegungen und Organisationen zu kontrollieren. Einer einzigen Person oder einer kleinen Minderheit ein Vetorecht über Entscheidungen zuzusprechen, entspricht einem System der Minderheitenherrschaft.

Sogar wenn Einzelpersonen oder Minderheiten das Veto nicht tatsächlich androhen oder benutzen, um das Vorhaben der Mehrheit zu blockieren – jede/r ist sich darüber im Klaren, dass sie es in einer Organisation mit Konsensprinzip tun könnten. Die strukturelle Forderung nach Einstimmigkeit hat einen Beschwichtigungsdruck der entscheidungswilligen Mehrheit gegenüber der Minderheit zur Folge. Das führt oft zur Überspielung von Meinungsverschiedenheiten und zu Entscheidungen, die alle unzufrieden zurücklassen.

Rudi Perkins hat dieses Problem basierend auf seiner Erfahrung in der „Clamshell Alliance" in New England in den späten 70er Jahren beschrieben:

„Man lehnt das Mehrheitsprinzip ab, weil von den zwei, drei oder mehr vorgeschlagenen Handlungsoptionen nur eine gewählt wird; die restlichen sind „erledigt". Konsens berücksichtigt theoretisch die Ideen von allen. In der Praxis führte dies aber oft zu

- einer verwässerten Lösung auf kleinstem gemeinsamen Nenner oder
- der Durchsetzung eines Vorschlags durch Einschüchterung oder billigende Inkaufnahme oder
- der Erarbeitung eines vagen Vorschlags, der alle versöhnlich stimmte, während der Plan der einen oder anderen Seite in Wirklichkeit von Komitees oder Funktionärsriegen durchgesetzt wurde.

Mit anderen Worten: innerhalb der Anti-Atom-Bewegung sind verschiedene Ideen im Wettbewerb und einige gewinnen, aber durch den Konsens ist die Tatsache, dass zwischen Alternativen gewählt wird, üblicherweise verschleiert. Weil der Prozess oft von Verwirrung und List geprägt ist, entfernt er die Macht der bewussten Entscheidung von den Mitgliedern der Organisation."[2]

Konsens setzt Minderheiten unter Druck, ihre Zweifel oder ihren Widerspruch nicht zu äußern, weil ihr Widerspruch die Organisation daran hindern würde, eine Entscheidung zu treffen. Auf diese Weise wird es für Minderheiten schwerer, abweichende Meinungen zu äußern, weil Dissens eine störende Handlung ist. Wenn Entscheidungen dagegen per Mehrheitsentscheid gefällt werden, ist der „Preis" des Dissens nicht derart hoch und Minderheiten können ihren Widerspruch frei äußern, ohne dadurch zu stören oder die Organisation daran zu hindern, eine Entscheidung zu fällen.

Konsens bedeutet auch, dass es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich wird, die Ausrichtung einer Organisation zu ändern – selbst wenn den meisten Mitgliedern klar ist, dass die aktuelle Ausrichtung falsch ist. Denn eine Minderheit, die gegen die Veränderungen ist, wird es fast immer geben. (...)

Einfache Mehrheit

„Einfache Mehrheit" bedeutet, dass eine Entscheidung möglich ist, sobald eine Seite eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen für sich beanspruchen kann. Eine einfache Mehrheit ist die kleinste nötige Menge an Stimmen, um zu gewährleisten, dass eine Entscheidung gefällt wird.[3]

Befürworter der einfachen Mehrheit hören manchmal die Erwiderung: „Aber wollen wir einen Mehrheitsentscheid mit 51 % dafür und 49 % dagegen?" Entscheidungen, die von Organisationen gefällt werden, variieren sehr stark in ihrer relativen Wichtigkeit für die TeilnehmerInnen. Bei einigen Entscheidungen macht es nicht viel aus, wenn die Mehrheit sehr knapp ist, weil die, die mit „Nein" gestimmt haben, möglicherweise nicht sehr stark von der Entscheidung betroffen sind. Bei wichtigen Fragen ist es aber eindeutig ein Problem, wenn eine Organisation in ihrer Haltung knapp gespalten ist.

In partizipatorischen Organisationen, die auf demokratischen Abstimmungen basieren, wird die Gruppe nach einer knappen Abstimmung innehalten, die Frage neu betrachten und einen Vorschlag finden, in dem Einwände Eingang gefunden haben.

Oft setzt dieser Prozess schon ein, bevor es zu einer Abstimmung kommt. Wenn im Laufe der Diskussion klar wird, dass die Mitglieder knapp gespalten sind und ihnen die Sache ernst ist, wird es wahrscheinlich Bemühungen geben, einen Vorschlag zu finden, durch den die Einwände entschärft werden. Auf alle Fälle ist es für die Befürworter des Vorschlags von Vorteil, möglichst viel Unterstützung innerhalb der Organisation zu erringen. Denn die Arbeit der Organisation wird unter einer solchen Spaltung schwer leiden – unzufriedene Mitglieder werden die Mitarbeit verweigern oder austreten.

Wenn eine Gewerkschaft über einen Streik abstimmt, werden die BefürworterInnen die größtmögliche Mehrheit für den Streik erhalten wollen. Wenn die Zustimmung für den Streik nicht überwältigend ist und nur eine knappe Mehrheit dafür stimmt, wird die Gewerkschaft sehr wahrscheinlich nicht loslegen, weil die Spaltung der Belegschaft die Chancen auf einen siegreichen Streik unterminiert.

Aufgrund solcher Überlegungen kam einigen Leuten die Idee, Entscheidungsfindungen mit größeren Mehrheiten zu favorisieren, zum Beispiel Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheiten. Das Problem dabei ist aber, dass die meisten Entscheidungen einer Organisation nicht so kritisch sind, dass große Mehrheiten nötig wären.

Eine Mehrheit über 50 oder 51 Prozent festzulegen bedeutet, dass Entscheidungen von Minderheiten blockiert werden können. Obwohl die zum Blockieren einer Mehrheit nötigen Minderheiten größer als beim Konsens sind, bleibt so immer noch die Kontrolle durch eine Minderheit möglich. Eine geschlossene Minderheit könnte auf diese Weise übermäßigen Einfluss auf die Gruppe gewinnen. Daher sind die Argumente gegen den Konsens in einem gewissen Maße auch gegen die formale Anforderung einer Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit gültig. Der Vorteil der „einfachen Mehrheit" als Entscheidungsfindungsmethode ist, dass es der einzige Weg ist, Herrschaft durch eine Minderheit formal zu verunmöglichen. (...)

Die Voraussetzungen, die für ein gesundes und demokratisches Funktionieren einer Organisation nötig sind, gehen über formale Regeln hinaus. Ob die Rechte von Mitgliedern respektiert werden, hängt auch am Klima in der Organisation. Wie Menschen miteinander umgehen, ist dabei ein informeller Faktor, der genauso wichtig ist wie Klauseln in Satzungen. Für gewöhnlich gibt es eine Art grundlegenden, informellen Konsens in so gut wie jeder Organisation (...) – bei gewissen Grundannahmen, die der Einigkeit der Organisation zugrunde liegen, muss Konsens bestehen. Die BefürworterInnen der Konsensentscheidungsfindung haben Recht, wenn sie dies deutlich machen. Fehlgeleitet ist aber ihr Versuch, den Konsensentscheid zu einem allgemeinen Prinzip der Entscheidungsfindung zu machen, so dass am Ende alles einen Konsens erfordert. Das Konsenssystem setzt Tagesentscheidungen einerseits und die allerwichtigsten Grundsatzentscheidungen, Vorsätze und Wege des gegenseitigen Umgangs andererseits auf eine Ebene.

Kleine Gruppen, keine Macht

Konsens funktioniert oft recht gut in kleinen Gruppen, besonders dort, wo die TeilnehmerInnen einen gemeinsamen Hintergrund und gemeinsame Grundannahmen teilen. (...) Tatsächlich haben einige VerfechterInnen der Kleingruppe argumentiert, dass Bewegungen durch „Größe" unvermeidlich bürokratisiert werden und nur kleine, unabhängige Gruppen wirklich von ihren Mitgliedern kontrolliert werden können. Diese Argumentation lässt die von Libertären entwickelten Methoden zur Vermeidung von Hierarchien in Massenorganisationen völlig außer Acht. (...)

Wenn das Dogma „Größe bedeutet Bürokratie" stimmen würde, wäre eine libertäre Gesellschaft unmöglich. Um eine ganze Gesellschaft nach anarchistischen Prinzipien zu organisieren, muss es Methoden geben, mittels denen die gesamte Bevölkerung an kritischen Entscheidungen, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen, partizipieren kann. Um dieses Ziel zu realisieren, muss es die Möglichkeit großer Organisationen geben. Organisationen, die riesige Gebiete wie den Nordamerikanischen Kontinent umfassen und dabei auf eine nicht-hierarchische Weise funktionieren, direkt kontrolliert durch die Basis.

Wenn – wie AnarchistInnen behaupten – eine ganze Gesellschaft durch direkte Demokratie und Partizipation der Massen organisiert werden kann, dann muss es doch mit Sicherheit möglich sein, heutzutage Massenorganisationen aufzubauen, die nach eben diesen Prinzipien funktionieren. Wenn nicht, wie soll eine libertäre Gesellschaft sonst realisiert werden? Nur eine nicht-hierarchisch organisierte Massenbewegung könnte eine Gesellschaft frei von Hierarchie, Bürokratie und Ausbeutung hervorbringen.

Das bringt uns zu dem offensichtlichsten Problem der Kleingruppen-Doktrin: Kleine Gruppen haben keine Macht. Die Macht, um die Gesellschaft zu verändern, braucht eine Massenbewegung und die Entwicklung von Solidarität zwischen ArbeiterInnen in großem Maßstab. Um Menschen einer Vielzahl von Hintergründen und Kulturen zu vereinen, um die verschiedenen Gruppen zu einer wirklichen Bewegung zu verbinden und um die Ressourcen zusammenzulegen, sind Massenorganisationen nötig.

Ohne eine größere Bewegung können das Gefühl der Isolation und der Mangel an eigenen Möglichkeiten bei Kleingruppen zu Entmutigung führen.

Solange die ArbeiterInnen ihre Solidarität nicht in Massenorganisationen organisieren können, werden sie nicht in der Lage sein, unsere mächtigen Gegner – die Unternehmen und die Regierungen – in Frage zu stellen. Ohne eine Massenbewegung werden die meisten Menschen kein Bewusstsein entwickeln, dass sie die Macht haben, die Gesellschaft zu verändern. Unser Ideal eines sozialen Umbruchs in Richtung demokratischer Partizipation und Arbeiterkontrolle wird den meisten Menschen als lediglich eine „nette Idee, aber unmöglich" erscheinen. Nur die Stärke einer Massenbewegung kann die Mehrheit davon überzeugen, dass unsere Vision einer von ArbeiterInnen kontrollierten Gesellschaft realisierbar ist.

Übersetzung: Felix Zimmermann

Originaltext: "On Organization" von Tom Wetzel (Industrial Workers of the World – IWW), erschienen in ideas & action #9, 1988.

Die Arbeiterbewegung - reif für's Museum?

Ob das 150jährige Jubiläum der Gründung des sozialdemokratischen ADAV 1863 ein Grund zum Feiern ist, sei mal dahingestellt. Trotzdem lohnt sich ein Gang durch die Ausstellung zum Jubiläum im TECHNOSEUM in Mannheim, die am 02. Februar 2013 eröffnet: Denn hier geht es nicht nur um Parteigeschichte, sondern um Kultur, Milieus und Konflikte. Erstmals wird in einer Ausstellung zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland auch die DDR mit bedacht – und zwar nicht nur als „verstaatlichte Arbeiterbewegung", sondern auch als dissidente Bewegung gegen den autoritären Staat. Ebenfalls spannend ist der zeitübergreifende Fokus auf den Aspekt „Streik", der u.a. in der Thematisierung der „wilden" Streiks der 1970er Jahre zum Ausdruck kommt. Und auch die Geschichte des Anarchosyndikalismus wird nicht ausgeklammert: Ein Geldschein mit einem Propagandaaufdruck der syndikalistisch-anarchistischen Jugend ist zu sehen, Rudolf Rockers Broschüre *Die Rationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterklasse* illustriert die Debatten um die Fließbandarbeit in der Weimarer Republik und auch die von der FAU initiierte Kampagne „Leiharbeit abschaffen!" wird thematisiert. (bew)

Große Landesausstellung des Landes Baden-Württemberg „Durch Nacht zum Licht? - Geschichte der Arbeiterbewegung 1863-2013"
2. Februar bis 25. August 2013 im TECHNOSEUM, Museumsstr. 1, Mannheim
tinyurl.com/c3qa8uk

Anmerkungen

[1] Howard Ryan, *Blocking Progress: Consensus Decision Making in the Anti-Nuclear Movement*, 1983, published by the Overthrow Cluster of the Livermore Action Group. Ryans Pamphlet verwendet viele der Argumente, die auch ich gegen den Konsens anbringe.

[2] Rudy Perkins, *Breaking with Libertarian Dogma: Lessons from the Anti-Nuclear Struggle*, Black Rose, Fall 1979, p. 15.

[3] Die Anforderung nach einer Stimme mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen stellt sicher, dass man sich im Falle konkurrierender Vorschläge auf eine eindeutige Lösung einigt.

KULTURGUERILLA

Neulich beim Fantasy Filmfest

Zitat: „Den ersten Tag im Dienst und schon zwei Arbeitern den Schädel eingeschlagen, wie fühlst du dich?" A.C.A.B. von Stefano Sollima (Italien/ Frankreich 2012) ist ein unangenehmer Film. In diesem Film ist niemand gut, es gibt keine Identifikationsfiguren und keine Sympathieträger. Basierend auf dem Buch des Journalisten Carlo Bonini wirft Sollimas Debütfilm einen schonungslosen Blick auf eine Eliteeinheit der italienischen Polizei. Zu den Klängen von „Seven Nation Army" werden die Protagonisten eingeführt. Mit martialischem Kampfgerät ausgestattet, vollgepumpt mit Testosteron und an pervertierten, immer wieder beschworenen Werten wie Brüderlichkeit, Kameradschaft, Treue und Ehre festhaltend, gehen sie auf Befehl gegen Demonstranten vor; ebenso gegen Neonazis, die eine Moschee besetzen, gegen gewalttätige Fußball-Hooligans, gegen illegale Einwanderer. Auf Befehl. Ohne Unterschiede zu machen. Ohne nachzudenken. Entlarvend, wenn ein Polizist mit streng rechter Gesinnung nicht versteht, warum sein minderjähriger Sohn mit seinen Naziskin-Freunden illegal eingewanderte AlbanerInnen zusammenschlägt oder wenn der Neuling bei einer Wohnungsräumung brutal gegen einen Mieter vorgeht, obwohl seine Mutter ebenfalls gerade aus ihrer Wohnung vertrieben wird. Am Schluss steht der Einsatz der zahlenmäßig unterlegenen Polizeikräfte gegen einen Zusammenschluss ansonsten verfeindeter Ultras. „Heute bekommen wir die Strafe für das, was damals in Genua geschah", sagt einer der Bereitschaftspolizisten zum Schluss und greift damit noch einmal das Thema Erstürmung der Diaz-Schule beim G8-Gipfel in Genua und Eskalation der Gewalt auf, das mehrmals im Film angesprochen wird, freilich ohne irgendetwas verstanden zu haben. Ein unangenehmer Film, ein trauriger Film, ein Film über eine Gesellschaft, wie sie NICHT sein sollte.

Karin Hoog

Poesie ist die Alternative zum Kapitalismus

Seit 30 Jahren schickt Jérôme Mesnager seine weißen Flaneure aus und provoziert zärtlich-leise die Werbung. Ein Gespräch

Die Kreideleiche eines Gliedermännchens, wie es zu Bewegungsstudien von Malern benutzt wird, klettert behände Mauern längs und hoch, winkt einsamen Passanten zu und stützt verfallende Fenstersimse. Weiße Spuren Namenloser, welche ebenso rasch zu verschwinden drohen, wie sie gekommen sind.

Seit dem 16. Januar 1983 lässt sie ihr Schöpfer und Choreograph Jérôme Mesnager durch Pariser Winkel und Straßen streifen. Da begegnen sie zuweilen dem schwarzen Trenchcoatmann Nemos, der mit Schirm und Melone durch die Stadt tanzt, den Ratten, Ballerinas und Clochards von Blek le Rat, den Rimbauds und großformatigen Heraufbeschwörungen vergessener Geschichtsdramen eines Ernest Pignon-Ernest oder den laszivprovokativ sich gebärdenden Frauenmotiven Miss.Tics. Mit ihrer poetisch-figurativen Motivik schreiben sie alle ein spezifisch französisches Kapitel der Graffitikunst, welches in den 1980er Jahren seinen Anfang nahm. Klaus-Peter Flügel und Jorinde Reznikoff trafen Jérôme Mesnager in seinem Atelier.

Wir seien neugierig auf das Libertäre in der französischen Kultur. Wie er, Jérôme Mesnager, sich denn zum kapitalistischen Détournement von kritisch engagierter Kunst im öffentlichen Raum verhalte. „Können wir nicht über Topinambur reden?", wirft er uns über den runden Tisch hinüber, an dem wir schließlich doch Platz genommen haben. Denn fast hätten wir kehrt gemacht vor dem blauen Malerhaus im mittlerweile angesagten Banlieue Montreuil, die Klingel blieb lange ungehört. Künstlerattitüde oder der Absinth am Vormittag? Mit ein bisschen Bohème-Inszenierung die lästig-unentbehrlichen JournalistInnen sich vom Leibe halten – in der leisen Hoffnung, sie könnten dann doch eine Brücke schlagen. Denn wie kann sich ein Künstler in einer ausnahmslos alles kapitalisierenden Gesellschaft denn durchschlagen?

„Auf der Straße werden wir mit Lächeln bezahlt." Auf Ausstellungen zu verkaufen, sei eine Frage des Glücks, doch vor allem der Zeit und des Geldes; man habe höhere Produktionskosten, müsse sich mit Anträgen und auf Vernissagen herumschlagen, der Karriere sein ganzes Leben widmen. Und dann geriete der Künstler rasch in eine starke Abhängigkeit von Medien und Geldgebern. Jérôme klingt lustlos.

„Ich male auch Mauern und Straßen auf Leinwände und Tafelbilder auf Wände." Letztere blieben, die Straßenbilder verschwänden schnell, seien ephemer. Aber niemand wolle sie haben, die traditionellen Tafelbilderformate mit seinen „corps blancs". Stimmt, sie wirken unglücklich-gefangen, scheinen bei der nächsten Gelegenheit aus dem Rahmen fallen und springen zu wollen, zurück auf die Straße. „Ich mache energiegeladene Männchen, die laufen, springen und turnen und Glück bringen auf die Straße." Und es sei ein Geschenk, wenn einem die Leute beim Malen zuschauen, das verändere die Alltäglichkeit. Wenn man in der Galerie ausstelle, sei das Publikum beschränkt. „Das Bild ist dann die ganze Straße, ich füge mein Männchen in das Straßenbild ein. Das Bilduniversum ist bereits da, ich habe es nicht mehr zu erschaffen."

Begeistert schildert Jérôme die vielfältigen Territorien, welche sich seinen Männchen in Paris bieten. Besonders Fenstergesimse, blinde Toreingänge sowie die vorgezogenen Mauern gegeneinander verschobener Häuserzeilen haben es ihm angetan, „Ausdrucksmauern" nennt er sie. „Und wenn es Einbahnstraßen sind und die Mauer in der Gegenrichtung, ist es nur für die Fußgänger sichtbar. Diese Mauern ziehen die Aufmerksamkeit auf sich, oft sehen Kinder das Gemalte zuerst." Ob es auch die von Ordnungshütern auf sich gezogen hätten, wollen wir wissen. Nein, er suche immer Mauern, die ohnehin baufällig seien, sonst wäre es ja Vandalismus. „Es geht darum, meine Malerei zu zeigen, nicht Probleme zu schaffen." Doch im Gegensatz zu Kollegen wie Miss.Tic und Nemo male er ohne Genehmigung. Es solle schnell, billig und leicht gehen. Ohne Schablonen, wie sie die meisten seiner Kollegen benutzen, malt er mit dem Pinsel direkt auf die Mauern.



Seit diesem 16. Januar 1983, Rue Béliard, wo Jérôme sein erstes Männchen aus dem Pinsel gehüpft ist und einfach da war und blieb. Ein Abdruck seines eigenen weiß angemalten Körpers. Doch auch, fügt er hinzu, eine postmoderne Erinnerung an die Corps nus, die Nacktstudien und Marmorstatuen, die sich durch die europäische Kunstgeschichte ziehen.

Denn auf heutigen Straßen dominiert grell und laut die kapitalistische Werbung – die provoziert gerade das Ephemere, Leichte und Zarte von Jérôme Mesnagers anarchistischer Phantomtruppe: „Geflüster neben dem Geschrei". „Wir machen dem Geldimperium Konkurrenz, wollen einfach nur sympathisch sein, ein lustig-poetischer Stolperstein, ein Clown, der der Werbung die Zunge zeigt. Poesie die Alternative zum Kapitalismus." Sie seien viele, sich auf der Straße auszudrücken, ohne sich zu bekriegen. „Meine Botschaft sind Friede und Liebe."

Ich sehe mir die Männchen noch einmal an. Ist es nicht doch stets dieser eine selbige Lichtkörper – „corps blanc", welcher nicht müde wird, die Mauern der Stadt zu beleben und zu verdichten? Gesichtslos und anonym, ein und der gleiche - und doch einzigartig in seiner Einsamkeit? So, als wäre er nicht überall und austauschbar unterwegs, sondern immer nur genau hier und jetzt? Am Boulevard Macdonald, Nummer 126, hat er sich jedenfalls eine rote Hängematte zwischen Fenstergitter gehängt und eine weiße Fahne gehisst. Im Gefängnis der Straße oder just davor ausharrend? Wie fast immer reißt er flehend – oder ekstatisch? - Arme und Hände zum Himmel empor. Weiße Vögel fliegen auf.

Copyright und Übersetzung aus dem Französischen: Jorinde Reznikoff

CINEMA! ITALIA!

Die Krise im italienischen Kino

Die diesjährige Auswahl neuer Spielfilme aus Italien, die durch Deutschland tourt, setzt sich auch mit der tiefen Wirtschaftskrise des Landes auseinander.

Nach der Befreiung 1945 kamen aus Italien sozialrealistische Filme, die als „Neo-Realismus" bekannt wurden. Die Kinoindustrie rund um Cinecitta hat seitdem viele Entwicklungen durchlaufen, in denen sich die gesellschaftlichen Konflikte und Interessengegensätze im Land spiegelten. Einmal im Jahr gibt es hierzulande beim Festival des Italienischen Films Originalfassungen mit deutschen Untertiteln zu sehen, die es nicht auf den deutschen Filmmarkt schaffen. Jetzt tourt das jährliche Festival durch 29 Städte und 32 Kinos. Dieses Jahr wird „Cinema! Italia!" fünfzehn. Zeit, sich nach der Pubertät zu orientieren in der Arbeitswelt: Drei von sechs Filmen stellen dieses Jahr die sozialen Verwerfungen durch die Krise in den Mittelpunkt. Unter der nichtgewählten Technokratenregierung von Mario Monti haben sich das Schuldenkrisendiktat und die Privatisierungsdoktrin noch weiter verschärft. Die Verzweiflung in der Arbeiterklasse und der Mittelschicht nimmt dramatisch zu, aber auch die teilweise filmreife Empörung.

So besetzten 100 Minenarbeiter die einzige, von der Schließung bedrohte Kohlenmine Carbosulcis auf Sardinien nicht nur – sie verschanzten sich dort Ende August mit 350 Kilo Sprengstoff 400 Meter unter Tage. Als sie ein Fernsehteam besuchte, schnitt sich ein Minenarbeiter mit einem Messer den Arm auf, um dramatisch zu zeigen, dass es um ihre Existenz geht. In Italien leiden wie in Spanien und Griechenland die unteren Einkommensschichten und die Einkommenslosen heftig unter der neoliberalen Austeritätspolitik.

Ist das italienische Kino auch in der Krise? Kommt jetzt als Antwort ein Neo-Neorealismus? Auch in Zeiten paralysierter sozialer Bewegungen gibt es Filme, die ich als neo-neorealistisch bezeichnen würde - über soziale Konflikte. Die Auswahl von „Cinema! Italia!" zeigt die unterschiedlichsten Zugänge zu italienischen Realitäten, der Schwerpunkt liegt auf der Arbeitswelt.



Quelle: Festival CINEMA! ITALIA!

„La nostra vita" („Unser Leben") von Regisseur Daniele Luchetti, bekannt durch seinen vorigen Film „Mein Bruder ist ein Einzelkind", beginnt fröhlich. Eine Hochschwangere und ihr Mann liegen zusammen auf dem Bett und singen zusammen ein Lied mit. Aber bald steht der Bauarbeiter Claudio (vielschichtig gespielt von Elio Germano) vor unerwarteten Problemen. Seine Frau stirbt bei der Geburt, er steht mit den Kindern alleine da. Auf der Baustelle scheint sich eine gute Gelegenheit zu ergeben, mehr zu verdienen: als Subunternehmer, der eine ganze Baustelle eigenverantwortlich betreut. Aber so gerät Claudio in neue Probleme. Doch er wird unterstützt. Sein Alltag mit den Kindern und der Arbeit ist eine ständige neue Herausforderung. Es wird gelacht, geweint, gekämpft. Die Kamera ist in „La nostra vita" oft dicht an den Gesichtern, nah an den Menschen. Die Zuschauenden mittendrin im prekären Familienleben. Der Regisseur hatte zuvor einen Dokumentarfilm über die besetzten Sozialwohnungen in Ostia gedreht: „Bei dieser Gelegenheit lernte ich eine andere Art der Armut kennen, als ich sie vielleicht erwartet hatte. Ich sah dort Leben, Heiterkeit." Das hat Lucchetti auf eine Spielfilmhandlung übertragen. Daniele Luchetti: „Das Italien von heute? Eine Baustelle voller Schwarzarbeiter auf der einen Seite, und diejenigen, die davon profitieren, auf der anderen." Aber in den Vorstädten der Arbeiterklasse sieht er keine Resignation in den Schlafstädten, die „vor Leben und Widersprüchen nur so sprühen."

In „Il mio domani" („Die Zukunft liegt vor mir") erzählt Regisseurin Marina Spada von einer scheinbar erfolgreichen Geschäftsfrau in Mailand, Monica (überzeugend gespielt von Claudia Gerini). Aber durch den Tod ihres Vaters gerät ihr Leben plötzlich aus den Fugen. Die toughe Businessfrau muss sich dem Scheitern von Beziehungen stellen. Die Kameraeinstellungen in „Il mio domani" sind ebenso eine gelungene Bebilderung des Arbeitens in einer Konzernzentrale wie auch der persönlichen Auseinandersetzungen, die sich nicht wirklich von der Arbeit trennen lassen. Die Zuschauenden sind hier auch in Distanz zur Protagonistin, durch Auslassungen, die auffordern eine eigene Sicht auf ihre Konflikte zu denken.

In „l'Industriale" („Der Unternehmer") zeigt uns Giuliano Montaldo, der Regisseur von „Sacco und Vanzetti", seine Sicht der Krise: Dass die sozialen Verwerfungen, Angst vor Verlust, die schlechtesten menschlichen Eigenschaften zum Vorschein bringen können.

Nicola (Pierfrancesco Favino) gehört eine Fabrik in Turin, ein Familienbesitz. Ohne Konzern im Hintergrund gerät die Fabrik durch die Wirtschaftskrise in die Schuldenfalle. Er ist gestresst, gehetzt. Da hilft auch die teure Armbanduhr, ein großes Haus nicht weiter. Die Ehe von Nicola und Laura (Carolina Crescentini) ist auch in der Krise, aber eigentlich braucht er Geld von ihr, um die Fabrik am Laufen zu halten. Der Unternehmer ändert sich, wird skrupelloser. Aber kann er dadurch seinen Besitz, seine Ehe retten? Nicola, „l'Industriale", kann sich im Film mehrmals entscheiden. Die Inszenierung ist spannend, die Filmmusik steigert die Dramatik noch. Ein Lehrstück, was sich hier vor unseren Augen abspielt. Dass Giuliano Montaldo die Auswirkungen der Krise auch auf die Familie des Kapitalisten zeigt, die Brüche in den Beziehungen, unterstreicht nur das Ausmaß der Wirtschaftskrise.

Gaston Kirsche

Infos: www.cinema-italia.net

Monozid



Die Kehrseite von DIY heißt Selbstausbeutung

Schön sei sie gewesen, ihre Tour durch Russland, meint Franz, der Sänger und Gitarrist der Leipziger Noise-Post-Punk-Band Monozid, aber auch sehr anstrengend. 3500 km in sechs Tagen auf russischen Landstraßen unterwegs, bei Schneetreiben und ohne Winterreifen, wenig Schlaf. Aber das große Feedback und die Herzlichkeit der Menschen hätten für den ganzen Stress entschädigt, das Land sei auf jeden Fall eine Reise wert, konstatiert Franz.

Beeinflusst vom Wave und Punk der 80er gründeten sich Monozid 2003 in Leipzig, ihr Livedebüt fand in der Gieszer 16, dem alternativen Zentrum in Leipzig statt. Zwei in Eigenregie veröffentlichte EPs folgten, ebenso wie das in Zusammenarbeit mit Majorlabel/SM-Musik herausgebrachte Album *Say Hello To Artificial Grey* und eine Splitsingle mit Bootblacks aus New York. Aber das ist bei weitem nicht alles, Ralf, der zweite Gitarrist ist als Konzertveranstalter aktiv, er präsentiert mit Regelmäßigkeit Konzerte aus dem sperrigen Noise-Bereich und seit vier Jahren ein Festival für „Weird Music", Franz brachte Bands aus dem düsteren Sektor nach Leipzig, Bands, die er gut fand und für die sich keine kommerzielle Promotionsagentur interessierte. So entstand im Laufe der Jahre ein Netzwerk aus Bands, aus dem zahlreiche Tourneen und ebenso viele musikalische Kooperationen hervorgingen. In mehr als zwanzig Länder hatte das Leipziger Trio, bestehend aus Max (Drums), Franz (Gitarre/Bass, Gesang) und Ralf (Gitarre/Bass, Synthesizer), bislang Auftritte.

Ein Netzwerk von FreundInnen

„Sasha vom russischen Label Drink And Be Merry Records haben wir im letzten Jahr in Köln kennengelernt. Er hat uns angeboten, die neue Platte mit zu veröffentlichen und für uns eine Tour zu organisieren", berichtet Franz wie es zur Russlandtour kam. ZOSCH! aus Köln hätten dies zuvor schon gemacht und begeistert davon erzählt, also hätten Monozid sofort zugesagt. Das neue Album *A Splinter For The Pure*, bei dem Monozid verstärkt in Richtung eingängigen Post-Punk tendieren, erfährt durch die zahlreichen internationalen Kontakte eine größere Verbreitung, freilich nur im eng gesteckten Independent Kooperationsrahmen, SM-Musik aus Leipzig, Drink And Be Merry aus Moskau sowie Et Mon Cul C´Est Du Tofu aus Paris sind dieses Mal mit an Bord. „Also selbständig zu arbeiten ist uns schon sehr wichtig", sinniert Franz über die Vor- und Nachteile von DIY-Aktivitäten. „Ich brauche niemanden, der mir in Artwork oder Sound hineinredet, es sei denn, ich bitte die Person darum. Der DIY-Ansatz hat sich aber zwangsläufig daraus ergeben, dass es doch recht schwer ist, jemanden zu finden, der Geld hat, um dieses in eine Band zu stecken. Damit sind natürlich Grenzen gesetzt. Wenn du auf dem Level wie wir eine Band unterhältst, zahlst du permanent drauf. Und die Kehrseite von DIY heißt Selbstausbeutung. Aber das ist halt so und wir bewegen uns freiwillig schon seit Jahren in solchen Gefilden." Was die Situation natürlich nicht besser macht. Wenn Kreativität ein Leben am Existenzminimum mit sich bringt oder einen Zweitjob erforderlich macht, so ist dies ein unhaltbarer Zustand. „Der Staat sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen", greift Franz das Thema nochmals auf. „Eine Band zu unterhalten setzt einen enormen Grad an Selbstausbeutung voraus. Das macht mensch zu einem gewissen Grad auch freiwillig, weil es Spaß macht. Das würde aber auch eine generelle Wertschätzung von, ich sage mal ‚ehrenamtlicher Tätigkeit' voraussetzen. Musik für die Menschen da draußen zu spielen, ist eine notwendige Tätigkeit, die irgendjemand machen muss. Da brauche ich keinen Staat, der mich parallel gängelt und in meiner Freiheit beschneidet. Ein fixer Betrag im Monat, vielleicht noch ein ‚toll, dass es Leute gibt, die andere mit ihrer depressiven Musik erfreuen' und das war´s."

Die Urheberrechtsdebatte habe er nur am Rande verfolgt, fügt er hinzu, sie seien mit Monozid nicht in der GEMA und hätten dies auch nicht vor, als Konzertveranstalter habe er einschlägige negative Erfahrungen mit dieser Institution gemacht. Für ihn lassen sich MusikhörerInnen in zwei Gruppen einteilen: Solche, die sich Musik prinzipiell nur (illegal) runterladen und Musik- bzw. Vinyljunkies, die sich den Tonträger ins Regal stellen wollen. „Von mir aus können sich so viele Leute wie möglich unsere Musik aus dem Netz runterladen und hören", meint er pragmatisch, „schön wäre allerdings wenn sich Menschen für einen physischen Tonträger entscheiden oder ein T-Shirt von uns kaufen, da wir ja auch die Band finanzieren müssen. Diese sollten jetzt bitte eine E-Mail an uns schreiben und die hübsch gestaltete und teuer aufgenommene CD ordern oder sie bei unserem nächsten Konzert kaufen."

Sagt´s und verliert sich in tausenderlei Anekdoten und Anekdötchen zum neuen Album *A Splinter For The Pure*, kleine Geschichten, die klarmachen, warum das Album genauso klingt wie es jetzt klingt. Wie es damals war, als sie zusammen mit der amerikanischen Band The Holy Kiss auf Tour durch Europa waren, wie aus Alli und Panther von The Holy Kiss schließlich Bootblacks entstand und wie Monozid bei der Tour in den USA 2010 mit Bootblacks Peter Mavrogeorgis von den Bellmer Dolls kennenlernten. Geschichten, die das DIY-Leben schrieb. Peter produzierte im Mai 2012 *A Splinter For The Pure* in den Dollhouse Studios auf Long Island/NY für die Band und hat Akustikgitarre-, Orgel- und einige Synthesizerparts beigesteuert, Alli ist auf der Platte mit Backingvocals zu hören. „Wer genau hinhört, wird feststellen, dass das Schlagzeug eben jenes ist, auf welchem Jim Sclavunous bei den letzten Bad Seeds/Grinderman Touren gespielt hat", verrät Franz nicht ohne Stolz.

A Splinter For The Pure erscheint am 17. Dezember, danach geht die Leipziger Band auf Tour durch Frankreich, Spanien und Portugal. Im Frühjahr gibt es Konzerte in Leipzig, Gießen und Karlsruhe, im April geht es zusammen mit Bootblacks in Richtung Italien. „Im Herbst wäre auch mal wieder Osteuropa an der Reihe", fügt Franz abschließend hinzu.

Karin Hoog

Infos: monozid.com

Anarchismus Update und Buchtipp:

Anarchistische Welten

In dem Film von Sollima wird eine Welt gezeigt, wie sie nicht sein sollte, in der vorliegenden Sammlung von Beiträgen werden Welten vorgestellt, wie sie sein könnten, sein sollten und teilweise auch schon sind. Anarchistische Modelle, Solidarität als Lösungsansatz für dringliche gesellschaftspolitische Fragestellungen – AutorInnen aus aller Welt nähern sich dem Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln an, zeigen auf, wie mensch das Zusammenleben anders, besser organisieren kann - eine menschenwürdige, freie Gesellschaft scheint möglich, nicht utopisch. In „Tierische Moralitäten" beispielsweise geht der Verhaltensforscher Frans de Waal auf Solidarität und die Freude am Geben im Tierreich ein, Rebecca Solnit verweist in ihrem Artikel „Aus der Hölle ein Paradies gebaut" darauf, dass in Krisensituationen, bei Katastrophen die meisten Menschen altruistisch handeln, Vandana Shiva schreibt über Ökologische Nachhaltigkeit und noch vieles mehr. Theorie trifft auf Praxis, Empathie auf Pragmatismus und das alles ergänzt sich aufs Beste. Ein hervorragendes und interessantes Anarchismus Update, das überlegenswerte Alternativen zum herrschenden System aufzeigt.

Karin Hoog

Ilija Trojanow (Hg.), *Anarchistische Welten*, 2012, Edition Nautilus, ISBN-10: 3894017643, 16 Euro

„Kunst ist kein Pizza-Service"

Zur Literaturzeitschrift „floppy myriapoda"

„Der ist doch ein Staatsdichter!" sagt Kai Pohl[1] über X, der zu den „renommiertesten" Lyrikern der BRD gehört, und zuvor hat Alexander Krohn darauf hingewiesen, dass das Abdrucken von soviel Lyrik in einer Zeitschrift sowieso den „Zwängen der Warenförmigkeit" widerspräche. Beide haben 2006 die Literaturzeitschrift floppy myriapoda. Subkommando für die freie Assoziation[2] *gegründet, von der kürzlich das 20. Heft erschien. Diese Eingangszitate verweisen darauf, um was für eine Art von Literaturzeitschrift es sich hier handelt: ein Schmuddelkind, gemessen an Literaturbetrieb, Zeitgeist und herrschenden Verhältnissen, aber gegen die geht es ja.*



Umschlaggrafik Marc Aschenbrenner

Vorab macht wohl der Hinweis Sinn, dass die *floppy myriapoda* aus einem Milieu intellektuell-poetischer Dissidenz heraus entstanden ist, das sich in der DDR der 80er Jahre gebildet hatte und dann nach 1989 seine Fortsetzungen fand: Ein sozialer Zusammenhang von Personen und Projekten um Kneipen wie die „Rumbalotte continua", die Zeitschriften *Gegner* und *DreckSack*, die Verlage BasisDruck, Distillery (wo es auch Musik gibt) und Galrev, die „Staatsgalerie Prenzlauer Berg", „Galerie auf Zeit" und „Projektgalerie Walden", und anderes mehr, natürlich auch jenseits von Berlin, etwa in Jena die Edition „Poesie schmeckt gut". Leute, die in der DDR schon „dagegen" waren und in der BRD dann erst recht – ein weltanschaulich uneinheitliches Gemenge aus bekennenden Anarchisten, „linken" Marxisten, AnhängerInnen der seltsamen Philosophien von Franz Jung und Ernst Fuhrmann, anderen NonkonformistInnen, geselligen IndividualistInnen, unter den jüngeren auch solche, die damals in der Punkszene unterwegs waren, und noch mal anderen. Darin wurzelt die Sache, indem aus diesem Umfeld ein Teil der AutorInnen und Mit-RedakteurInnen kommen, Lesungen dort stattfinden usw. Pohl und Krohn (der nach den ersten 6 Heften aus der Redaktion ausgestiegen war, der Zeitschrift aber verbunden blieb) ist es aber wichtig, dass auch andere da schreiben, ältere „West"-Undogmatische, jüngere, denen diese ganze Ost-West-Geschichte eher egal ist oder Leute wie der griechische Lyriker Jazra Khaleed oder, wie im aktuellen Heft, mehrere ungarische AutorInnen.

Die *floppy myriapoda* bringt vor allem Texte heutiger AutorInnen, inhaltlich geht es um Texte, die eine „Unzufriedenheit mit den sozialen Verhältnissen im weitesten Sinne" aufnehmen und verarbeiten, formal ist es vor allem Lyrik, aber auch kürzere Prosatexte und dazu etwas Kunst. Die Aufnahme zumeist kurzer Texte soll möglichst viele AutorInnen zu Wort und zueinander kommen lassen - insgesamt, so Pohl, seien es in den letzten 7 Jahren an die 300 gewesen. Im Lay-out wird versucht, Bezüge zwischen den einzelnen Texten und Bildern herzustellen, und zwar nicht im Sinne von Hierarchie oder Linearität, sondern zugunsten einer Art von Verwobenheit, wie ein Teppich vielleicht. Zudem: Ein Gedicht, so Pohl, sei „eine Art Brühwürfel", den man selber auflösen müsse. Es erfordere eigene Gedankenleistungen, anders als bei der allgegenwärtigen medialen Berieselung, bei der es gar keine Leerstellen mehr gäbe - bei einem Gedicht seien gerade die Leerstellen das entscheidende. Die Kunst sei kein Pizza-Service, sagt dazu Krohn. Diese Auffassungen stehen in einer illustren Traditionslinie: Collage-/ Montage, Episches Theater, Cut-up-Literatur und anderes - und jede Menge Theorie rankt sich darum. In der Lesart von Umberto Eco z.B. heißt es: „Die Poetik des „offenen" Kunstwerks strebt [...] danach, im Interpreten „Akte bewusster Freiheit" hervorzurufen, ihn zum aktiven Zentrum eines Netzwerkes von unausschöpflichen Beziehungen zu machen" (1962). Dabei, so Pohl, zielt die Infragestellung – und Sprache sei sowieso der Modellfall von Infragestellung – eben nicht nur auf die symbolische Ebene, sondern auf die Realität, auf das richtige Leben.

Weiter ist es schwer, die literarische Seite der Sache zu umschreiben, auch meinen Pohl und Krohn, sowas müsse immer am konkreten Beispiel erläutert werden. Weshalb es doch sinnvoller erscheint, noch mal auf die zugrunde liegende Haltung zu verweisen. Pohl: „Leute, die Heile-Welt-Literatur herstellen, sind für uns keine ernstzunehmenden Schriftsteller" und "Missverstehen" ist eh Quatsch - so viele Leser eines Gedichtes es gibt, so viele Gedichte gibt es auch. Vielleicht versteht es mancher Leser auch „richtiger" als der Autor - wir sind ja keine Dogmatiker" (lacht).

Wer sich's mal ansehen möchte: Eine *floppy myriapoda*-Lesung mit verschiedenen AutorInnen findet am 17. 1. 2013 im BAIZ in Berlin-Mitte statt.

Heiko Schmidt, Berlin

Anmerkungen

[1] *Dieser Text basiert auf einem Ende 2012 mit Pohl und Krohn geführten Gespräch.*

[2] *Myriapoda: Tausendfüßler. Der Name geht zurück auf ein kleines Abfallkunstwerk, das Pohl aus irgendwelchen Federn aus alten Floppy Disks gebastelt hatte. „Assoziation" meint hier sowohl gesellschaftliche wie gedankliche Assoziationen. Und dann spukte da noch der „Subkommandante Marcos" in den Hirnen der Zeitschriften-Gründer herum...*

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der täglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Liebe und Massaker

Des letzten Rätsels Lösung: Amakasu-Zwischenfall

Am 1. September 1923 ereignete sich in der Region Kantô, um Tokio in Japan, ein Erdbeben in dessen Folge 140.000 Menschen starben. Mehr noch als dem Beben, fielen den darauf wütenden Bränden die Menschen zum Opfer. Die japanische Regierung nährte Gerüchte über Brandstiftungen und Plünderungen von Einwanderern und anderen Randgruppen. Von der Polizei wurden die sich daraus ergebenden Angriffe der Bevölkerung auf chinesische, koreanische und auch teilweise japanische EinwohnerInnen mit anderem Akzent, genutzt, um gegen unliebsame politische Gruppen vorzugehen.



Ôsugi Sakae und Itô Noe

Ôsugi Sakae war ein anarcho-syndikalistischer Aktivist und in zweiter Ehe mit Itô Noe, einer bekannten Anarchistin und Feministin, verheiratet. Noe war ab 1915 Gesamtverantwortliche der Zeitschrift Seitô. Sie rief Arbeiterinnen auf, Texte für die Zeitschrift zu verfassen und übersetzte selbst Texte von Emma Goldman. 1914 lernte sie Sakae kennen und nach einiger Zeit führten beide eine Affäre. Sakae hatte zu der Zeit noch eine andere Affäre mit der feministischen Journalistin Kamichika Ichiko und war verheiratet. Noe war verheiratet mit ihrem ehemaligen Lehrer und hatte zwei Kinder mit ihm. Als die Affären bekannt wurden, verwundete Ichiko Sakae mit einem Schwert an der Luftröhre. Der Skandal beschädigte das Ansehen der beiden in der linken Szene und die Massenmedien nutzten ihn um weiter gegen die „anarchistische Unmoral" zu wettern. Er führte auch dazu, dass es keine Nachfolgerin für die Herausgabe der Zeitschrift Seitô gab und diese daraufhin eingestellt wurde.

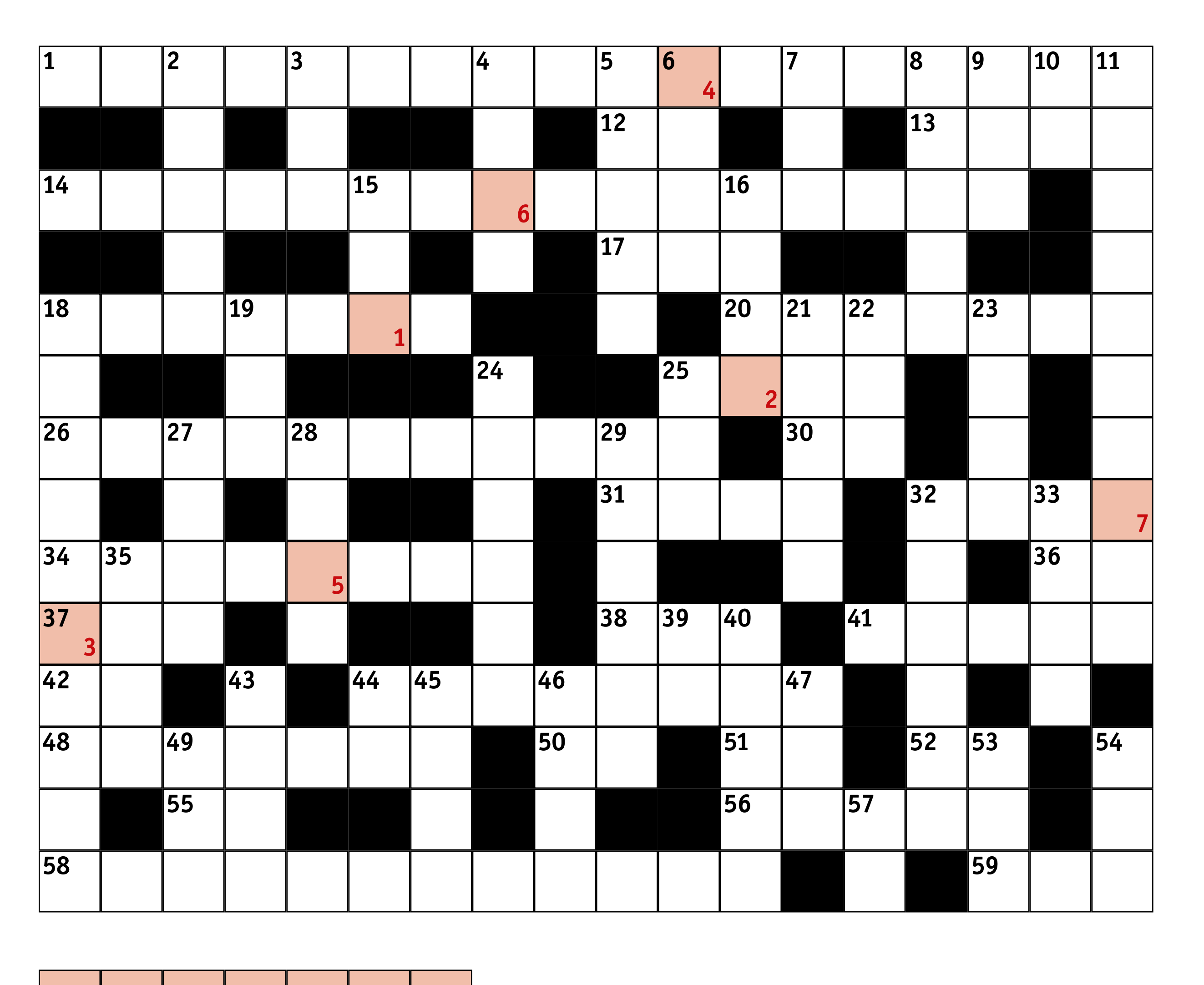
Von dort an lebten Sakae und Noe zusammen und bekamen 1917 eine gemeinsame Tochter. Itô Noe schrieb nun Texte über Prostituierte und warb für Verständnis, Ôsugi Sakae versuchte die ArbeiterInnen direkt zu erreichen und schaffte sich eine Basis in einer Schriftsetzer- und einer Zeitungsangestelltengewerkschaft. Noch Anfang 1923 schaffte er es der Polizeiüberwachung, die er seit Jahren nach mehreren Gefängnisaufenthalten hatte, zu entkommen und versuchte einer Einladung nach Europa zum 2. Internationalen Anarchistenkongress in Berlin zu folgen. Er kam jedoch nicht über Paris hinaus, wo er sich Informationen über die Machno-Bewegung besorgte.

Am 16. September 1923 wurden Itô Noe, Ôsugi Sakae und dessen 6-jähriger Neffe, der gerade bei den beiden war, von der Militärpolizei unter der Leitung von Leutnant Amakasu Masahiko verhaftet. Auf der Wache wurden die beiden misshandelt und anschließend alle drei erdrosselt, in Matten gewickelt und in einen Brunnen geworfen. Bereits in den Tagen vorher war es zu Verhaftungen und anschließender Ermordung verschiedener Sozialisten, Anarchisten und Gewerkschafter gekommen. Erst am 20. September wurden die Leichen aus dem Brunnen geholt. Die Tötung der bekannten Anarchisten und dazu noch eines Kindes lösten Zorn und Entsetzen in ganz Japan aus.

Im Dezember 1923 fand, trotz fortgesetzter Repressalien, eine Trauerfeier für die Ermordeten statt, an der 700 Personen teilnahmen. Amakasu wurde von einem Militärgericht zu 10 Jahren Haft verurteilt, jedoch nach 3 Jahren wegen guter Führung entlassen.

Martin Rocker

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 80



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

1. Verfahren zur Berechnung der Einkommensteuer von Ehegatten, das die bürgerliche Ehe klar bevorteilt 12. Hoden <ugs.> 13. After 14. allseits ausgebeuteter Mensch: Eier legendes ˜ 17. reichianisch inspirierte Kommune der 1970er und 80er Jahre in Österreich, zentrales Ziel war die Bekämpfung der Kleinfamilie <Abk.> 18. „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland": 2011 nahmen Exporte dieser Warengattung um fast 14% zu 20. sinnverwandtes Wort 25. Schweizer männlicher Vorname 26. Anarcho-Punk- bis Alternativ-Rock-Band aus Großbritannien (1982-2012), die vielen Kämpfen eine Stimme gab 30. englisch für „nein" <rückwärts> 31. etwas wiederholen, um Geschicklichkeit zu erwerben 32. Parole während der Montagsdemonstrationen 1989/90 in der DDR: Wir sind das ˜ 34. beim kleinsten Rückgang der krankhaften Wachstumswirtschaft bemühen die Medien diese Metapher 36. Nachsilbe in Namen von Alkoholen 37. Fluss in Bosnien-Herzegowina 38. sozialistische Bevormundung im Blau- statt Braunhemd <Abk.> 41. Geltendmachung eines Anspruchs vor Gericht 42. Meeresspiegel <Abk.> 44. Form der Klimatherapie für TuberkulosepatientInnen 48. Spitzname für Gerhard Schröder wegen seines Engagements bei Gazprom 50. bei vielen StudentInnen unbeliebtes Pflichtfach an Unis der DDR <Abk.> 51. römisch zwei 52. Kurzwort für Bank- und Raubüberfälle im revolutionären Untergrund Russlands Anfang des 20. Jh., die zur Finanzierung der politischen Arbeit dienten 55. Kfz-Kennzeichen für Solingen 56. englisch für „Entschuldigung" 58. siehe senkrecht 18 <Um-die-Ecke-Wort!> 59. Form des Buddhismus

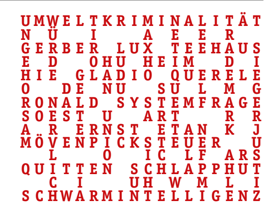
Senkrecht

2. Überschuss aus einem Geschäft 3. der größte Teil der Menschheit ist es, relativ oder absolut 4. Ausdruck des Erstaunens: Ich glaub, mich küsst ein ˜ 5. nahrhafte Ölpflanze 6. wissenschaftlicher Name der Elster: ˜ ˜ 7. ursprünglich in Nordamerika, inzwischen weltweit aktive syndikalistische Gewerkschaft <Abk.> 8. anarchistisch sympathisierender Begründer des neuen lateinamerikanischen Kriminalromans : Paco Ignacio ˜ II 9. Fluss in allen drei DACH-Ländern 10. Kfz-Kennzeichen für Neu-Ulm 11. schwäbisch für Filz und Amigotum 15. Männername (v.a. rumänisch) 16. total egal: Jacke wie ˜ 18. „christliche" Arbeitnehmervertretungen und SPD-nahe Gewerkschaften sind es, die FAU ist es gewissermaßen auch <Um-die-Ecke-Wort!> 19. diese 1929 geschaffene, nach wie vor beliebte Comic-Figur erlebte ihr realistischstes Abenteuer in der Parodie „Breaking Free" (1988) über den Klassenkampf in London 21. ein Leichtbeton zum Wärmeschutz 22. französisch für „nein" 23. aggressives Militärbündnis vieler Staaten Nordamerikas und Europas <Abk.> 24. Kernobstbaum und seine Frucht 25. zu Kroatien gehörende Adria-Insel 27. Frauenname <Kurzform> 28. krankfeiern: ˜ machen 29. Arbeitstier in vielen Regionen Südasiens 32. aus der „Internationale": ˜, hört die Signale 33. Vereinigung von Freimaurern 35. beliebte Anarchistin: ˜ Chi 39. Länderkürzel für Dänemark 40. ostfriesische Insel 43. rechenartiges Ackergerät 44. Länderkürzel für Liberia 45. Feiertage im römischen Kalender <hier Einzahl> 46. Rechtsform vieler kapitalistischer Unternehmen 47. eines der drei größten Bergbauunternehmen der Welt, das zahllose Schweinereien begeht: ˜ Tinto Group 49. Partei der dänischen und friesischen Minderheit in Schleswig-Holstein <Abk.> 53. diplomatischer Skandal zwischen Frankreich und den USA Ende des 18. Jh., der beide Länder an den Rand eines Krieges führte: ˜-Affäre 54. „blonde Bestie" der französischen Front National: Marine Le ˜ 57. radikal linke, militante Frauenorganisation in der BRD (1970er bis 90er Jahre) <Abk.>

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

Gewinner#214: Markus K. aus Berlin

Auflösung # 79



DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-sanzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 216: 15. Februar 2013